

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“
Research Program „History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era“

**ZUM UMGANG DER
KAISER-WILHELM-GESELLSCHAFT MIT GELD UND GUT**

IMMOBILIENTRANSFERS UND JÜDISCHE STIFTUNGEN 1933 – 1945

Christoph Kreutzmüller

IMPRESSUM

Ergebnisse. Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm
„Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“

Herausgegeben von Rüdiger Hachtmann im Auftrag der Präsidentenkommission
der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V.

Alle Rechte vorbehalten.
Copyright © 2005 by Christoph Kreutzmüller

Redaktion: Elke Brüns

Bezugsadresse:
Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-
Gesellschaft im Nationalsozialismus“
Glinkastraße 5–7
D-10117 Berlin
Tel.: 0049-(0)30-2 26 67-154
Fax: 0049-(0)30-2 26 67-333
Email: kwg.ns@mpiwg-berlin.mpg.de

Umschlaggestaltung:
punkt 8, Berlin (mail@punkt8-berlin.de)

INHALT

Kurzfassung / Abstract	4
1. Einleitung	5
2. Immobilien	8
2.1. Ausgangslage	8
2.2. Agrarforschung	9
2.3. Zusammenfassung von Teil II	21
3. Stiftungen	24
3.1. Problemaufriß und Fragestellung	24
3.2. Fallbeispiele	27
3.2.1. Die „Leopold-Koppel-Stiftung“	27
3.2.2. Die „Leo-Gans-Stiftung“	32
3.2.3. Das Testament von Ludwig Max und Clara Goldberger	34
3.2.4. James Loeb und die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie	36
3.2.5. „Adolph-und-Louise-Barkan-Spende“	41
3.2.6. Die „Arthur-Gwinner-Stiftung für naturwissenschaftliche Forschungsreisen“	44
3.2.7. Das Vermächtnis Hildegard Gradenwitz	45
3.3. Zusammenfassung von Teil III	47
4. Fazit	53
Quellen	55
Literatur	56
Index	65
Autor	67

KURZFASSUNG / ABSTRACT

Wie profitierte die KWG von der nationalsozialistischen Politik, die Eigentumsrechte an politische bzw. rassistische Kategorien knüpfte? Dieser Frage wird im folgenden anhand von Fallbeispielen bei der Übernahme von Immobilien und dem Umgang mit Stiftungsgeldern nachgegangen. Dabei wird deutlich, daß sich – namentlich in der Agrarforschung – Fälle von Teilhabe an Geschäften häuften, die als „unredlich“ zu klassifizieren sind. Auch auf dem Gebiet der Verwendung von Mitteln, die der KWG von Juden in Form von Stiftungen überlassen worden waren, folgte die KWG den Grundsätzen der nationalsozialistischen Eigentums politik, sofern dies zu ihrem eigenen Vorteil war. Stiftungen wurden umbenannt und umgewidmet. Es zeichnet sich allerdings ab, daß schon vor 1933 in der KWG ein laxer Umgang mit dem Willen der Stifter üblich gewesen zu sein scheint, der bis an die Grenze der Mißachtung gesetzlicher Vorgaben ging.

How did the Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft profit from the National-Socialist policy of linking ownership rights to political and racist classifications? This question is researched by means of case studies of the society's acquisition of real estate and handling of foundation funds. It becomes obvious that in the field of agricultural research, a number of deals were made which can only be regarded as "dishonest." Where the use of funds is concerned that were given to the KWG by Jewish donors as foundations, it also becomes clear that the KWG did not abstain from pursuing National-Socialist ownership policy where this worked to its advantage and renamed and misapplied foundations. There are also indications, however, of a tendency in the KWG to treat the will of donors with a certain disrespect, bordering on the illicit, even before 1933.

Zum Umgang der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit Geld und Gut

Immobilientransfers und jüdische Stiftungen 1933 – 1945

Christoph Kreuzmüller

1. EINLEITUNG

Die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (KWG) im Nationalsozialismus muß – auf einer nüchternen faktischen Ebene und aus der Perspektive der Zeitgenossen – weitgehend als „Erfolgsgeschichte“ betrachtet werden.¹ In moralischer Hinsicht hingegen präsentiert sich die Geschichte der KWG in einem anderen Licht; denn die Institute und ebenso die Generalverwaltung haben sich in ihrer wissenschaftlichen und politischen Praxis – dies zeigen die Ergebnisse der Forschungsgruppe der Präsidentenkommission der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) deutlich – auf vielfältige Art und Weise bereitwillig auf die verbrecherische Politik des Regimes eingelassen. Vor diesem Hintergrund soll hier untersucht werden, inwieweit die KWG auch an der nationalsozialistischen Politik, Eigentumsrechte an rassistische bzw. politische Kategorien zu knüpfen, partizipierte. Zwei Handlungsfelder sind dabei in den Blick zu nehmen:

1. Die Übernahme von Immobilien politisch oder als Juden Verfolgter
2. Der Umgang mit den Kapitalien jüdischer Stifter und Spender

Hat sich die KWG dieser Vermögenswerte bedient und, wenn ja, in welchem Umfang und vor welchem Hintergrund? Veränderte sich der Umgang der KWG mit diesen Gütern im Laufe der Zeit? Die Übernahme der Immobilien von Menschen, die politisch verfolgt wurden oder nach der NS-Gesetzgebung als „Juden“ galten, und ebenso der Umgang mit den Kapitalien jüdischer Stifter und Spender können dabei als besonders sensibel gelten: Immobilien sind gleichsam durch Treu und Glauben des Grundbuchs geschützt; zudem ist anzunehmen, daß

1 Rüdiger Hachtmann, Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“ (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 19), Berlin 2004.

die KWG zu jenen Personen, die ihr Zuwendungen anvertrauten, auch ein besonderes Verhältnis hatte und mit ihren Stiftungen oder Spenden sorgsam und im Sinne der Mäzene umging. Letztere Annahme gilt es zu überprüfen. Um spezifische Veränderungen im Umgang mit Stiftungen und Spenden während der NS-Zeit herausarbeiten zu können, muß die Rekonstruktion den gesamten Zeitraum des Bestehens der KWG im Auge behalten. Im Sinne der Vergleichbarkeit ist es zudem sinnvoll, wenigstens die Geschichte einer nicht-jüdischen Stiftung zu rekonstruieren.

Da die beiden Untersuchungsbereiche sich zwar im Kern um die gleiche Frage drehen, inhaltlich aber relativ disparat sind und zudem – wie im folgenden dargestellt wird – die Annäherung nur über Fallbeispiele erfolgen kann, werden sie in der Darstellung voneinander getrennt. Jedem Bereich ist ein Problemaufriß vorangestellt, dem Fallbeispiele folgen, die in einem nächsten Schritt in einen breiteren Kontext gestellt und analysiert werden. Im Resümee sollen die Ergebnisse aus beiden Untersuchungsfeldern zusammengefaßt und die der Politik der Generalverwaltung sowie der genannten Institute zugrundeliegenden politischen Motive diskutiert werden.

Zuvor sind allerdings noch zwei zentrale Termini zu definieren: In der Forschung, besonders aber im öffentlichen Diskurs, wird ein Teil der hier zur Debatte stehenden Vorgänge meist als „Arisierung“ bezeichnet. Da dieser Begriff aber inflationär gebraucht worden ist und kein scharfes analytisches Werkzeug mehr darstellt, gebrauche ich statt dessen in Anlehnung an die jüngst erschienene Studie „Die Commerzbank und die Juden 1933-1945“ die Begriffe „Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden“, wenn es sich um den gesamten Prozeß der ökonomischen Entrechtung der Juden handelt, und „Besitztransfer“, wenn es sich um die Übernahme eines Objekts aus jüdischem Eigentum handelt.² Der letztgenannte Begriff mag auf den ersten Blick nüchternharmlos klingen. Der Hintergrund ist freilich eine semantische Unterscheidung, die sich in der Rechtssprechung niedergeschlagen (umgangssprachlich allerdings abgeschliffen) hat: Laut BGB ist Besitzer einer Sache, wer die faktische Verfügungsgewalt über diese Sache hat; Eigentümer ist hingegen nur, wer sie rechtmäßig erworben hat. Wenn die Vorgänge also als „Besitztransfer“ beschrieben werden, gilt die Annahme, daß der Erwerber eine Sache gegen den Willen des Eigentümers erworben hat und der zum Verkauf genötigte Verkäufer rechtlich Eigentümer der Sache bleibt. An diesen Eigentumsvorbehalt knüpft ja auch die Restitution an. Hieran anschließend soll ein weiterer zentraler Begriff der Restitutions- Rechtsprechung - der des „unredlichen Erwerbs“ - eingeführt werden. Demnach ist ein Geschäft dann „unredlich“, wenn ein Vertragspartner die Zwangslage eines Verfolgten wissentlich zu seinen Gunsten ausnutzt. Die folgende Darstellung ist allerdings keine juristische Abhandlung. Deshalb soll der Begriff hier in einem breiteren, dem Ursprung des Wortes angenäherten, Sinne gebraucht werden: Das Wort „redlich“ ist eng mit „reden“ verwandt und bedeutet „wie man darüber Rechenschaft ablegen kann“. Diese Bedeutung schwingt im Ausdruck „redlicher Kaufmann“ mit. „Unredliche Geschäfte“ sind folglich solche, die dem kaufmännisch-bürgerlichen Rechts- bzw. Moralverständnis widersprechen. Die Nutznießer versuchen sie zu kaschieren. Dies ist

2 Vgl. Ludolf Herbst/Thomas Weihe (Hg.), Die Commerzbank und die Juden 1933-1945, München 2004, besonders: S. 10-13.

beispielsweise auch dann der Fall, wenn bei einem Immobilientransfer der Betreffende zwar nicht ins Grundbuch eingetragen wird, jedoch auf eine andere Art Nutzen aus dem Geschäft zieht. Der Begriff bietet den Vorzug, für alle Opfer der nationalsozialistischen Politik, die Eigentumsrechte an politische bzw. rassistische Kategorien knüpfen, offen zu sein. Der Begriff „Enteignung“ soll gemäß seiner ursprünglichen Bedeutung nur dann verwandt werden, wenn der Staat unmittelbar in die Eigentumsrechte eintrat.

2. IMMOBILIEN

2.1. Ausgangslage

Nur jene Institute, die gänzlich neu errichtet wurden bzw. eine räumliche Ausdehnung erfuhren, konnten überhaupt in die „Versuchung“ kommen, sich eine hierzu erforderliche Immobilie unredlich anzueignen. Dies lenkt den Blick auf die allgemeine Entwicklung der KWG: Hier ist - erstens - festzustellen, daß die Expansion der KWG nach 1933 generell in Übereinstimmung mit den Paradigmen des Regimes verlief und somit dem Ziel folgte, den geplanten autarken Wehrstaat Wirklichkeit werden zu lassen. Die Expansion erfaßte hauptsächlich zwei Bereiche: die Rüstungsforschung, namentlich die Technik- und Ersatzstoffforschung, sowie die Agrarforschung.³ Für jene Forschungsbereiche, die nicht unmittelbar in Rüstungs- oder Agrarforschung involviert waren, gilt, daß sie in der Regel bestenfalls begrenzt expandierten.⁴ Sie bleiben im folgenden unberücksichtigt.

Zweitens ist festzustellen, daß die Rüstungsforschung in Instituten betrieben werden konnte, die bereits bestanden und nur noch ausgebaut werden mußten, hatte sich die KWG – gleichsam in Fortführung ihres Gründungsgedankens - doch spätestens ab 1926 wieder in geheimen Forschungsprogrammen enga-

3 Daneben erlangten zwar auch Forschungen mit rassistischer Ausrichtung namentlich im KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik sowie dem KWI für Hirnforschung eine größere Bedeutung. Diese konnte jedoch – qua Verteilung der Mittel – nicht an die der erstgenannten Bereiche heranreichen, vgl. Rüdiger Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«*. Die Generalverwaltung der KWG, erscheint: Göttingen 2006.

4 Die wenigen Besitz- und Eigentumstransfers ergeben – so das Resultat einer ersten Durchsicht der entsprechenden Akten im Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft – keine Anhaltspunkte für „unredliche Geschäfte“ im definierten Sinne. In der Generalverwaltung wurde freilich 1936 erwogen, das Wohnhaus von Carl Neuberg zu erwerben. Den Hintergrund bildeten folgende Umstände: Einerseits bestanden im Frühjahr 1936 konkrete Pläne, ein Kaiser-Wilhelm-Institut zur Erforschung deutscher Kunst zu gründen und für dieses Institut sollte ein Domizil gefunden werden. Andererseits wollte Carl Neuberg, nachdem er als Jude als Direktor des Instituts für Biochemie entlassen worden war, aus Deutschland fliehen. Die KWG nahm deshalb an, daß Neuberg bereit sein würde, ein Disagio auf den Kaufpreis von 20 Prozent hinzunehmen, wenn ihm angeboten würde, den Transfer in bar abzuwickeln. Da sich jedoch die Pläne zur Neugründung des KWI zerschlugen, verzichtete die KWG offenbar darauf, Neubergs Haus zu erwerben. Vgl. dazu Auszug aus dem Protokoll der Senatssitzung vom 10.1.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2845/1, Bl. 3; Aktennotiz der Generalverwaltung, 7.3.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2845/1, Bl. 15; Aktennotiz der KWG, 26.7.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2849/2, o. Bl. Zu den Hintergründen der Entlassung Neubergs: Hachtmann, *Wissenschaftsmanagement*. i. M. S. 322f; Michael Schüring, *Minervas verstoßene Kinder, Vertreibung, Entschädigung und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft*, erscheint: Göttingen 2005, i. M. S. 60ff; ders., *Der Vorgänger*. Carl Neubergs Verhältnis zu Adolf Butenandt, in: Wolfgang Schieder/Achim Trunck (Hg.), *Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“* (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 7), Göttingen 2004, S.346-368, hier: S. 351-357.

giert.⁵ Selbst wenn zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur neue rüstungsrelevante KWI errichtet wurden, fußte dies in der Regel auf konkreten Plänen aus der Zeit vor 1933: So konnte das KWI für Metallforschung, das 1934 in Stuttgart wiedereröffnet wurde, auf ein Grundstück zurückgreifen, welches das Land Württemberg schon seit 1930 für das Institut reserviert hatte.⁶ Ähnlich verlief auch die Etablierung des KWI für Eisenforschung in Düsseldorf in den Jahren 1934/35.⁷ Im Rahmen der forcierten Aufrüstung ab 1936 wurden dann allerdings mit dem KWI für Strömungsforschung und der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre in Friedrichshafen zwei neue Institute gegründet bzw. ausgegründet. In beiden Fällen wurde aber kein Hinweis auf eine Verwicklung in einen Besitztransfer gefunden.⁸ Gleiches gilt auch für die Erweiterung des KWI für Lederforschung in Dresden.⁹ Eine sozusagen interne Nutznießung der Judenverfolgung ist allerdings beim KWI für Silikatforschung zu beobachten: Dieses Institut konnte 1933/34 die Räume und Geräte des KWI für Faserstoffchemie übernehmen, nachdem dessen jüdischer Leiter, Reginald Oliver Herzog, im Oktober 1933 entfernt worden war und sein Institut in der Folge geschlossen wurde.¹⁰

2.2. Agrarforschung

Während die KWG sich zu Anfang des Nationalsozialismus in der Rüstungsforschung in einer gesicherten Ausgangsposition wußte, stellte sich die Situation in der Agrarforschung anders dar: Dieser Forschungsbereich hatte in der KWG zunächst nur eine sehr untergeordnete Rolle gespielt. Erst 1927 wurde die Gründung eines landwirtschaftlich orientierten Instituts, des KWI für Züchtungsforschung, beschlossen, das dann 1928 in Müncheberg in Brandenburg

-
- 5 Helmut Maier, Die Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900-1947, erscheint: Göttingen 2006, i. M. S. 202-224; Hachtmann, Erfolgsgeschichte, S. 13f.
 - 6 Handschriftliche Aktennotiz von Planck, 19.7.1930, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1931/1, Bl. 1. Das Grundstück wurde schließlich im Mai 1935 mittels eines Erbbauvertrages zwischen dem württembergischen Kultusministerium und der KWG auf die KWG übertragen. Dabei verzichtete das württembergische Finanzministerium auf eine finanzielle Vergütung. Vgl. Erbbauvertrag zwischen der KWG und dem württembergischen Finanzministerium, 13.6.1935, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1931/1, o. Bl.
 - 7 Brief des Verein deutscher Hüttenleute an die Mitglieder des Kuratoriums des KWI für Eisenforschung, 16.11.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1968/1, Bl. 1.
 - 8 Das entsprechende Grundstück des KWI für Strömungsforschung hatte sich seit Ende der zwanziger Jahre im Eigentum der KWG befunden. Vgl. L. Prandtl, Denkschrift über den Bau eines großen Windkanals, März 1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1519/2 o. Bl. Die Anlagen der Forschungsstelle für Physik der Stratosphäre wurden der KWG vom Land Württemberg zur Verfügung gestellt und stammten offenbar aus der Vermögensmasse des Hauses Württemberg. Vgl. Brief von Erich Regener (Direktor der Forschungsstelle) an Telschow, 12.1.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2902/1 o. Bl.
 - 9 Für die Erweiterung erwarb die KWG ein Grundstück von der Stadt Dresden, welches diese mindestens seit 1924 in ihrem Eigentum hatte. Vgl. Kaufvertrag zwischen der Stadt Dresden und der KWG, 23.9.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1819/2, o. Bl.
 - 10 Eckart Henning/Marion Kazemi, Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 1), Berlin 1988, S. 73f. Ausführlich demnächst: Heiko Stoff, „Eine zentrale Arbeitsstätte mit nationalen Zielen“. Wilhelm Eitel und das Kaiser Wilhelm-Institut für Silikatforschung (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“).

eröffnet wurde. Im Rahmen der gegen Polen gerichteten Ostpolitik, die ja auch von der KWG unterstützt wurde,¹¹ war seit 1932 zudem die Gründung einer Zweigstelle des KWI für Züchtungsforschung in Ostpreußen von der Generalverwaltung ins Auge gefaßt und von Erwin Baur, dem Gründungsdirektor des KWI, auch vehement eingefordert worden.¹² Die Außenstelle wurde schließlich Anfang 1933 auf dem Gut Klein Blumenau in der Ortschaft Powayen eröffnet.¹³

In dem Maße aber, in dem die nationalsozialistische Autarkiepolitik im Gefolge der Verkündung des (zweiten) Vierjahresplans auch auf die Nahrungsmittelversorgung und damit die Landwirtschaft ausgedehnt wurde, engagierte sich auch die KWG auf diesem Feld. Dies ging mit einigen richtungsweisenden Veränderungen innerhalb der KWG einher: Im Juli 1937 wurde Carl Bosch zum Nachfolger Max Plancks als Präsident berufen, und Ernst Telschow wurde anstelle Friedrich Glums zum neuen Leiter der Generalverwaltung der KWG bestellt. Telschow, seit Mai 1933 Mitglied der NSDAP, hatte neben seiner Tätigkeit als Direktor der Generalverwaltung der KWG seit Juli 1936 auch die Position des Forschungskoordinators des Rohstoff- und Devisenstabs, des Vorläufers der Vierjahresplanbehörde, innegehabt. Er hatte somit ein dezidiertes Interesse, die Forschungsanstrengungen der KWG auf Gebiete zu lenken, die für die Autarkiebemühungen relevant waren oder schienen, und die KWG in diesem Rahmen als zentrale Forschungseinrichtung zu positionieren.¹⁴ Parallel hierzu trat 1937 mit Herbert Backe, dem das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft führenden Staatssekretär, ein neuer starker Mann und Unterstützer in den Senat der KWG ein. Backe, der 1941 zum Ersten Vizepräsidenten der KWG bestellt wurde, gelang es, einen großen Einfluß auf die Geschäftspolitik der KWG zu

-
- 11 Hachtmann, Erfolgsgeschichte, S. 18-21.
 12 Brief des KWI Züchtungsforschung an die Generalverwaltung, 7.10.1932, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/1, Bl. 8.
 13 Brief der Treuhandstelle für Umschuldungskredite an die KWG, 30.3.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/1, Bl. 122. Klein Blumenau befand sich im Eigentum des Freiherrn von Dörnberg, wurde aber von der Ostpreußischen Treuhandstelle für Umschuldungskredite verwaltet. Die Treuhandstelle hatte es Dörnberg zur Auflage gemacht, einen Teil seines Landes zu verkaufen, um sich zu entschulden, und verkaufte das Gut schließlich im März 1935 an die KWG: Brief der KWG an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, 7.10.1932, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/6, Bl. 159; Aktennotiz Glum über eine Besprechung mit dem Landeshauptmann der Provinz Ostpreußen, 5.12.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/4, Bl. 131-134.
 14 Personalbogen der NSDAP, 3.7.1939, BAB, Bestand Berlin Document Centre (BDC), B 304, Telschow, Ernst; Hachtmann, Erfolgsgeschichte, S. 30-33; Susanne Heim, Forschung für die Autarkie, in: dies. (Hg), Autarkie und Ostexpansion, Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002, S. 145-177, hier: S. 145. Ferner: Alexandra Przyrembel, Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 20), Berlin 2004, S. 13-16.

nehmen.¹⁵ Er unterstützte freilich im Gegenzug die KWG auch in einem erheblichen Maße: Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Reichsernährungsministerium) schwang sich während des Zweiten Weltkrieges zum größten Finanzier der KWG auf.¹⁶

Vor dem oben skizzierten Hintergrund kann die Ausdehnung der Agrarforschung der KWG in zwei Phasen unterteilt werden. In der Anfangsphase, die 1936 noch unter der Ägide von Glum eingeleitet wurde, erfolgte die Expansion durch die Übernahme bestehender Institutionen und mithin im Rahmen einer Risikominimierungsstrategie. So wurden das KWI für Seenforschung und Seenbewirtschaftung in Langenargen und die Limnologische Station Niederrhein in Krefeld sowie das KWI für Bastfaserforschung im Zuge einer Übernahme bereits bestehender Institutionen, die über eigene Nutzflächen verfügten, etabliert.¹⁷ Gleichzeitig eröffnete das KWI für Züchtungsforschung zwei neue Außenstellen: Werbellinsee/Schorfheide (1936) und Rosenhof/Pfalz (1937).¹⁸

In der zweiten Phase nahm die Expansion deutlich selbstbewußtere - um nicht zu sagen: aggressivere - Züge an. Zwischen 1938 und 1943 gründete die KWG insgesamt fünf Institute:¹⁹

- das KWI für Tierzuchtforchung in Rostock – Dummerstorf (1938/39)
- das KWI für Kulturpflanzenforschung – Wien und Tuttenhof (1940, Arbeitsbeginn: 1943)

15 Susanne Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933-1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 5), Göttingen 2003, S. 23-33; Ulrike Kohl, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Stuttgart 2002, S. 215-220; Ute Deichmann, Kriegsbezogene biologische, biochemische und chemische Forschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Züchtungsforschung, für physikalische Chemie und Elektrochemie und für Medizinische Forschung, in: Doris Kaufmann (Hg.) Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung 2. Bde. (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus Bd. 1), Göttingen 2000, hier: Bd. 1, S. 231-257, S. 235f.; Helmuth Albrecht/Hermann Armin, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich, in: Rudolf Vierhaus/Berhard vom Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990, S. 356-406, hier: S. 386 und S. 394.

16 Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 394.

17 Das Institut für Seenforschung und Seenbewirtschaftung in Langenargen, welches im Rahmen der Übernahme eines Vereins durch die KWG entstand, konnte auf das Grundstück dieses Vereins zurückgreifen. Dieses Grundstück war dem Verein 1920 durch die Stadt Langenargen zu Forschungszwecken übereignet worden. Vgl. Brief des KWI für Seenforschung an das Finanzamt Tettmang, 25.5.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2841, Bl. 2-5. Ähnliches galt auch für die Gründung der limnologischen Station Niederrhein. Vgl. Brief des Oberbürgermeisters der Stadt Krefeld-Uerdingen an die KWG, 2.12.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2850/1, Bl. 1-6. Vgl. Kohl, Präsidenten, S. 152. Zu den Aufgaben, die sich das KWI für Seenforschung im Rahmen der Autarkieforschung setzte: Vgl. Heim, Kalorien, S. 66-72. Die Übernahme des Deutschen Forschungsinstituts für Bastfaserforschung e. V. in Sorau, Niederlausitz, war schon 1922 erwogen worden: vgl. Protokoll der 37. Sitzung des Senats der KWG, 4.12.1922, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 63.

18 Henning/Kazemi, Chronik, S. 84 (Schorfheide), S. 93 (Rosenhof).

19 Hingegen wurde der Senatsbeschluß, ein KWI für Forstpflanzenzüchtung in Freiburg zu gründen, nicht in die Tat umgesetzt, weil das Reichsforstamt ein solches Institut gründen wollte. Vgl. Henning/Kazemi, Chronik, S. 95.

- das KWI für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft – Breslau und Kleinau (1940/41)
- das Deutsch-Bulgarische Institut für landwirtschaftliche Forschungen in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft – Sofia (1941, kam über die Gründungsphase nicht hinaus)
- das KWI für Rebenzüchtungsforschung - Müncheberg (1942)

Zudem eröffnete das KWI für Züchtungsforschung nochmals zwei Außenstellen in Klagenfurt und in Laukischken/Ostpreußen, wobei letztere allerdings, wie im folgenden dargestellt werden soll, als Vergrößerung der bereits in Ostpreußen bestehenden Außenstelle anzusehen ist.²⁰ Das KWI beteiligte sich ferner an dem Ausbau der Pflanzenversuchsstation in Auschwitz²¹ und an der Ausbeutung von Forschungsstationen in den besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion.²² Dabei war in wenigstens einem Fall – dem der limnologischen Forschungsstation in Suwalki – geplant, daß ein treuhänderisch übernommenes Institut nach dem Ende des Krieges auch in den Besitz der KWG übergehen sollte.²³

In dem Prozeß der Expansion spielte Backe eine zentrale Rolle: Nicht nur wurde die Errichtung des KWI für Tierzuchtforschung auf Betreiben des einflußreichen Staatssekretärs im Mai 1938 beschlossen.²⁴ Das Reichsernährungsministerium übernahm auch bei dem Erwerb der benötigten Ländereien die Federführung. Obgleich es als schwierig galt, geeignete zusammenhängende Nutzflächen für das neue KWI zu finden, konnte mit Hilfestellung des Backe-Ministeriums bald ein geeignetes Objekt ausfindig gemacht werden: Bereits im Juni besichtigten Telschow und der designierte Leiter des Instituts, Gustav Frölich, das 10 km südlich von Rostock gelegene Gut Dummerstorf. Dieses Gut war 1935 auf der Grundlage des Reichserbhofgesetzes aus dem Eigentum eines amerikanischen Staatsbürgers in Reichsbesitz überführt worden.²⁵ Obwohl das Gut 1938 bereits im Besitz der eigens für die „Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht“ gegründeten Reichsumsiedlungsgesellschaft m.b.H. war, gelang es dem Reichsernährungsministerium, sich gegenüber der Wehrmacht durchzusetzen. Im Juli 1938 erlangte es die Zustimmung des Reichsfinanzministeriums, das Gut im eigenen Namen anzukaufen und dem KWI pachtfrei zu überlassen.²⁶ Für

20 Henning/Kazemi, Chronik, S. 95 (Klagenfurt) und S. 99 (Laukischken); Heim, Kalorien, S. 38f.

21 Heim, Kalorien, S. 152-198.

22 Heim, Kalorien, S. 33-45 und S. 229-237; dies., Forschung, S. 156-175; Stanislaw Meducki, Agrarwissenschaftliche Forschungen in Polen während der deutschen Okkupation. Die Landwirtschaftliche Forschungsanstalt des Generalgouvernements in Pulawy, in: Susanne Heim (Hg.) Autarkie und Ostexpansion, S. 233-249.

23 Brief von Telschow an Erich Koch (Gauleiter von Ostpreußen), 5.8.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2858/7, o. Bl.

24 Aktenvermerk des Reichsfinanzministeriums über Besprechung „betr. Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Tierzuchtforschung, 15.7.1938, in: BA B, R 2, 183335. Vgl. Heim, Kalorien, S. 11; Marion Kazemi, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung in Rostock und Dummerstorf 1939-1945, in: Dahlemer Archivgespräche 8, 2002, S. 137-163, hier: S. 139-141.

25 Ebd., S. 145; Heim, Kalorien, S. 51f.

26 Aktenvermerk des Reichsfinanzministeriums über das KWI für Tierzuchtforschung, 14.7.1938, in: BA B, R 2, 18335. Zur Reichsumsiedlungsgesellschaft: Gesetz über die Landbeschaffung für Zwecke der Wehrmacht, 29.3.1935, in: RGBl. I, 1935, S. 467f., Zitat: S. 467.

Verzögerung sorgte nun aber die Reichsumsiedlungsgesellschaft, weil sie einen höheren Preis verlangte als ihren Einstandspreis: Statt 1,5 Mio. RM sollten nun 2 Mio. RM gezahlt werden. Gegen dieses Ansinnen verwahrte sich das Reichsfinanzministerium zunächst. Im September 1938 stellte aber schließlich auch der dort zuständige Referent seine Bedenken zurück, da „ein so wertvoller und geeigneter Betrieb wohl in absehbarer Zeit nicht für die Zwecke des Kaiser Wilhelm Instituts erworben werden kann.“²⁷

Der Kaufvertrag wurde im Februar 1939 unterzeichnet. Der Betrieb konnte jedoch noch nicht aufgenommen werden, weil auf dem Grundstück nicht genügend für Forschungszwecke geeignete Gebäude vorhanden waren.²⁸ Da es zudem das erklärte Ziel war, den Leiter des neuen KWI gleichzeitig auch im Rahmen eines neu zu eröffnenden Lehrstuhls für Tierzucht an der Rostocker Universität anzusiedeln, und demzufolge der Dienstsitz des Instituts in der Stadt etabliert werden sollte, erwarb der vom Reichsernährungsministerium eingesetzte Verwalter von Dummerstorf, Julius Ost, Mitte Mai 1939 ein Haus in Rostock, Schillerstr. 10.²⁹ Hierbei handelte es sich um das Wohnhaus des Vorsitzenden der dortigen jüdischen Gemeinde, Max Samuel, dessen Vermögen im Rahmen der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden im Januar 1939 unter Zwangsverwaltung gestellt worden war.³⁰ Bemerkenswert ist, daß der Zwangsverwalter des Eigentums von Samuel im Mai 1939 noch gar nicht über alle erforderlichen amtlichen Bescheinigungen verfügte.³¹ Daß er unter diesen Umständen trotzdem den Verkauf des Hauses einleitete, zeugt davon, daß er vom Gutsverwalter bzw. dessen Dienststelle, also dem Reichsernährungsministerium, unter erheblichen Druck gesetzt worden war.

Wenig später – Anfang 1940 – geriet das KWI in anderer, allerdings auch zeittypischer Weise unter Druck. Dem Institut war es nämlich gelungen, sich die Verfügungsgewalt über eine Laboratoriumseinrichtung der zwangsweise aufgelösten Krakauer Universität zu sichern.³² Da aber für die geraubten Geräte auch im Hause von Max Samuel nicht genügend geeignete Räume zur Verfügung standen, sah sich die KWG gezwungen, ein weiteres Haus in Rostock

27 Aktenvermerk des Reichsfinanzministeriums, 28.9.1938, in: BA B, R 2, 18335.

28 Kaufvertrag, 2.2.1939, BAB, R 2, 18335; Abschrift aus dem Grundbuch, 16.7.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2878, o. Bl.

29 Brief des Reichsernährungsministerium an das Reichsfinanzministeriums, 12.5.1939, BAB, R 2, 18335. Im Gegensatz hierzu behauptet Marion Kazemi, die KWG hätte das Haus selbst „arisiert“, vgl. Kazemi, Tierzuchtforschung, S. 145f.

30 Max Samuel gelang es 1939, nach England auszuwandern. Vgl. Frank Schröder/Ingrid Ehlers, Zwischen Emanzipation und Vernichtung. Zur Geschichte der Juden in Rostock (Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock, Heft 9), Rostock 1988, S. 58- 62.

31 Brief des Reichsfinanzministeriums an das Reichsernährungsministerium, 16.6.1939, BAB, R 2, 18335.

32 Aktennotiz der KWG, 22.1.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2880, o. Bl. Vgl. Brief des Reichsernährungsministeriums an das KWI für Tierzuchtforschung, 31.1.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2880, o. Bl. Dort wird vermeldet, daß demnächst „wieder“ ein Lastwagen aus Krakau nach Rostock abfahren werde.

erwerben, was ihr Anfang Februar 1940 auf dem freien Markt auf „redliche Weise“ auch glückte.³³

Der ursprüngliche Plan, für den Direktor des KWI für Tierzuchtforschung auch einen Lehrstuhl an der Universität Rostock einzurichten, wurde nicht mehr realisiert. Jonas Schmidt, der nach Frölichs Tod zunächst geschäftsführender Direktor und ab April 1942 auch ordentlicher Direktor des KWI geworden war,³⁴ blieb bis 1945 gleichzeitig Direktor des Instituts für Tierzüchtung und Haustiergenetik der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin.³⁵ Freilich hatte sich im Vorfeld der Ernennung Schmidts zum ordentlichen Direktor des KWI zeitweilig die Chance abgezeichnet, den ursprünglichen Plan, Frölich einen Lehrstuhl mit eigenem Institut in Rostock zu verschaffen, doch noch umzusetzen: Am 20. Januar 1942 nämlich schrieb Telschow in einem Brief an den Staatsminister Mecklenburgs, Friedrich Scharf, der im übrigen kurz zuvor „Förderndes Mitglied“ der KWG geworden war, er habe gehört, daß sich das Reichserziehungsministerium auf Geheiß der Parteikanzlei nun einverstanden erklärt habe, einen Lehrstuhl für Tierzuchtforschung einzurichten:

„[D]amit [ist] die Errichtung dieser Fakultät nunmehr gesichert [...]. Es wurde mir dann noch angedeutet, dass man nunmehr auch vom Staate Mecklenburg etwas erwarte, und es wurde dabei gesprächsweise auf die ev. Bereitstellung von Anstalten hingewiesen, die jetzt oder früher für Geisteskranke benutzt würden“.³⁶

Doch auch dieser Vorstoß führte letztlich nicht zum Erfolg. Das Scheitern war wohl dem Umstand geschuldet, daß die Konzentration aller Ressourcen auf die Kriegsführung die Etablierung eines neuen Lehrstuhls schwierig machte und Schmidt überdies bereits der Berliner Friedrich-Wilhelm-Universität verbunden war. Zudem ist zu bezweifeln, daß Schmidt tatsächlich freiwillig seinen Posten in der Reichshauptstadt, in direkter Nähe der Schaltstellen der Macht, tatsächlich gegen einen Posten in der Provinz hätte tauschen wollen.

Die Bedeutung des Reichsernährungsministeriums im Prozeß der Expansion erschließt sich auch aus den Umständen des Umzugs des KWI für Bastfaserforschung: Der Entschluß zum Umzug fiel vor dem Hintergrund, daß das Gelände in Sorau den Ansprüchen der KWG nicht genügte und das Areal auch von der

33 Aktennotiz der KWG, 22.1.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2880/1, o. Bl. Das Haus befand sich in Rostock, Loignystr. 14. Der Kaufpreis betrug 160.000 RM. Vgl. Kaufvertrag zwischen der KWG und Magdalene F., 27.2.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2880/3, o. Bl.

34 Auszug aus einem Senatsbeschluss, 24.4.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2878, o. Bl.

35 Auszug aus dem Senatsbeschluss vom 24.4.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2878, o. Bl.; Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender, Berlin 1950, S. 1819.

36 Brief von Telschow an Staatsminister Friedrich Scharf, 20.1.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2859/3, o. Bl. Vgl. Heim, Kalorien, S. 55. Zur Mitgliedschaft Scharfs in der KWG: Claudia Bergmann (Hg.), Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Teil 2 (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 3), Berlin 1991, S. 169. Vgl. Hachtmann, Erfolgsgeschichte, S. 40. Wahrscheinlich bezogen sich die Pläne auf die einzige größere Anstalt dieser Art in Rostock, die Heil- und Pflegeanstalt Rostock Gehlsheim, deren Patienten zum großen Teil nach Bernburg verschickt und dort ermordet worden waren. Vgl. Inge Miesch, Die Heil- und Pflegeanstalt Gehlsheim. Von den Anfängen bis 1946, Rostock 1996, S. 50-66.

Wehrmacht beansprucht wurde. Auf Veranlassung des Reichsfinanzministeriums sollte deshalb versucht werden, „im Sudetengau geeignete freistehende Räumlichkeiten“ zu finden.³⁷ Neben dem Umstand, daß in bestimmten Gegenden des Sudetengaus gute Voraussetzungen zum Anbau von Flachs- und Hanfpflanzen herrschten, war die Entscheidung, das KWI dorthin zu verlegen, auch politisch motiviert. Denn der Sudetengau hatte seinerzeit mit erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, und die Etablierung eines Forschungsinstituts stellte eine – propagandistisch verwertbare – Aufbauleistung dar.³⁸

Nach einem Ortstermin im Mai 1939 bemühte sich die KWG, eine ehemals staatliche (d. h. also tschechische) Flachsbauschule in Mährisch Schönberg zu übernehmen.³⁹ Da jedoch die Baulichkeiten nur bedingt für die Belange des KWI geeignet schienen, wurde dann zeitweilig geplant, auf dem Gelände der Flachsbauschule einen Neubau zu errichten. Als sich das Reichsfinanzministerium hiergegen sträubte, bot das Reichsernährungsministerium seine Hilfe an, verlangte dafür aber, die Federführung beim Erwerb auch dieses Areals zu übernehmen.⁴⁰ Da gleichzeitig seitens der Wehrmacht der Druck, Sorau zu räumen, noch erhöht wurde, kam die KWG Mitte 1940 nicht umhin, dem zuzustimmen, zumal sich nun herausgestellt hatte, daß das Gelände der Flachsbauschule in Mährisch Schönberg dem Erziehungsministerium übertragen werden sollte.⁴¹ Nachdem das Reichserziehungsministerium das Areal schließlich im Februar 1941 an das Reichsernährungsministerium abgetreten hatte, stellte dieses es dann „umgehend“ dem KWI für Bastfaserforschung zur Verfügung,⁴² in diesem Fall auf offenbar „redliche“ Art und Weise.

Mit dem Umzug in den Sudetengau deutete sich an, was in der Folgezeit die Regel werden sollte: Die KWG folgte mit dem Ausbau ihrer Agrarforschung der Expansion des Deutschen Reichs. Der Zusammenhang zwischen der (nunmehr militärischen) Expansion des Reichs und dem Ausbau der Agrarforschung ist bei den beiden nächsten Projekten, der Etablierung einer neuen Außenstelle des KWI für Züchtungsforschung und dem fast gleichzeitig in Angriff genommenen Aufbau des KWI für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft, evident.

Um „die landwirtschaftliche Erschließung der besetzten Ostgebiete [vorzubereiten]“, wurde Anfang 1940 geplant, die Außenstelle des KWI für Züchtungs-

37 Aktennotiz der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, 16.1.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2200/1, Bl. 2.

38 Ebd. Vgl. Günther Luxbacher, Roh- und Werkstoffe für die Autarkie. Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 18), Berlin 2004, S. 26-28.

39 Aktennotiz von Telschow, 21.5.1949, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2200/5, Bl. 120; Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Senats der KWG, 23.5.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2240/1, o. Bl.

40 Aktennotiz von Telschow über eine Besprechung mit dem zuständigen Referenten des Reichsernährungsministeriums, 4.7.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2200/8, Bl. 49.

41 Brief des Reichsernährungsministeriums an das Reichsfinanzministerium, 11.4.1940, BAB, R 2, 18163.

42 Brief des Reichsernährungsministeriums an die KWG, 14.2.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2240/3, o. Bl. Vgl. Heim, Kalorien, S. 85-88.

forschung in Ostpreußen zu erweitern.⁴³ Nach der Eroberung Polens schienen die selbstgesetzten Anforderungen größer geworden zu sein, und so war der KWG das Gut Klein Blumenau nicht mehr groß genug. Spätestens ab Juli 1940 konzentrierten sich die diesbezüglichen Bemühungen auf ein 50 km östlich von Königsberg gelegenes Rittergut in Laukischken mit einer Größe von rd. 2.200 Morgen. Dessen 70jähriger Eigentümer, Ludwig Rogalla von Bieberstein war „wegen staatsfeindlichen Verhaltens“ im März 1940 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt und in das Zuchthaus Wartenburg eingeliefert worden.⁴⁴ Zwar herrschte im Juli 1940 bei den Teilnehmern einer Besprechung im Reichsfinanzministerium, auf der die mögliche Übernahme des Gutes durch die KWG besprochen werden sollte, die Auffassung, daß es sich bei der Verurteilung von Biebersteins „um ein sehr scharfes Urteil des Sondergerichts Ostpreußen [ge]handelt“ habe. Deshalb glaubten die Beteiligten – es nahmen je ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsernährungsministeriums und des Regierungspräsidenten der Provinz Ostpreußen teil – auch nicht, daß eine „Enteignung“ in Frage kommen könne: Vielmehr solle versucht werden, eine „anständige Gesamtlösung zu erreichen“.⁴⁵

Von diesem Beschluß erhielt Telschow jedoch offenbar keine Kenntnis, denn im September meldete er in einem Brief an das Reichsernährungsministerium Bedenken gegen den Erwerb des Rittergutes an: Neben dem Umstand, daß er nun fand, die örtlichen Gegebenheiten seien alles andere als ideal, bereitete ihm vor allem Sorge, daß von Bieberstein inzwischen in der Haft verstorben war und damit die Möglichkeit der „Enteignung [...] fortfalle“.⁴⁶ Doch erwiesen sich die Bedenken Telschows als unbegründet. Das Reichsernährungsministerium erwarb Laukischken schließlich im Januar 1941, ohne noch schriftlich auf die Bedenken Telschows eingegangen zu sein. Der Kaufpreis für das Gut Laukischken betrug 830.000 RM, d. h. also 377 RM pro Morgen.⁴⁷ Hierbei scheint es sich um einen durchaus üblichen Preis, mithin gleichfalls um ein „redliches“ Geschäft gehandelt zu haben. Zum Vergleich: Für das Gut Klein Blumenau zahlte die KWG 1935 einen Preis von 170 RM pro Morgen.⁴⁸

Wie die neue Außenstelle des KWI für Züchtungsforschung in Laukischken sollte auch das neu gegründete KWI für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft

43 Jahrbuch der KWG 1942, S. 32. Vgl. Koch, S. 217.

44 Aktenvermerk von Knorre über eine Besprechung im Reichsfinanzministerium, 19.7.1940, BAB, R 2, 18181. Vgl. Heim, Kalorien, S. 38, Fußnote 41. Susanne Heim gibt, den Aussagen eines Familienmitglieds folgend, an, von Bieberstein sei im KZ Wartenberg ermordet worden. Es konnte jedoch kein KZ-Lager bzw. Außenlager dieses Namens in Ostpreußen lokalisiert werden. Es ist also davon auszugehen, daß von Bieberstein im Zuchthaus Wartenburg (Kreis Allenstein, Ostpreußen) ums Leben kam. Hierfür spricht auch, daß die (Täter-)Quellen von einer „Zuchthaustrafe“ und nicht von „sicherheitspolizeilicher Verwahrung“ oder Ähnlichem sprechen. Zur Existenz des Zuchthauses Wartenburg: Martin Weinmann (Hg.), Das Nationalsozialistische Lagersystem, Berlin 1990, S. 269.

45 Aktenvermerk von Knorre über eine Besprechung, 19.7.1940, BAB, R 2, 18181.

46 Brief von Telschow an das Reichsernährungsministerium, 3.9.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/7, Bl. 185.

47 Heim, Kalorien, S. 38, Fußnote 41. Im Gegenzug wurde das Gut Klein-Blumenau zu Gunsten des Fiskus verkauft. Vgl. Brief des KWI für Züchtungsforschung an das Reichsernährungsministerium, 24.6.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/7, Bl. 221f.

48 Brief der KWG an den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, 7.10.1932, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2718/6, Bl. 159.

die mit der militärischen Expansion einhergehende rassistische Bevölkerungs- und Siedlungspolitik wissenschaftlich unterstützen. Das neue KWI wurde – so die offizielle Verlautbarung – gegründet, um „die umfassenden Probleme auf dem Gebiet der Landarbeit, die sich insbesondere bei der Erschließung des Ost- raumes ergeben, einer Lösung entgegen[zuführen“.⁴⁹ Gleichwohl kam es im Zuge der Gründung zu einem Konflikt mit dem Reichsernährungsministerium. Dieser Konflikt war allerdings keinesfalls einer fehlenden Dienstbereitschaft, sondern eher der besonderen Rührigkeit des Leiters des KWI für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft, Gerhardt Preuschen, geschuldet. Er drehte sich um die Frage, wie die Finanzierung des Instituts gesichert werden sollte: Preuschen hatte namhafte Spenden, u. a. der Continental Gummi A.G. sowie einer Breslauer Düngemittelfabrik, eingeworben. Hiergegen sperrte sich Backe, der das Institut ausschließlich aus seinem eigenen Etat finanziert wissen wollte. Dies mag auf den ersten Blick erstaunen, doch hatte die Continental beispielsweise ein Interesse an dem KWI, weil sie den Einsatz von gummibereiften Landmaschinen befördern wollte. Vor diesem Hintergrund ist Backes Ablehnung entsprechender Spenden wohl als Versuch zu begreifen, den Einfluß der Landmaschinenindustrie möglichst zu begrenzen.⁵⁰ Weder Backe noch die KWG störten sich im übrigen daran, daß auch die Haupttreuhandstelle Ost (HTO), jene Institution bei der das entzogene Vermögen von Juden und Polen konzentriert wurde, mit einer Spende in Höhe von RM 30.000 den Aufbau des neuen KWI massiv unterstützt hatte.⁵¹

Im Einklang mit der Ausrichtung des Instituts, das hauptsächlich die Neuan- siedlung sogenannter Volksdeutscher im Warthegau vorbereiten und begleiten sollte, sollte das neue KWI in Schlesien etabliert werden. Dabei strebte die KWG Ende 1940 an, von der Schlesischen Landgesellschaft das Gut Kleinau zu kaufen, welches diese aus der Erbmasse des 1937 verstorbenen Landesbauern- führers Johannes Freiherr von Reibnitz erworben hatte.⁵² Die Landgesellschaft zeigte sich zwar durchaus bereit, das Gut zu übereignen. Sie gestattete dem KWI auch bereits Anfang 1941 dort den Forschungsbetrieb aufzunehmen, for- derte aber, entsprechende Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt zu bekom- men.⁵³ Dies sprengte allerdings den Rahmen der Möglichkeiten der KWG, und so mußte sich die Generalverwaltung wiederum an das Reichsernährungsmini-

49 Brief des Reichsernährungsministers an den Reichsfinanzminister, 12.9.1942, in: BA B, R 2, 18171.

50 Brief des KWI an die KWG, 12.12.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2913/1, o. Bl. Vgl. Heim, Kalorien, S. 92.

51 Brief des KWI an die KWG, 12.12.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2913/1, o. Bl. Zur Haupttreuhandstelle Ost: Ingo Loose, Deutsche Kreditinstitute in den eingegliederten und besetzten Gebieten Polens unter besonderer Berücksichtigung der Commerzbank, Diss. Berlin 2004, Kap. 4.2; Bernhard Rosenkötter, Treuhandpolitik, Die Haupttreuhandstelle Ost und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003; Götz Aly/Susanne Heim, Vor- denker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/Main 1997 (Hamburg 1991), S. 64f.

52 Brief des Reichsernährungsministers an den Reichsfinanzminister, 12.9.1942, BAB, R 2, 18171. Abschrift des Kaufvertrages zwischen den Erben von Reibnitz und der Schlesischen Landgesellschaft, 15.12.1937, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2922/1, o. Bl.

53 Brief des Reichsernährungsministeriums an die Generalverwaltung, 18.8.1941, MPG- Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2922/5, o. Bl. Zu diesem Zeitpunkt waren ein Gut in Groß-Heidau, Kreis Neumarkt, sowie das Hultschiner Ländchen, welches im Eigentum der Familie Roth- schild war, als Tauschobjekte in Aussicht genommen worden: vgl. ebd.

sterium wenden. Nun zeigte sich Backe zwar bereit, entsprechende Tauschobjekte zur Verfügung zu stellen, setzte dann aber voraus, daß sein Ministerium auch ins Grundbuch eingetragen werden müsse.⁵⁴ Durch verschiedene Umstände verzögerte sich jedoch die Übertragung des Gutes, die – wenn sie vollzogen worden wäre – „redlich“ gewesen wäre. Noch im Januar 1945, als die Rote Armee längst Teile Schlesiens besetzt hatte, liefen interministerielle Verhandlungen über den Abschluß eines Pachtvertrages.⁵⁵

Das Deutsch-Bulgarische Institut für landwirtschaftliche Forschung war das letzte Institut, das vor dem Hintergrund der militärischen Expansion des Reichs gegründet wurde. Dieses Institut, dem eine zentrale Rolle bei der Expansion in den Südosten Europas zugesprochen wurde, kam jedoch über die Gründungsphase nicht hinaus.⁵⁶ Es sollte auf einem in der Nähe von Sofia gelegenen Areal aufgebaut werden, das der bulgarische Staat zuvor enteignet hatte.⁵⁷ Da die Aufbauarbeiten jedoch sehr schleppend vorangingen, wurde Mitte 1943 beschlossen, in Sofia ein Übergangsquartier einzurichten. Nach der Besichtigung verschiedener Räumlichkeiten fiel die Wahl schließlich auf eine, wie es der designierte Leiter des Instituts, Arnold Scheibe, im Mai 1943 ausdrückte, „vom bulgarischen Staat beschlagnahmte ehemalige Judenwohnung“.⁵⁸ Diese Formulierung ist bemerkenswert: Im Mai 1943 gab es konkrete Hinweise, daß die Deportation der Juden aus Sofia bevorstand. Indes scheiterten die deutschen Versuche, die bulgarischen Autoritäten zur Deportation der alteingesessenen Juden zu bringen.⁵⁹ Infolgedessen lebten im Juli 1943 in der „ehemaligen Judenwohnung“ noch immer die zur Vertreibung vorgesehenen jüdischen Vorbesitzer. Vor dem Hintergrund der eigenen Pläne drängte Scheibe nun das bulgarische Ministerium für Landwirtschaft und Staatsdomänen, „eine umgehende Räumung“ der Wohnung zu veranlassen.⁶⁰ Als eine Mitarbeiterin Scheibes, Erika Bollmann, im August 1943 die Wohnung besichtigte, waren die jüdischen

54 Brief von Telschow an Backe, 13.3.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2922/3, o. Bl.

55 Brief des Reichsfinanzministeriums an das Reichsernährungsministerium, 17.3.1944, BAB, R 2, 18171; Brief des Reichsfinanzministeriums an Backe, 16.1.1945, BAB, R 2, 18171.

56 Ansprache Albert Vöglers anlässlich der Grundsteinlegung, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2925, 174-176. Vgl. Alexandra Przyrembel, Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 20), Berlin 2004, S. 20-22; Heim, Kalorien, S. 72-84; Thomas Wieland, „Die politischen Aufgaben der deutschen Pflanzenzüchtung, in: Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion, S. 34-56, hier: S. 48f.

57 Aus den Akten geht jedoch nicht hervor, wem das Gelände vor der Enteignung durch den bulgarischen Staat gehörte. Vgl. Telegramm Telschows an das bulgarische Landwirtschaftsministerium, 11.1.1942, MPG-Archiv Abt. I, Rep. 1A, 2925, Bl. 41; Brief Forstmann an K. Meyer, 21.3.1942, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2925, 58. Vgl. Heim, Kalorien, S. 72-84. Die Lage des Areals ergibt sich aus: Erika Bollmann, Bulgarisches Tagebücher 1942-1944, MPG-Archiv, Abt. III, Rep. 43, S. 6.

58 Brief von Scheibe an die Generalverwaltung, 13.5.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2927, Bl. 270r. Vgl. Heim, Kalorien, S. 83.

59 Vgl. Eberhard Jäckel/Peter Longerich/Julius H. Schoeps (Hg. der deutschen Ausgabe), Israel Gutman (Haupterausgeber), Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 4 Bde., München 1998, S. 264-266.

60 Brief von Scheibe an das Königlich Bulgarische Ministerium für Landwirtschaft und Staatsdomänen, 20.7.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2927, Bl. 386. Bollmann, Tagebücher, S. 37. Die Juden aus Sofia waren aufs Land vertrieben worden. Enzyklopädie des Holocaust, S. 264.

Bewohner offenbar bereits vertrieben worden; das räumliche „Provisorium“ konnte bezogen werden.⁶¹

Auch die Etablierung des KWI für Kulturpflanzenforschung folgte 1943 dem Kriegsverlauf, nun allerdings unter veränderten Vorzeichen. Zu diesem Zeitpunkt sollte das Institut als Sammelstelle für das Forschungsmaterial aus den sowjetischen Forschungsstationen dienen, deren Rückeroberung durch die Rote Armee kurz bevor stand. Allerdings hatten die Alliierten in der *Inter-Allied Declaration against Acts of Dispossession committed in Territories under Enemy Occupation*, der sogenannten Londoner Erklärung, Anfang Januar 1943 verlautbaren lassen, daß sie alle Rechtsvorgänge, die einer Enteignung gleichkamen, rückgängig machen würden.⁶² Es ist zwar zu bezweifeln, daß die KWG den Wortlaut der Londoner Erklärung kannte, daß die Alliierten aber nach einem Sieg die ursprünglichen Eigentumsverhältnisse wiederherstellen würden, war der KWG sicherlich geläufig.⁶³ Dies änderte jedoch nichts daran, daß dieses Institut gleichfalls in Geschäfte verwickelt war, die als „unredlich“ klassifiziert werden müssen: Das KWI wurde nach seiner Eröffnung im April 1943 zunächst im Vivarium im Wiener Prater, dem ehemaligen Gebäude der Biologischen Versuchsanstalt, untergebracht. Die Versuchsanstalt war geschlossen worden, nachdem ihre langjährigen Leiter 1938 als Juden vertrieben worden waren.⁶⁴ Das Vivarium sollte allerdings nur als Ausweichquartier dienen, denn es war geplant, daß das KWI das Gros der landwirtschaftlichen Flächen des Gutes Tutenhof übernehmen sollte.⁶⁵ Dieses Gut hatte bis 1938/39 zum Augustiner-Chorherrenstift Korneuburg gehört, welches nach der Besetzung Österreichs im Zuge der dort implementierten massiven anti-klerikalen Maßnahmen enteignet worden war.⁶⁶ Bereits dieser Vorgang ist retrospektiv als „unredlich“ zu bezeichnen. Darüber hinaus wurde seitens der KWG geplant, die Nutzfläche des Tutenhofs zu arrondieren, wobei sich der Leiter der Landesplanungsbehörde in einer Besprechung mit Telschow und dem Direktor des KWI, Hans Stubbe, bereit zeigte, hierfür „aus Judenbesitz weitere Tauschobjekte zur Verfügung zu stellen“.⁶⁷

61 Bollmann, Tagebücher, S. 37.

62 C. Goschler, Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 34), München 1992, S. 40f. und S. 52.

63 Die Absicht der Alliierten war in jedem Fall in den Vorständen der Großbanken bekannt: vgl. Christoph Kreutzmüller, Händler und Handlungsgehilfen. Der Finanzplatz Amsterdam und die deutschen Großbanken, Stuttgart 2005, S. 283-288.

64 Mietvertrag zwischen der KWG und der Akademie der Wissenschaften in Wien, 20.5.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/1, Bl. 2. Vgl. Wolfgang L. Reiter, Zerstört und vergessen. Die Biologische Versuchsanstalt und ihre Wissenschaftler/innen, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften, 10 Jg., Heft 4 (1999), S. 585-614. Vgl. auch: Heim, Kalorien, S. 226.

65 Verfügung RMF, 4.12.1942, in: BA B, R 2, 18147. Brief der KWG an Erwin Daub, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/1, Bl. 14.

66 Im Hauptgebäude des Klosters wurde 1939 eine Adolf-Hitler-Schule eröffnet. Vgl. E. Weinzierl, Kirche und Nationalsozialismus. Internetpräsentation des Dokumentations-archivs des österreichischen Widerstands, www.doew.at/service/ausstellung/1938/22/22; Heim, Kalorien, S. 226.

67 Aktennotiz über Besprechungen in Wien, 26.5.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/1, Bl. 3.

Doch die Verhandlungen zur Arrondierung des Geländes zogen sich in die Länge, auch weil die Etablierung des KWI bei der alteingesessenen Wiener Hochschule für Bodenkultur für Unmut gesorgt hatte und deren Leiter anscheinend die Entwicklung des neuen Konkurrenten zu behindern suchte.⁶⁸ Vor diesem Hintergrund kam Stubbe im September 1943 schließlich auf die Idee, daß es „taktisch“ sinnvoll sein könne, bei der „grundbuchmäßigen Übertragung der Flächen [...] das Reichsernährungsministerium als neuen Besitzer *vorzuschieben*“, weil das Ministerium mehr Durchsetzungskraft habe und bei einer Übertragung an das Ministerium auch „weniger formelle und notarielle Schwierigkeiten“ zu erwarten seien.⁶⁹ Stubbe zweifelte nicht daran, daß das Reichsernährungsministerium „den Tuttenhof der K.W.G. überlassen wird, wenn die Arrondierungsverhandlungen einmal zu einem günstigen Abschluss gekommen sind“.⁷⁰ Schließlich sei die Übertragung auf das Reichsernährungsministerium auch „in anderen ähnlich gelagerten Fällen“ Usus gewesen.⁷¹ Doch obgleich dieser Anregung Stubbes gefolgt wurde, konnte die Arrondierung des Geländes bis zum Januar 1945 nicht abgeschlossen werden.⁷²

Vor dem Hintergrund der sich anbahnenden vollständigen Niederlage kam es schließlich noch zu einer weiterten zweifelhaften Transaktion: Angesichts der Kriegslage nahm der Leiter des KWI für Züchtungsforschung, Wilhelm Rudorf, im März 1945 Verhandlungen mit dem Gebietsleiter der Zwangskörperschaft der Bauern, dem sogenannten Landesbauernführer, in Hannover auf. Dabei war es sein Ziel, ein Ausweichquartier in den Gebieten aufzubauen, die von den Westalliierten besetzt und verwaltet werden würden. Der Landesbauernführer bot Rudorf an, das Gut Heitlingen, das sich im Eigentum eines von den Nationalsozialisten als „Halbarier“ klassifizierten Menschen befand, zu enteignen und auf das KWI zu übertragen.⁷³ Der Eigentümer befand sich seinerzeit in einem Außenlager des KZ Buchenwald in Escherhausen; in der Rückschau sollte es Rudorf euphemistisch als „Arbeitslager“ bezeichnen.⁷⁴ Rudorf wollte jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht (mehr) in einen Besitzumstransfer unter rassistischen Vorzeichen verwickelt werden und strebte die Pacht des Gutes an. Der Pachtvertrag wurde Ende März in einem Dienstzimmer der Gestapo im KZ unterzeichnet – zu welchen Konditionen, ist unbekannt. Daß in einer solchen Umgebung jedoch nicht von einer wirklichen ‚Freiheit des Vertragsabschlusses‘ gesprochen werden kann, liegt auf der Hand. Bestand hat dieses vermutlich „un-

68 Heim, Kalorien, S. 226f.

69 Brief von Stubbe an Telschow (Hervorhebung vom Verfasser), 3.9.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/3, Bl. 40.

70 Ebd.

71 Brief der KWG an das Reichsernährungsministerium, 7.9.1943, in: MPG, Abt. I, Rep. 1A, 2972/3, Bl. 43.

72 Brief der Generalverwaltung an das Reichsernährungsministerium, 12.1.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/7, Bl. 109r.

73 Wilhelm Rudorf, Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Erwin-Baur-Institut, in: Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945-1949, Teil I, unveröffentlichtes Manuskript, Göttingen 1949, S. 207-214, hier: S. 209. Vgl. Brief Rudorf an die Generalverwaltung, 6.4.1945, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2606/3, o. Bl.

74 Rudorf, Züchtungsforschung, S. 209f.; Gudrun Schwarz, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main 1996, S. 182.

redliche Geschäft“ indes nicht gehabt. Im September 1945 wurde der Vertrag wieder aufgelöst.⁷⁵

Bei den anderen Instituten wurden keine Hinweise auf Besitztransfer von Immobilien vor dem Hintergrund rassistischer oder politischer Verfolgung gefunden: Das KWI für Rebenzüchtung entstand zwar in der zweiten Expansionsphase, war aber faktisch eine Ausgründung des KWI für Züchtungsforschung und griff auf Teile des 1928 erworbenen Geländes des „Mutterinstituts“ zurück. Die Zweigstelle Rosenhof des KWI für Züchtungsforschung, die 1937 etabliert wurde, entstand auf einer ehemaligen Staatsdomäne, die zu diesem Zweck im Rahmen eines Erbbau-Vertrages gepachtet wurde.⁷⁶ Ganz ähnlich stellte sich die Etablierung der Außenstelle des KWI für Züchtungsforschung in der Schorfheide und in Klagenfurt dar.⁷⁷

2.3. Zusammenfassung von Teil II

Die Entwicklung der expandierenden Forschungsfelder in der KWG verlief asymmetrisch. Während die Rüstungsforschung in Instituten betrieben werden konnte, die bereits bestanden, mußte die Agrarforschung fast gänzlich neu aufgebaut werden. Eine solche Expansion ließ sich am besten und schnellsten mit Hilfe politischer Unterstützung bewerkstelligen; die KWG war bei dem Auf- und Ausbau der agrarwissenschaftlichen Institute mithin im besonderen Maße von der Unterstützung des Reichsernährungsministeriums abhängig. Der forcierte Auf- und Ausbau der landwirtschaftlichen Institute begann erst 1938; er fiel damit in einen Zeitraum der politischen bzw. auch militärischen Expansion des Reichs und in eine Phase, die dadurch gekennzeichnet war, daß die wirtschaftliche Existenz der Juden endgültig vernichtet wurde. Während auf der einen Seite der Erwerb größerer zusammenhängender Nutzflächen für die landwirtschaftliche Forschung der KWG von nachgerade essentieller Bedeutung war, zeigten sich andererseits nur wenige Großbauern bzw. Gutsbesitzer bereit, ihren Betrieb zu verkaufen. Dies alles hatte gravierende Auswirkungen auf die Umstände, unter denen die KWG ihre Expansion bewerkstelligte: In ihren Expansionsbestrebungen wurde die KWG fast zwangsläufig in Geschäfte im Zusammenhang mit der staatlich implementierten Politik des Besitztransfers unter politischen oder rassistischen Vorzeichen und damit in mehrere „unredliche Geschäfte“ verwickelt.⁷⁸

75 Rudorf, Züchtungsforschung, S. 209f.. Zu diesen Vorgängen konnten in den Akten des KWI für Züchtungsforschung im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, nur verstreute Hinweise gefunden werden. Die diesbezüglichen Akten befinden sich im MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2606/3 und 2606/4.

76 Brief von Rudorf an Telschow, 21.10.1937, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2725/1, Bl. 13; Erbbaurecht-Vertrag, 12.3.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2725/1, o. Bl.

77 Das Gelände wurde von der Stiftung Schorfheide gepachtet; vgl. Brief Rudorf an Glum, 2.5.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1931/1, o. Bl. Zu Klagenfurt: Brief des KWI für Züchtungsforschung an die Kriegswirtschaftsstelle des Reichsforschungsrats, 4.9.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2606/3, o. Bl.; Aktennotiz Generalverwaltung, 10.5.1941, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2608, 1d.

78 Vgl. Heim, Kalorien, S. 52, Fußnote 86.

Da die staatlichen Instanzen, allen voran des Reichsernährungsministerium, den ersten Zugriff auf die eingezogenen Güter hatten, wurden die Besitztransfers, die im Interesse der Gründung oder Ausweitung agrarwissenschaftlicher KWIs notwendig schienen, unter Federführung des Reichsernährungsministerium abgewickelt und dieses jeweils auch ins Grundbuch eingetragen. Darüber hinaus arbeitete die KWG in dieser Weise auch deshalb eng mit dem Reichsernährungsministerium zusammen, weil dieses besser als die einzelnen Institute oder auch die Generalverwaltung in der Lage war, Ansprüche gegenüber konkurrierenden Institutionen abzuwehren und für einen reibungslosen Ablauf des oft komplexen, immer aber zeitaufwendigen bürokratischen Vorgangs, der zum Übertrag der Besitzrechte führte, zu sorgen.

Weshalb engagierte sich das Reichsernährungsministerium so stark für die Interessen der KWG? Warum drängte sich Backe so sehr in die Finanzierung der landwirtschaftlichen Institute hinein und untersagte mindestens in einem Fall die Anwerbung von privaten Spenden? Das Engagement Backes für die KWG ist nur dann zu begreifen, wenn man sich vor Augen hält, daß er bestimmte Eigeninteressen verfolgte: Backe wollte sich die KWG als wissenschaftliche Basis für die Verwirklichung seiner tendenziell auf ganz Europa ausgreifenden Agrarpolitik sichern und griff nicht zuletzt deshalb steuernd in die Geschäftspolitik einzelner Institute ein. Deshalb kam dem Reichsernährungsministerium vermutlich auch der Umstand gelegen, regelmäßig in die Grundbuchblätter der Liegenschaften, welche die einzelnen KWI erwarben, um sie zu bewirtschaften, eingetragen zu werden. Dies war eine Möglichkeit, sich bleibenden Einfluß auf die agrarwissenschaftlichen Institute und darüber hinaus auch auf die KWG als Ganzes zu sichern. Offenbar verkannte Stubbe diesen Tatbestand, als er schrieb, die KWG könne das Reichsernährungsministerium „vorschieben“.⁷⁹

Innerhalb der KWG hat nicht nur die Generalverwaltung die Expansion vorangetrieben. Unter den agrarwissenschaftlichen Instituten scheint das bereits etablierte KWI für Züchtungsforschung auch in dieser Hinsicht eine gewisse Vorreiterrolle eingenommen zu haben. Dies war sicherlich auch dem Umstand geschuldet, daß der seinerzeitige Leiter dieses Instituts, Wilhelm Rudolf, seit 1937 Parteigenosse und Ehrenmitglied der SS, sich als aktiver Wissenschaftsmanager profilieren wollte⁸⁰ und – wie Susanne Heim in ihrer Monographie über die agrarwissenschaftlichen Institute gezeigt hat – kaum Skrupel an den Tag legte, wenn es galt, eigene Pläne voranzutreiben. Dies trat auch im hier untersuchten Kontext zu Tage. Zwar ist nicht anzunehmen, daß Rudolf die Verschleppung des Eigentümers des Gutes Heitlingen in ein Konzentrationslager unmittelbar veranlaßt hat. Es bleibt jedoch festzustellen, daß er nicht zögerte, diesen Umstand in seinem Interesse umgehend auszunutzen.

Nun hat die KWG die Enteignungen – als solche ist das Gros der oben skizzierten Vorgänge anzusprechen – nicht unmittelbar selbst initiiert. Es gibt umgekehrt aber auch keine Hinweise, daß die KWG jeweils das Reichsernährungsministerium vorschob, weil sie sich aus moralischen Gründen scheute,

79 Brief von Stubbe an Telschow, 3.9.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2972/3, Bl. 40.

80 So entwickelte Rudolf weitreichende Pläne hinsichtlich einer Neuordnung der österreichischen Agrarforschungsanstalten; vgl. Brief von Rudolf an Telschow, 10.5.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2608, Bl. 1f.

direkt in ein als unredlich empfundenenes Geschäft involviert zu werden. Zu fragen ist jedoch, ob die Übernahme des Nießbrauchs sozusagen in gutem Glauben geschah. Wußte die KWG von der „Vorgeschichte“ bzw. dem Schicksal der Enteigneten oder nicht?

Aktenmäßig belegbar ist, daß die entscheidenden Akteure auf Seiten der KWG bei der Übernahme der Güter in Dummerstorf und Laukischken sowie des Tuttenhofs wußten, daß es sich um Güter handelte, deren Besitzer aufgrund „politischer Unzuverlässigkeit“ oder des Verdachts auf Widerstand gegen das NS-Regime enteignet worden waren. Rassistische, insbesondere antisemitische Aspekte entfielen für diese Variante des Immobilientransfers zugunsten der KWG und ihrer agrarwissenschaftlichen Institute. Denn Juden besaßen aus Gründen, die hier nicht näher erläutert werden müssen, in Deutschland in der Regel keine ausgedehnten Ländereien.⁸¹ Anders war dies bei städtischen Immobilien. Hier bestanden in zwei Fällen seitens führender Akteure der KWG keine Skrupel, von der rassistischen Praxis des NS-Regimes zu profitieren: In Sofia drängte der designierte Leiter des deutsch-bulgarischen Instituts für Agrarwissenschaften in der KWG darauf, die jüdischen Mieter oder Eigentümer einer Wohnung, die während einer ersten Besichtigung durch ihn dort anscheinend noch anwesend waren, möglichst rasch zu entfernen. Daß in Bulgarien gleichzeitig Planungen liefen, die Juden zu deportieren, war offenbar kein Hinderungsgrund, die Wohnung später als provisorischen Sitz des Instituts zu beziehen. Auch hinsichtlich eines zweiten Falles, eines Hauses in Rostock, das dem designierten Leiter des KWI für Tierzuchtforschung als Domizil seines an der dortigen Universität parallel vorgesehenen Lehrstuhls dienen sollte, ist anzunehmen, daß den beteiligten Akteuren auf Seiten der KWG bekannt war, daß diese Immobilie einem Juden gehört hatte: Es gab keinen Grund, warum der Verwalter des Gutes gegenüber den Mitarbeitern des KWI verschweigen sollte, wie er das Haus in Besitz genommen hatte, zumal es sich um das Eigentum eines in Rostock prominenten Juden handelte.

Die geschilderten Fälle, in denen es um die Erweiterung der von den agrarwissenschaftlichen KWI bewirtschafteten Flächen ging, legen die Schlußfolgerung nahe, daß die KWG den Nießbrauch der landwirtschaftlichen Nutzflächen jedenfalls nicht gutgläubig antrat; mittelbar war sie an „unredlichen Geschäften“ beteiligt. In einem Fall – demjenigen Laukischkens – nahm sie die Enteignungen direkt billigend in Kauf.

81 Vgl. A. Verse-Herrmann, Die „Arisierungen“ in der Land- und Forstwirtschaft 1938-1943, Vierteljahresheft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 131, 1997, S. 21-32.

3. STIFTUNGEN

3.1. Problemaufriß und Fragestellung

Eine Rekonstruktion des Umfangs der Spenden und Stiftungen von Juden und des Umganges damit nach 1933 stößt auf drei grundlegende Probleme: Um zu überprüfen, ob die KWG sich jüdisches Vermögen in Form von Stiftungen und Schenkungen unter Ausnutzung der staatlich implementierten antisemitischen Politik aneignete, muß erstens geklärt werden, ob ein Mäzen „Jude“ im Sinne der nationalsozialistischen Gesetzgebung war oder gewesen wäre. Dies ist jedoch auf Grund der Quellenlage nicht immer möglich, in jedem Fall problematisch und birgt für die Zeit vor 1933 die Gefahr anachronistischer Verzerrung.⁸²

Das zweite Problem ergibt sich aus den Spezifika der Haushaltsführung der KWG: Bereits Peter-Christian Witt hat festgestellt, daß die Buchführung der KWG, sei es die der Generalverwaltung oder auch der einzelnen Institute, keineswegs den allgemein üblichen Vorschriften entsprach.⁸³ Dies war weniger auf eine buchhalterische Inkompetenz zurückzuführen, sondern häufig, so Rüdiger Hachtmann, Teil einer bewußten „Verheimlichungsstrategie“. Dies trifft, wie im folgenden gezeigt werden soll, auch auf die privaten Zuwendungen zu.⁸⁴ Bemerkenswert ist bereits, daß selbst in den Protokollen der Senatssitzungen nicht alle Zuwendungen aufgeführt wurden. Dies führt zum dritten Problem, zur Aktenüberlieferung: Es spricht viel dafür, daß die Akten im Sinne der Verheimlichungsstrategie bereits von den aktenführenden Sachbearbeitern der KWG friert, des weiteren Geheimakten angelegt und andere vermutlich ganz kassiert wurden. Wie anders ist es zu erklären, daß nur ein Band der Akte „Bankkonto KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie“ überliefert ist, der zudem nur einige nichtssagende Aufstellungen aus dem Jahr 1931 beinhaltet? Hinzu kommen Zerstörungen und Kassationen in der Kriegs- und Nachkriegszeit.⁸⁵ Diese Verluste sind umso schwerwiegender, als auch die Akten der langjährigen Hausbank der KWG, Mendelssohn & Co., weitgehend vernichtet worden sind, also keine Parallelüberlieferung existiert. Hinzu kommt schließlich, daß gründ-

82 Vgl. dazu exemplarisch: Wilhelm Treue, Jüdisches Mäzenatentum für die Wissenschaft in Deutschland, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 64, 1992, S. 284-308, hier: S. 284-291.

83 Peter-Christian Witt, Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 579-656, passim.

84 Hachtmann, Generalverwaltung.

85 Vgl. Ulrike Kohl, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus, Quelleninventar (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 10), Berlin 1997.

liche externe Buchprüfungen nicht vorgenommen wurden bzw. von der KWG abgewendet werden konnten.⁸⁶

All' dies macht es unmöglich, eine umfassende, präzise Aufstellung aller jüdischen Spenden und Stiftungen zu erarbeiten. Infolgedessen kann eine Annäherung an die Frage, wie die KWG mit ihren jüdischen Mäzenen umgegangen ist, nur über Fallbeispiele erfolgen. Um jedoch eine Vorstellung zu bekommen, von welcher Tragweite diese Fallbeispiele sind, ist es gleichwohl notwendig zu fragen, welche Bedeutung Zuwendungen von Juden für die KWG insgesamt hatten. Hier bietet sich das von Bernhard vom Brocke vor mehr als einem Jahrzehnt bereits entwickelte Vorgehen, sich auf die namentlich genannten Großspender zu konzentrieren, an: In Übereinstimmung mit den Ergebnissen vom Brockes ist hier festzustellen, daß die KWG besonders in den ersten Jahren ihres Bestehens auf hohe Zuwendungen von Juden bzw. Personen jüdischer Herkunft zählen konnte: Bis 1914 waren dies 21 Prozent aller Mäzene. Sie trugen fast ein Drittel des gesamten Aufkommens aller Zuwendungen an die KWG bei. Jüdische Mäzene waren also nicht nur überrepräsentiert, die Höhe ihrer Zuwendungen überstieg auch in der Regel die von Nicht-Juden. Dies erklärt vom Brocke plausibel damit, daß Juden offenbar durch ihr Mäzenatentum versuchten, Aufnahme im Kreis der herrschenden Elite zu finden bzw. ihre gesellschaftliche Position zu festigen.⁸⁷ Es ist freilich auch nicht zu übersehen, daß einige Stiftungen außerdem einen konkreten geschäftspolitischen Hintergrund hatten.⁸⁸ Und in dem starken Engagement von Juden spiegelte sich nicht zuletzt wohl auch die Umorientierung auf akademische Berufe wider, die sich innerhalb der jüdischen Minderheit am Ende des 19. Jahrhunderts vollzog.⁸⁹

Das Zuwendungsaufkommen, das der KWG von privater Seite zufließte, scheint sich bis zum Ausbruch der Hyperinflation im Jahre 1922 nur unwesentlich verändert zu haben. Danach setzte ein scharfer Rückgang ein. Dies zeigt eine –

86 Die Splitter des Aktenbestandes von Mendelssohn & Co. wurden im Mendelssohn-Archiv der Staatsbibliothek zu Berlin zusammengeführt. Vgl. Hans-Günther Klein, *Das Mendelssohn-Archiv der Staatsbibliothek zu Berlin, Bestandsübersicht* (Beiträge der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, Bd. 15), Berlin 2003, S. 89f; ders., *Das „Bankarchiv“ der Mendelssohns, Eine Übersicht*, in: *Mitteilungen der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz*, 16. Jg., Heft 2, Juli 1984, S. 94-105, hier: S. 94f. In den überlieferten Akten-splittern konnten keine Hinweise auf die Verschiebung von Vermögen der KWG ins Ausland gefunden werden. Die relevanten Akten befinden sich in: Staatsbibliothek Berlin, Mendelssohn-Archiv; Nachlaß 5, Amsterdam. Zu den Buchprüfungen: Vgl. Witt, *Wissenschaftsfinanzierung*, S. 638-640.

87 Bernhard vom Brocke, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich, Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs*, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld*, S. 17-162, hier: S. 47f. Die Liste der Großspender ist u. a. veröffentlicht in: Günter Wendel, *Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914, Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft* (Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 4), Berlin 1975, S. 93f. Ein Überblick über neuere Forschungen über Mäzene und Mäzenatentum findet sich in: Wolfgang Burgmair/Matthias M. Weber, „Das Geld ist gut angelegt, und Du brauchst keine Reue zu haben“, James Loeb, ein deutsch-amerikanischer Wissenschaftsmäzen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 277, 2003, S. 344-378, hier: 344f.

88 Treue, *Mäzenatentum*, S. 291-293.

89 Werner E. Mosse, *Jews in the German Economy, The German-Jewish Economic Élite 1820-1935*, Oxford 1987. Auf den besonders internationalen Charakter der Stiftungen von Juden verweisen: Burgmair/Weber, *Geld*, S. 376.

unvollständige – Liste „über die seit Bestehen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gemachten Stiftungen“. Während zwischen 1910 und 1914 insgesamt 25 und dann bis 1922 noch einmal 80 Einzelzuwendungen aufgeführt wurden, waren es zwischen 1923 und 1933 nur noch sieben.⁹⁰ In diesem Rahmen ist allerdings festzuhalten, daß nach 1922 Zuwendungen privater Mäzene teils an die Ende 1920 gegründeten Notgemeinschaft, der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft, gespendet wurden und der KWG mithin indirekt zugute gekommen sein können.⁹¹

Da ein überproportional hoher Anteil der privaten Zuwendungen der KWG von Juden gekommen war, ist anzunehmen, daß sich die antisemitische Verfolgung nach 1933 negativ auf das Zuwendungsaufkommen auswirkte. Offenbar erregte bereits die Entlassung des Großteils der jüdischen Senatoren im Mai 1933 einiges Aufsehen: Max Warburg beispielsweise erkundigte sich, ob die KWG sich nun die antisemitischen Vorgaben der nationalsozialistischen Regierung zu eigen gemacht habe und stellte klar, daß er in diesem Fall aus der KWG austreten werde.⁹² Wenn auch Warburg noch einmal von Max Planck überzeugt werden konnte, in der KWG zu verbleiben, so trat doch eine Vielzahl von Juden in der Folgezeit aus der KWG aus. Spätestens seitdem im November 1937 die Neuaufnahme von Fördermitgliedern von der KWG an das Reichsbürgergesetz gekoppelt wurde, waren nur noch wenige Juden „Fördernde Mitglieder“ der KWG.⁹³ Exemplarisch kann dies an den Inhabern des Bankhauses Mendelssohn & Co., das ja besonders enge Beziehungen zur KWG unterhielt, gezeigt werden: Schon vor dem Tod des langjährigen Ersten Schatzmeisters der KWG, Franz von Mendelssohn, nämlich im Juni 1935, erklärten Paul Mendelssohn-Bartholdy und Fritz Mannheimer ihren Austritt. Die beiden anderen Inhaber des Bankhauses, Rudolph Löb und Paul Kempner, traten Ende 1938 aus, als auch das Bankhaus im Zuge seiner Übernahme durch die Deutsche Bank in Liquidation trat.⁹⁴

Vor dem hier skizzierten Hintergrund ist wenig wahrscheinlich, daß Juden der KWG nach 1933 noch größere Zuwendungen zur Verfügung stellen wollten bzw. dies angesichts des Entzugs ihres Vermögens noch konnten. Vor dem

90 Verzeichnis über die seit Bestehen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften gemachten Stiftungen, o. D. (fortlaufend geführt zwischen 1910 und 1934) in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 254/1 o. Bl.

91 Wienfried Schulze, *Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, 1920-1995*, Berlin 1995, S. 44-83.

92 Brief von Warburg an Glum, 19.5.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 3009-7, o. Bl.

93 Henning/Kazemi, *Chronik*, S. 89.

94 Brief von Paul Mendelssohn Bartholdy an die KWG, 2.11.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2999-17, o. Bl.; Brief von Mannheimer an die KWG, 29.9.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2999-8, o. Bl.; Brief von Löb an die KWG, 27.12.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2999-17, o. Bl.; Brief von Kempner an die KWG, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2996/5, o. Bl.; Brief von Mendelssohn & Co. an die KWG, 15.12.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2999-18 o. Bl. Vgl. Fallbeispiele „Leopold-Koppel-Stiftung“ und „Adolph-und-Louise-Barkan-Spende“ in diesem Aufsatz. Vgl. zur Übernahme des jüdischen Privatbankhauses durch die Deutsche Bank, deren Form in der Forschung umstritten ist: Ingo Köhler, *Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung* (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 14), München 2005, S. 244-250; Harold James, *Die Deutsche Bank und die „Arisierung“*, München 2001, S. 70-77.

Hintergrund der Annahme, daß Zuwendungen von Juden nach 1933 nicht mehr erbracht wurden und daß Spenden von Juden, die vor 1933 gemacht worden waren, jeweils zeitnah verbraucht worden sind, stellt sich die Frage, was mit den „jüdischen“ Stiftungen geschah. Wie ging die KWG generell mit diesen um? In welcher Hinsicht veränderte sich der Umgang mit diesen Stiftungen nach 1933?

3.2. Fallbeispiele

3.2.1. Die „Leopold-Koppel-Stiftung“

Leopold Koppel⁹⁵ war Inhaber des 1890 von ihm gegründeten Privatbankhauses Koppel & Co. Zu Anfang des 20. Jahrhunderts gelang es Koppel, einen bedeutenden Technologiekonzern aufzubauen und Hauptaktionär der Deutsche Gasglühlicht AG (ab 1923 Deutsche Gasglühlicht-Auer-Gesellschaft), der sogenannten Auer-Gesellschaft, zu werden.⁹⁶ Die Auer-Gesellschaft hielt wichtige

95 Koppel lebte offenbar zurückgezogen und so finden sich in den zeitgenössischen Handbüchern nur wenige Hinweise auf ihn. Er „fehlt“ beispielsweise im „Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft“ ebenso wie in Kurt Zielzingers Abhandlung über Juden in der deutschen Wirtschaft. Vgl. Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.), 2 Bde., Berlin 1930; Kurt Zielzinger, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930. Die spärlichen Hinweise über Koppel entstammen den Untersuchungen Rudolf Martins über die Millionäre in Preußen. Vgl. Rudolf Martin, Jahrbuch des Vermögens und des Einkommens der Millionäre in Preußen, Berlin 1912 (2 Bde.), Berlin 1912, S. 184f.; ders., Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, Berlin 1913, S. 146f. Diese Abhandlung formte die Grundlage für die Untersuchung von Werner E. Mosse und wird auch in der Fritz Haber-Biographie Margit Szölössi-Janzes angeführt. Vgl. Mosse, Jews, S. 182f. und Margit Szölössi-Janze, Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München 1998, S. 212f. Günter Wendel führt zudem in seiner Studie eine ironische Einschätzung Ernst Mendelssohn-Bartholdys über Koppel an: „Sein [Koppels, C. K.] Charakter soll sich mit der Steigerung seines Vermögens gebessert haben“, Brief von E. von Mendelssohn-Bartholdy [von Wedel allerdings „Ernst von Mendelssohn“ genannt] an das preußische Kultusministerium, in: Wendel, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 257. Bekannt ist ferner, daß Koppel zu den bedeutendsten Mäzenen der Wissenschaft gehörte. Vgl. vom Brocke, Kaiserreich, S. 110-112; Friedrich Stern, Freunde im Widerspruch. Haber und Einstein, in: Forschung im Spannungsfeld, S. 516-551, hier: S. 518. Wenn schon über die Person Koppel wenig bekannt ist, so gilt dies erst recht für seine Bank: Das Bankhaus Koppel & Co. wird nur in der Abhandlung von Erich Achterberg über die „Berliner Hochfinanz“ kurz erwähnt. Vgl. Erich Achterberg, Berliner Hochfinanz. Kaiser, Fürsten, Millionäre um 1900, Frankfurt/Main 1965, S. 37f. Es fehlt in den anderen Darstellungen des Finanzplatzes Berlin. Vgl. H. Pohl (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes Berlin, Frankfurt/Main 2002; H. Weber, Bankplatz Berlin, Köln, Opladen 1957; Georg Bernhard, Berliner Banken (Großstadt Dokumente Bd. 8), Berlin, Leipzig 1903.

96 Koppel & Co. war am Pariser Platz 6 ansässig. Vgl. Salings Börsenhandbuch 1924/25, Berlin 1924, S. 66; Achterberg, Hochfinanz, S. 37f.

Patente zur Herstellung von Glühlampen und gründete 1920 zusammen mit der AEG und Siemens & Halske die OSRAM-Werke.⁹⁷

Seit ihrer Gründung gehörte Koppel neben den Familien Friedländer-Fuld und Krupp zu den wichtigsten Mäzenen der KWG.⁹⁸ Seine Stiftung von 1 Mio. Mark ermöglichte die Gründung des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie.⁹⁹ Freilich gelang es Koppel hierdurch, Fritz Haber an sich zu binden und in der Folge erweiterte der Koppelsche Konzern durch die Gründung der Gesellschaft für die Verwertung Chemischer Produkte seinen Arbeitsbereich auch auf die Entwicklung und Produktion von Gasmasken. Dies eröffnete während des Ersten Weltkrieges neue Absatzchancen und führte zu einer noch engeren Verbindung zu Haber,¹⁰⁰ die sich 1916/17 auch in der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Stiftung für Kriegstechnische Wissenschaft (KWKW), für die Leopold Koppel 2 Mio. Mark in Form von Kriegsanleihen stiftete, manifestierte.¹⁰¹

Das Kapital der Koppel-Stiftung, welches ursprünglich zu großen Teilen in Staatstiteln angelegt worden war, wurde durch die Inflation reduziert. Vernichtet jedoch wurde es offenbar nicht: Denn im Hinblick besonders auf das Finanzgebaren des Haberschen Instituts verabredeten Glum und der für die KWG zuständige Ministerialrat im Reichsinnenministerium, Max Donnevert, im Februar 1922, „dass die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft keiner zu strengen fiskalischen Kontrolle durch die beiden Finanzministerien [das Reichs- und das Preußische Finanzministerium, C.K.] unterworfen werden dürfe, damit sie Mittel für neue Aufgaben frei behalte“.¹⁰² Bereits zuvor, im Juni 1921, hatte Haber, der im übrigen auch andernorts bewies, daß er sich dem kaufmännischen Ideal der Bilanzwahrheit nur in Ansätzen verpflichtet fühlte,¹⁰³ die Verwaltung der Stiftungs-

97 Günther Luxbacher, Massenproduktion im globalen Kartell. Glühlampen, Radoröhren und die Rationalisierung der Elektroindustrie bis 1945 (Aachener Beiträge zur Wissenschafts- und Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), Berlin, Diepholz 2003, S. 279-281; Bernhard Lorentz, Industrieelite und Wirtschaftspolitik 1928-1950. Heinrich Dräger und das Dräger-Werk, Paderborn et al. 2001, S. 150f; Peter Strunk, Die AEG. Aufstieg und Niedergang einer Industriegeschichte, Berlin 2001, S. 46; Szöllösi-Janze, Haber, S. 177-179; F. Klauer (Hg.), Die Geschichte der Auergesellschaft von der Gründung im Jahre 1892 bis zum Jahre 1958, Privatdruck, Berlin o. J. (1958), S. 10-12.

98 Vom Brocke, Kaiserreich, S. 98-100.

99 Vertrag zwischen Koppel und der KWG, 21.1.1926, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 12r.

100 Lorentz, Dräger, S. 150f; Szöllösi-Janze, Haber, S. 360f und 371f; Dietrich Stoltzenberg, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim et al. 1994, S. 199ff; Treue, Mäzenatentum, S. 291.

101 Manfred Rasch, Wissenschaft und Militär, Die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 50, 1 (1991), S. 73-120, hier: S. 79-82.

102 Brief von Glum an Schmidt-Ott, 20.2.1922, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1162-1/1, Vl. 33r. Donnevert war gleichzeitig auch Reichskommissar für die Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, der späteren Deutschen Forschungsgemeinschaft. Er wurde 1927 zum Ehrenmitglied der KWG ernannt. Vgl. Claudia Bergmann, Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, 2 Bde., Berlin 1991, hier: Bd. 1, S. 66; Hachtmann, Wissenschaftsmanagement.

103 Haber meldete zwar seine Aufsichtsratsantienmen bei der Generalverwaltung an, bat diese aber gleichzeitig, „davon abzusehen“ dem Senat hiervon Mitteilung zu machen. Vgl. Brief von Haber an Glum, 21.7.1927, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1162-2/1, Bl. 15.

mittel an sich gezogen.¹⁰⁴ Zu diesem Zeitpunkt drohte zwar in Folge des Londoner Ultimatums der Wert der Reichsmark nach einer Phase der Stabilität einzubrechen, er war aber noch relativ stabil. Wenn Haber, was anzunehmen ist, die erworbene Handlungsvollmacht umgehend genutzt hat und inländische Aktien, Devisen oder ausländische Effekten erwarb, dann bedeutet dies, daß er – gemessen am Außenwert der Mark – ein Viertel des ursprünglichen Stiftungsvermögens gerettet haben könnte.¹⁰⁵

Der erste (und einzige) Depotauszug des KWI, der in den Akten der MPG überliefert ist, stammt vom Oktober 1925.¹⁰⁶ Diesem Auszug ist immerhin zu entnehmen, daß das KWI seinerzeit bei der Metallbank Aktien dieses Unternehmens im Werte von 180.000 RM zu Buche stehen hatte.¹⁰⁷ Auch hatte das KWI noch 1933 internationale Wertpapiere in einem Depot bei der Berliner Handelsgesellschaft, obgleich dies nach Einführung der Devisenbewirtschaftung nur noch in Ausnahmefällen erlaubt war. Zu diesen Wertpapieren zählten u. a. 49 Châde Aktien (Châde Companhia Hispano Americana de Electricidad).¹⁰⁸ Die Châde war die Nachfolgesellschaft der Deutschen Übersee-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, einer während des Ersten Weltkrieges von der Deutschen Bank in Madrid gegründeten Auffanggesellschaft für deutsche Beteiligungen in Südamerika. Die maßgebliche Leitung dieser Gesellschaft hatte Arthur von Gwinner inne, der als Senator der KWG eng verbunden war.¹⁰⁹ Da die Aktien während der Inflationszeit nicht an der Berliner Börse gehandelt wurden und als nachgerade klassische Inflationspapiere zu betrachten sind, ist anzunehmen, daß die Aktien im Depot des KWI während der Inflationszeit erworben worden sind und damit wahrscheinlich nur noch den Rest eines ursprünglich größeren Be-

104 Brief von Haber an Schmidt-Ott, 20.7.1921, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1162-1/1, Bl. 3-5.

105 Im Juni 1921 war der Außenwert der Reichsmark „erst“ auf ein Viertel des Vorkriegsstandes gefallen: Karl Erich Born, *Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1976, S. 410-420; Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive*, Berlin, New York 1980, S. 300ff.

106 Aus der gesamten Inflationszeit ist kein Schriftverkehr des KWI bzw. der Generalverwaltung mit den Hausbanken Habers, Mendelssohn & Co. und der Metallbank überliefert. Vgl. MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1194 (Mendelssohn & Co.) und MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1195 (Metallbank).

107 Kontoauszug der Metallbank, 2.10.1924, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A A, 1195, Bl. 1. Im Zuge der Sanierung der Metallbank wurden diese Aktien allerdings im Januar 1925 im Verhältnis 1:6 zusammengelegt; vgl. Brief der Metallbank an das KWI, 28.1.1925, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Bl. 3. Der Wertverlust der Aktien hielt sich gleichwohl in Grenzen, da das Bankinstitut des Metall-Konzerns dank seiner Auslandsverbindungen und einer geschickten Investitionspolitik relativ unbeschadet durch die Inflation kam; vgl. Stefanie Knetsch, *Das konzerneigene Bankinstitut der Metallgesellschaft im Zeitraum von 1906 bis 1928. Programmatrischer Anspruch und Realisierung* (Bücher zur Unternehmensgeschichte Bd. 6), Stuttgart 1998, S. 169-226.

108 Aufstellung von Haber, „Rest des alten Stiftungsvermögens“, o. D. (Mai 1933), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1170, Bl. 120. Brief der Berliner Handelsgesellschaft an das KWI, 14.10.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1195, Bl. 15. Vgl. Biedermann, *Finanzierung*, S. 163.

109 Gerald D. Feldman, *Die Deutsche Bank 1914-1933*, in: Lothar Gall/Gerald. D. Feldman et al., *Die Deutsche Bank 1870-1995*, München 1995, S. 138-314, hier: 201-204; Achterberg, *Hochfinanz*, S. 36.

standes ausmachten.¹¹⁰ Auch die im Jahre 1925 „mangels Masse“ liquidierte Nachfolgegesellschaft der KWKW schrieb während der Inflation Châde-Aktien als Preis für einen Wettbewerb aus.¹¹¹ Dies zeigt nicht nur, daß diese Aktien während der Inflation im Portefeuille Habers waren, sondern legt auch die Vermutung nahe, daß Restbestände des Vermögens der KWKW auch in die Rücklagen des KWI eingestellt, d. h. also der offiziell untergegangenen Koppel Stiftung zugeschlagen worden sind. Doch selbst wenn dies nicht der Fall war, ist wohl davon auszugehen, daß das KWI nach der Währungsreform Ende 1923 über versteckte Reserven in Höhe von mindestens 250.000 RM verfügte.

Ein Gutteil dieser „Reserven“ wurde 1927/28 offenbar für einen stattlichen Anbau an das Institutsgebäude verwandt; schließlich konnte das KWI zu diesem Zeitpunkt den Bau eines Röntgenlaboratoriums aus eigenen Mitteln finanzieren. Gleichzeitig kamen offenbar auch Verhandlungen zwischen Haber und Glum über die Verwaltung des Rest-Stiftungsvermögens zu einem (vorläufigen) Abschluß: Glum mußte zugestehen, er sei bereit „sich alle Vorschläge von Herrn Geheimrat Haber über die Disposition des Vermögens [...] zu eigen machen“.¹¹² Im Klartext heißt das, daß Glum versucht hatte, die Verfügungsgewalt über das Vermögen des KWI zu erlangen, diesen Anspruch aber nicht durchsetzen konnte, auch wenn er dies in seinen Memoiren anders darstellen sollte.¹¹³

Leopold Koppel hatte es jedoch nicht bei einer einmaligen Spende bewenden lassen: Im November 1925 hatte er dem KWI vertraglich zugesichert, diesem auf die Dauer von 10 Jahren einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 15.000 Goldmark zu zahlen.¹¹⁴ Nach Anweisung von Haber wurden die vierteljährlichen Annuitäten ab März 1932 auf ein Separatkonto des KWI bei der Berliner Handelsgesellschaft und nicht mehr auf das Gesellschaftskonto bei Mendelssohn & Co. überwiesen.¹¹⁵ Dies sorgte bei dem kommissarischen Nachfolger Habers, August Gerhart Jander, für einige Irritation. Nach langem Drängen überwies die Berliner Handelsgesellschaft die aufgelaufene Summe aber auf das Gesellschaftskonto und Koppel bzw. seine Erben überwiesen die letzte Abschlagszahlung vertragsgemäß im August 1934.¹¹⁶

110 Vgl. Berliner-Börsen-Courier, Monats Kurszettel der Berliner Börse, 2. Jg. 1922, 3. Jg. 1923 sowie 4. Jg. 1924. Im Bestand der Berliner Handelsgesellschaft im Bundesarchiv Berlin (R 8127) sind Akten zu diesen Vorgängen offenbar nicht überliefert.

111 Rasch, Wissenschaft, S. 86.

112 Brief von Glum an Epstein, 23.3.1927, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 15. Vgl. Brief von Haber an Glum, 8.2.1928, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1162-2/1, Bl. 30.

113 Friedrich Glum, Zwischen Wissenschaft Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964, S. 246.

114 Brief von Koppel an Glum, 9.11.1925, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 2; Auszug aus Protokoll der Sitzung des Senats, 7.12.1925, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 6; Vertrag zwischen Koppel und der KWG, 21.1.1926, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 12r. Vgl. Szölössi-Janze, Haber, S. 507f.

115 Brief Jander an die Generalverwaltung der KWG, 6.11.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 16.

116 Brief von Koppel & Co. an die KWG, 7.8.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1217, Bl. 21. Im Gegensatz hierzu behauptet Wolfgang Biedermann, die Familie Koppel habe ihre Zahlungsverpflichtung nicht erfüllt; vgl. Biedermann, Finanzierung, S. 161.

Schon zuvor, im April 1933, hatte Haber aus Protest gegen die rassistische Verfolgung seinen Rücktritt erklärt.¹¹⁷ Nur einen Monat später wurde Leopold Koppel aus dem Senat der KWG entfernt.¹¹⁸ Er verstarb kurze Zeit später, am 29. August 1933.¹¹⁹ Sein Sohn, Albert Leopold Koppel, konnte sich „nicht entschließen“, der KWG beizutreten, und zeigte damit auch, wie sehr ihn der Umgang der KWG mit seinem Vater verärgert hatte.¹²⁰ Um den Verfolgungsdruck, der auf dem Unternehmen lastete, zu mindern und die guten Beziehungen zum Reichswehrministerium nicht zu gefährden, wurde die Auergesellschaft 1933 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, deren Aufsichtsrat zwar maßgeblich von der Commerzbank bestimmt, die aber faktisch weiterhin von der Familie Koppel kontrolliert wurde. Im Rahmen der antisemitischen Verfolgung gelang es der Degussa bis zum Juli 1934, das Unternehmen vollständig zu übernehmen.¹²¹ Über das Ende des Bankhauses Koppel & Co. ist nichts bekannt.¹²²

Nach Habers Rücktritt versuchte die Generalverwaltung erneut, die Verfügungsgewalt über die Restmittel der Koppel-Stiftung sowie die Mittel eines von Haber aufgebauten Notfonds¹²³ zu erlangen, und hatte damit nun Erfolg.¹²⁴ Ein Teil der Mittel kam, nachdem der in der KWG ungeliebte Jander im Mai 1935 durch Peter Thiessen ersetzt worden war, gleichwohl wiederum dem KWI zugute:¹²⁵ Anfang 1937 wurde die bauliche Erweiterung des Röntgenlaboratoriums

117 Kohl, Präsidenten, S. 90f; Szölössi-Janze, Haber, S.644-663; Stoltzenberg, Haber, S. 574-583, Albrecht/Hermann, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, S. 361-363.

118 Brief der KWG an Leopold Koppel, 30.5.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2997, Bl. 46. Vgl. Szölössi-Janze, Haber, S. 663.

119 Todesanzeige für Leopold Koppel, 3.9.1933, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2997, o. Bl.

120 Brief von Albert Koppel an die KWG, 21.6.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2997, Bl. 54. Die Erben Koppel unternahmen 1953 auch Schritte, die MPG auf Schadensersatz zu verklagen: Brief Marianne Reinold (Archivarin der MPG) an M. L. Rehder (Generalverwaltung der MPG), 3.3.1953, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 58/9, o. Bl.

121 Brief der Degussa an Koppel, 23.10.1933; Brief von Koppel an die Degussa, 27.7.1934, Brief des Rechtsanwalts Ludwig Ruge an die Wiedergutmachungskammer, Berlin-Wilmersdorf, 23.5.1952, alle in: Landesarchiv Berlin (LAB), Wiedergutmachungsämter, 5 WGA 4144/50 Bd. I, o. Bl. Vgl. Peter Hayes, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004, S. 99-102; ders., Die „Arisierungen“ der Degussa AG, Geschichte und Bilanz, in: Irmtrud Wojak/Peter Hayes (Hg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus, Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis (Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Frankfurt/Main 2000, S. 85-124, hier: S. 92-94; Lorentz, Dräger, S. 151-153. Neben Gasmasken stellte die Auergesellschaft auch Gasschutztüren her. Diese wurden auch in den Gaskammern des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek eingebaut. Józef Marszalek, Majdanek, Konzentrationslager Lublin, Warschau 1984, S. 32, Eugen Kogon/Hermann Langbein et al. (Hg.), Nationalsozialistische Massentötung durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1983, S. 241-245. (In beiden Abhandlungen ist fälschlicherweise von einer Auert-Gesellschaft die Rede; nach eigener Anschauung lautet der Prägestempel auf den Türen aber „Auer-Berlin“.) Die Degussa lieferte mithin nicht nur das Giftgas für die Gaskammern, sondern auch die Vorrichtungen zum Schutz der Mörder.

122 Vgl. z. B. Köhler, Arisierung. Das Bankhaus muß vor 1938 übernommen oder liquidiert worden sein. Vgl. Keith Ulrich, Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung 1918-1938, Frankfurt/Main 1998, S. 363-367.

123 Haber hatte aus seinen Aufsichtsratsantienen und aus Seminargebühren ausländischer Gäste einen Notfonds gebildet, dessen Volumen er 1933 mit rund 250.000 RM angab: Aufstellung von Haber, „Rest des alten Stiftungsvermögens“, o. D. (Mai 1933), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1170, Bl. 120. Vgl. Biedermann, Finanzierung, S. 163.

124 Biedermann, Finanzierung, S. 163f.

125 Kohl, Präsidenten, S. 101-104.

und der Ankauf eines Transformators im Wert von 45.000 RM für das KWI offenbar aus den Mitteln des „Haber-Fonds“ und der Koppel-Stiftung finanziert.¹²⁶ Der Rest des Vermögens scheint dann in den „ordentlichen“ Haushalt der KWG eingeflossen zu sein. Im Jahr 1946 jedenfalls wurde kein entsprechendes Sonderkonto mehr ausgewiesen.¹²⁷

3.2.2. Die „Leo-Gans-Stiftung“

Der im Jahr 1843 geborene Chemiker Leo Gans war bis 1904 Mitinhaber der Leopold Cassela & Co. GmbH. Dieses Chemie-Unternehmen zählte 1925 zu den Gründern der I.G. Farben A.G.¹²⁸ Gans trat zwar als Mäzen hervor und stiftete u. a. 1 Mio. Mark für die Frankfurter Universität.¹²⁹ Er war aber aus Wettbewerbsgründen Gegner eines zentralen Forschungsinstituts und hatte bereits 1905 den Plan zur Gründung einer Chemischen Reichsanstalt abgelehnt.¹³⁰ Vor diesem Hintergrund wollte sich Gans auch nicht an der Gründung der KWG beteiligen.

Um aber nicht abseits zu stehen, stiftete Gans im Gründungsjahr der KWG 100.000 Mark. Er tat dies aber mit der Maßgabe, aus den Erträgen unabhängige deutsche Chemiker zu unterstützen. Die von Gans im März 1911 angewiesene Summe wurde jedoch seitens der KWG nicht in vollem Umfang als Stiftungsvermögen betrachtet. Die Gesellschaft war der Ansicht, daß Gans, um überhaupt eine Stiftung vornehmen zu können, zunächst Mitglied werden müsse und behielt deshalb einen Aufnahmebeitrag von 40.000 Mark ein. Hiergegen protestierte Gans. In einem Brief an den (ersten) Präsidenten der KWG, Harnack, hob Gans im Mai 1912 hervor, daß die Einbehaltung des Aufnahmebeitrages gegen mündliche und schriftliche Abreden erfolgt war. Er bemängelte ferner, daß die KWG weder festgelegt hatte, wie die Verteilung der Mittel erfolgen sollte, noch eine öffentliche Ausschreibung erfolgt war und zudem die geplante Förderung von Chemikern entgegen den Verlautbarungen der KWG auch nicht auf jüngere Wissenschaftler beschränkt sein sollte.¹³¹ Harnack vertrat jedoch auch in einem Gespräch mit Gans im Juni 1912 den Standpunkt, daß die „Abzweigung“ der Mittel nicht nur der Satzung, sondern auch dem ursprünglichen Willen des Stifters entsprochen hätte. Er befürchtete zudem, daß ein Ein-

126 Brief Glum an Thießen, 19.3.1937, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1170, Bl. 167; Brief Thießen an die Generalverwaltung, 24.11.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1210, Bl. 152r; Vermerk auf Brief von Telschow an Glum, 26.11.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1210, Bl. 153r.

127 Aufstellung von Telschow über die Konten der KWG, 2.6.1946, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nachtrag 3042/4, o. Bl.

128 Raymond G. Strokes, Von der I.G. Farben bis zur Neugründung der BASF, in: Werner Abelshausen (Hg.), Die BASF. Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 221-358, hier: S. 222f. Mosse, Jews, S. 187; Hans Eckhart Rübesamen, Ein farbiges Jahrhundert. Cassella 1870-1970, München o. D. (1970), S. 47-59.

129 Treue, Mäzenatentum, S. 301; vom Brocke, Kaiserreich, S. 111; Paul Arnsberg, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, Bd. III, Biographisches Lexikon der Juden, Darmstadt 1983, S. 131f.

130 Jeffrey A. Johnson, Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten Kaiser-Wilhelm-Institut, Emil Fischer, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 486-515, hier: S. 494-496; vom Brocke, Kaiserreich, S. 148f.

131 Brief von Gans an Harnack, 1.5.1912, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1125/1, Bl. 22r.

lenken seinerseits einen Präzedenzfall für die Umwidmung auch anderer Stiftungen schaffen könne.¹³²

Angesichts der Hartnäckigkeit – um nicht zu sagen: Halsstarrigkeit – Harnacks bot Gans schließlich einen Kompromiß an: Er zeigte sich nun bereit, die „Abzweigung“ der Mittel anzuerkennen, wenn die KWG sich bereit erklärte, die Zinsen, „falls sich ein Bedürfnis danach geltend macht, so zu verwenden, als ob sie nicht von meinem Stiftungsbeitrag abgezweigt worden wären“.¹³³ Gans war mithin bereit zu akzeptieren, daß 40.000 Mark als Aufnahmebeitrag verbucht blieben, wenn die Zinsen im Bedarfsfalle im Sinne der Stiftung ausgeschüttet werden konnten. Dieses Kompromißangebot nahm Harnack auf und unterbreitete dem Verwaltungsrat im Juli 1912 einen entsprechenden Vorschlag, den dieser billigte.¹³⁴

Im Jahr 1911/12 waren die erste Stipendiaten der „Leo-Gans-Stiftung“ Lise Meitner und Otto Hahn. Dies ist bemerkenswert: Denn seinerzeit befand sich das KWI für Chemie in der Aufbauphase – der Gründungsvertrag war am 23. Dezember 1911 geschlossen worden, die feierliche Einweihung fand am 23. Oktober 1912 statt –, und es war geplant, in dem Institut auch eine Abteilung für Radiumforschung aufzubauen.¹³⁵ Von Anfang an stand dabei Hahn als potentieller Direktor dieser Abteilung wenn nicht fest, so doch zur Debatte. In jedem Falle hatte der Nestor der chemischen Forschung, Emil Fischer, seinerzeit in einer Rede in der KWG Hahns Forschungen als richtungsweisend hervorgehoben.¹³⁶ Und da es just Fischer war, der die Vergabe des Stipendiums an Hahn und Meitner gleichsam dekretierte,¹³⁷ drängt sich die Vermutung auf, daß es sich hier um eine Zwischenfinanzierung der beiden Forscher handelte und somit die Mittel der Stiftung im weiteren Sinne dem Aufbau des KWI für Chemie dienten. Hierfür spricht auch der Protest Leo Gans', der sich ja explizit gegen die Stipendien-Vergabepraktiken der KWG gewandt und eine öffentliche Ausschreibung eingefordert hatte.

In Folge des Protests von Gans wurden die Stiftungsgelder ab 1912 dann auch ausgeschrieben, wobei das KWI für Chemie und das KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie als wissenschaftlicher Beirat der Stiftung fungierten.¹³⁸ In der Inflation reichten die Mittel der Stiftung schon bald nicht mehr aus, um überhaupt noch einen Wissenschaftler substantiell zu fördern. Um die Vergabe von Stipendien jedoch nicht zu unterbrechen, schoß Gans im Mai 1923 zunächst 200.000 RM nach und überwies Anfang August 1923 schließlich noch

132 Brief von Gans an Harnack, 28.6.1912, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1125/2 o. Bl.

133 Ebd.

134 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 2.7.1912, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1125/2 Bl. 52.

135 Vom Brocke, Kaiserreich, S. 144-148.

136 Ruth Lewin Sime, Lise Meitner. Ein Leben für die Physik, Frankfurt/Main, Leipzig 2001, S. 42-68.

137 Vom Brocke, Kaiserreich, S. 148.

138 Brief von Harnack an Gans, 5.4.1918, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1126/3 Bl. 56 r. Vgl. vom Brocke, Kaiserreich, S. 148f.

einmal 10 Mio. RM zur direkten Ausschüttung.¹³⁹ Danach bricht die Überlieferung im Archiv der MPG ab, so daß nicht zweifelsfrei festzustellen ist, was mit den Mitteln der Stiftung letztendlich geschah. Da aber keine Ausschreibungen mehr erfolgten, ist anzunehmen, daß die Leo-Gans-Stiftung in der Inflation untergegangen ist. Dies scheint aber bei Leo Gans keine Irritationen ausgelöst zu haben, denn Gans begann 1924 damit, das zu tun, was er zuvor abgelehnt hatte: Er entrichtete nun jährlich Mitgliedsbeiträge und setzte dies bis zu seinem Tode im Jahr 1935 fort.¹⁴⁰

3.2.3. *Das Testament von Ludwig Max und Clara Goldberger*

Ludwig Max Goldberger war Mitgründer der Dresdner Bank. Er zog sich 1891, im Alter von 43 Jahren, aus allen laufenden Geschäften zurück, um sich von nun an gesellschaftlichen Aufgaben zu widmen. So gründete er u. a. den Verband Berliner Kaufleute und gehörte ferner dem Kuratorium der Hochschule für die Wissenschaften des Judentums an.¹⁴¹ Goldberger hatte sich auch in der Gründungsphase der KWG engagiert, dabei allerdings zusammen mit Walter Rathenau und Wilhelm von Siemens die nicht mehrheitsfähige Position vertreten, die Gesellschaft für weite Kreise der Bevölkerung zu öffnen.¹⁴² Im Jahr 1910 vermachten Ludwig Max und Clara Goldberger der seinerzeit noch in Gründung befindlichen KWG 500.000 Mark, die zur Gründung einer Stiftung auf den Namen der Eheleute dienen sollten.¹⁴³ Ludwig Max Goldberger verstarb bereits 1913.¹⁴⁴ Da das Vermögen der Goldbergers in der Inflation empfindlich reduziert worden war, bat Theodor Lewald, der als Staatssekretär im preußischen Innenministerium im Rahmen der Gründung der KWG maßgeblich an der Anwerbung von Mäzenen beteiligt gewesen war,¹⁴⁵ im Auftrag der Witwe die KWG im Juni 1924, den Anteil der KWG am Erbe reduzieren zu dürfen. Obwohl Lewald ausdrücklich betont hatte, seine Mandantin sei an einer schnellen Lösung interessiert, weil sie „als überaus gewissenhafte Frau unter der Ungewissheit der rechtlichen und tatsächlichen Situation [leidet]“, zog sich die Angelegenheit über Jahre hin.¹⁴⁶ Noch 1929 diskutierten Lewald und Glum, ob und wie der Umstand, daß Goldberger noch zusätzlich 50.000 Mark zum Stiftungskapital der KWG beigetragen hatte, berücksichtigt werden sollte.¹⁴⁷ Im Juli 1931

139 Protokoll der 38. Sitzung des Senats der KWG, 16.5.1923, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 63; Brief von Gans an Harnack, 6.8.1923, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1126/4, Bl. 207. In den Senatsprotokollen wurde nur die Zuwendung in Höhe von 200.000 RM erwähnt; vgl. Protokoll der 40. Sitzung des Senats der KWG, 20.9.1923, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 63.

140 Brief von Harnack an Gans, 22.2.1924; Bearbeitungsvermerke auf der Mitgliedsakte von Leo Gans, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2991-2. Zum Todesdatum: Arnsberg, Geschichte, S. 131.

141 Mosse, Jews, S. 184f. Ludwig Max Goldberger betätigte sich auch als Autor. Von ihm stammt das Buch mit dem sprichwörtlichen Titel „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“: Ebd.

142 Vom Brocke, Kaiserreich, S. 142.

143 Brief des Ministers der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten an Harnack, 7.3.1911, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2991-17, Bl. 4. Brief von Hermann Veit Simon an Harnack, 30.4.1914, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2991-17, Bl. 41-43.

144 Mosse, Jews, S. 326.

145 Vom Brocke, Kaiserreich, S. 33 und S. 140f.

146 Brief von Lewald an Glum, 2.6.1924, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2997-17, Bl. 48r.

147 Brief von Lewald an Glum, 11.12.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2997-17, Bl. 51r.

bot Clara Goldberger der KWG schließlich persönlich an, diese mit 20.000 RM auszuführen.¹⁴⁸ Just zu dieser Zeit traten jedoch wiederum schwere wirtschaftliche Verwerfungen auf, die in der Bankenkrise kulminierten, und so mußte Goldberger die KWG im Januar 1932 bitten, die „Angelegenheit einstweilen ruhen zu lassen“.¹⁴⁹

Obgleich Glum Clara Goldberger wahrscheinlich kannte und wußte, daß sie Jüdin war,¹⁵⁰ hielt er es am 25 Juli 1934 für angebracht, die Angelegenheit wieder aufzunehmen. Er bat Lewald „bei Frau Goldberger anzufragen, wie sie jetzt zu einer Regelung der Angelegenheit steht [...]. [Es sind] mehr als zwei Jahre verstrichen und eine Konsolidierung der Verhältnisse [ist] inzwischen eingetreten“.¹⁵¹ Eine schriftliche Reaktion auf diesen hanebüchernen Brief ist nicht überliefert. Handschriftliche Bearbeitungsvermerke auf dem vom Juli zeigenden, daß die Generalverwaltung es nicht bei der einmaligen Aufforderung bewenden ließ: Bis Oktober wurde die Akte jeweils monatlich vorgelegt, und am 12. Oktober 1934 forderte Glum mittels eines entsprechenden Vermerkes Telschow auf, sich nun an Lewald zu wenden. Einen Tag später hielt Telschow allerdings fest, ihm erscheine es „unzweckmäßig[,] jetzt Frau Goldberger zu mahnen“.¹⁵² Ob diese Einschätzung das Resultat eines Gesprächs mit Lewald war, ist nicht zu ersehen, fest steht nur, daß die Akte dann wieder im monatlichen Turnus vorgelegt wurde. Anscheinend wartete die Generalverwaltung auf einen geeigneten Zeitpunkt, bei Lewald bzw. bei Goldberger vorstellig zu werden. Die Akte wurde am 25. Februar 1935 letztmalig vorgelegt. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung konnte weder festgestellt werden, warum die KWG ihre Bemühungen einstellte, noch, welches Schicksal Clara Goldberger erlitt.¹⁵³

148 Brief von Lewald, an Glum, 14.7.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 319 Bl. 2f.

149 Brief von Glum an Lewald, 25.7.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 319, Bl. 15.

150 Abgesehen davon, daß ihr Mann eine prominente Stellung in der jüdischen Gemeinde zu Berlin eingenommen hatte, ließ Clara Goldberger sich auch im „Jüdischen Adressbuch“ eintragen; vgl. Jüdisches Adressbuch für Groß-Berlin, Ausgabe 1931 (Berlin 1994).

151 Brief von Glum an Lewald, 25.7.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 319, Bl. 15.

152 Ebd., Notiz Telschows auf dem Brief.

153 Clara Goldberger wurde nicht neben ihrem Mann im Erbbegräbnis der Familie auf dem jüdischen Friedhof in Berlin, Schönhauser Allee, beerdigt. Ihr Name findet sich weder in den publizierten Ausbürgerungslisten noch in den entsprechenden Gedenkbüchern. Vgl. (zum Ort des Erbbegräbnisses): Rosemarie Köhler/Ulrich Kratz-Whan, Der jüdische Friedhof Schönhauser Allee, Berlin 1992, S. 72f. Vgl. ferner: Michael Hepp (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsbürger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bd. 2, Namensregister, München, New York et al. 1985; Gedenkbuch Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, Freie Universität Berlin (Hg.), Berlin 1995; Bundesarchiv Koblenz, Internationale Suchdienst (Hg.), Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Koblenz 1986.

3.2.4. *James Loeb und die Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie*

Der 1867 in New York als Sohn deutsch-jüdischer Einwanderer geborene Bankier James Loeb war Mitinhaber des seinerzeit neben J. P. Morgan & Co. bedeutendsten amerikanischen Privatbankhauses Kuhn, Loeb & Co. Im Jahr 1902 zog sich Loeb aus den laufenden Geschäften der Bank zurück und trat als Privatgelehrter und Begründer der seinen Namen tragenden Loeb Classical Library sowie als Kunst- und Wissenschaftsmäzen hervor.¹⁵⁴ Loeb, der sich 1906 in Bayern niederließ, ist nicht nur als Mitinitiator, sondern auch als Finanzier der im Februar 1917 in München gegründeten Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (DFA) anzusprechen. Die DFA sollte Emil Kraepelin, in dessen Behandlung sich Loeb selbst befand, die Möglichkeit zu geben, seine Forschungen auf dem Feld der klinischen Psychiatrie in einem gesicherten Umfeld weiter zu verfolgen.¹⁵⁵

Im Zuge der Inflation wurde das Kapital der Gründungstiftung (1.7 Mio. Mark), zu dem Loeb rund ein Drittel beigetragen hatte, zwar angegriffen, jedoch nicht vernichtet. Freilich deckten die Erträge der Stiftung Mitte der zwanziger Jahre nur noch 12 Prozent der laufenden Kosten.¹⁵⁶ Dies und Querelen mit der Ludwig-Maximilians-Universität führten dazu, daß die DFA sich 1924 der KWG angliederte.¹⁵⁷ Dessen ungeachtet blieb Loeb's Engagement auch in der Folge beeindruckend: Er stellte beispielsweise 1925 den Kontakt Kraepelin's zur Rockefeller-Foundation her, finanzierte auch dessen Reise in die USA und legte damit die Grundlage dafür, daß die Rockefeller-Foundation die Finanzierung des Baus eines Institutsgebäudes übernahm.¹⁵⁸ Loeb stand zudem für erhebliche Kursverluste – rd. 80.000 RM – der für den Bau bereitgestellten Gelder ein.¹⁵⁹ Er unterstützte Felix Plaut, der nach Kraepelin's Tod im Oktober 1926 zusammen mit Walther Spielmeier die kommissarische Leitung der DFA übernommen

154 Brigitte Salmen, James Loeb, Leben und Wirken, in: Schloß Murnau (Hg.), James Loeb 1867-1933. Kunstsammler und Mäzen, Murnau 2000, S. 17-72. Kuhn, Loeb & Co. gehörten 1921 zu den Gründern der International Acceptance Bank, die 1928 mit der Bank of the Manhattan Company zur Chase Manhattan Bank fusionierte. Vgl. Ron Chernow, Die Warburgs. Odyssee einer Familie, Berlin 1994, S. 284f.

155 Burgmair/Weber, Lichtstrahl, S. 111-115; Matthias M. Weber, Ernst Rüdin. Eine kritische Biographie, Berlin et al. 1993, S. 118f.

156 Weber, Rüdin, S. 124.

157 Burgmair/Weber, Lichtstrahl, S. 111-115; Henning/Kazemi, Chronik, S. 42.

158 Brief Spielmeier an Loeb, 1.8.1927, in: MPIP-HA: DFA,2/5, o. Bl. Vgl. Weber, Rüdin, S. 150f.

159 Brief Loeb an Plaut, 8.3.1928, in: MPIP-HA: DFA,1/4, o. Bl.; Brief Spielmeier an Loeb, 1.5.1929, in: MPIP-HA: DFA,2/5, o. Bl.

hatte, mit einer „Gehaltszulage“.¹⁶⁰ Schließlich konnte er auch Mitglieder seiner Familie zu substantiellen Unterstützungszahlungen an die DFA bewegen.¹⁶¹

Um die Gehaltszulagen leitender Wissenschaftler auf eine gesicherte Grundlage zu stellen und die relative Unabhängigkeit der DFA im Verband der KWG zu erhalten,¹⁶² errichtete Loeb im Dezember 1928 schließlich eine neue Stiftung, für die er insgesamt 150.000 US-Dollar (630.000 RM) zur Verfügung stellte. Im Gegensatz zu vielen anderen Stiftern wollte Loeb nicht namentlich genannt werden. Er gab der Stiftung deshalb den Namen „Spezialfonds der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie“. Die Erträge der Stiftung sollten „zur Erhöhung der Gehälter und Ruhegehaltsbezüge [...] besonders wertvolle[r] Kräfte“ der DFA dienen. Die Verwaltung der Stiftung sollte ein Kuratorium übernehmen.¹⁶³ Neben seinem Stiefsohn, Joseph Hambuechen, der als Vorsitzender des Kuratoriums amtierte, bestellte Loeb den ihm verbundenen Rechtsgelehrten Heinrich Rheinstrom sowie den KWG-Generaldirektor Glum zu Mitgliedern des Aufsichtsgremiums. Rund ein Drittel der Stiftungsmittel wurden bei Kuhn, Loeb & Co. in amerikanische Anleihen investiert. Der Rest wurde in deutschen Werten bei der Berliner Niederlassung des Privatbankhauses A.E. Wassermann angelegt, in das Loeb's Stiefsohn gleichzeitig als Gesellschafter eintrat.¹⁶⁴

Danach nahm jedoch Loeb's Bindung an die DFA ab. Dies war dem Umstand geschuldet, daß Ernst Rüdin, dessen erneute Berufung Loeb 1928 noch gefördert hatte, 1931 die Leitung der DFA übernommen hatte und sich zunehmend für eine aktiven Anwendung der Ergebnisse auf dem Gebiet der sogenannten

160 Brief Spielmeyer an Loeb 25.6.1928, MPIP-HA: DFA,2/5, o. Bl.

161 Brief Spielmeyer an Loeb, 20.12.1932, in: MPIP-HA: DFA, 2/7, o. Bl. Loeb betrieb seit 1928 u. a. die Etablierung einer Gesellschaft der Förderer der DFA. Zu den Förderern zählten: Paul und Nina Warburg, M. M. Warburg & Co., Guta Seligman, Therese Schiff und Loeb's Ehefrau und Stiefsohn. Insgesamt überstiegen die aus diesem Kreis geleisteten Zahlungen zwischen 1929 und 1932 6.000 RM p. a: Vgl. ebd.; Brief Loeb an Plaut, 30.3.1928, in: MPIP-HA, DFA, 2/5, o. Bl. Ferner spendete Loeb's Vetter Alfred Heinsheimer, der schon 50.000 Mark zur Gründungstiftung beigetragen hatte, 50.000 US-Dollar für den Instituts-Neubau. Vgl. Weber, Rüdin, S. 150f. Nicht zur Familie, wohl aber zum Bekanntenkreis Loeb's gehörte Henriette Schwabach, die 1929 20.000 RM stiftete, die „für laufende besondere Bedürfnisse der Anstalt, die aus haushaltsmäßigen Mitteln nicht gedeckt werden können“, verwandt werden sollten. Der Betrag wurde auf einem Konto bei der Bayerischen Hypotheken und Wechselbank festgelegt und aus den Zinserträgen bis 1934 regelmäßig Bücher und Zeitschriften erworben. 1933 wurden aus den Erträgen auch die Vergütung einer Schreibkraft teilfinanziert. Danach bricht die Überlieferung ab, so daß nicht festzustellen ist, was mit den Mitteln geschehen ist: Aktennotiz Spielmeyer, 12.8.1929; Aktennotiz Rüdin, 26.3.1934, beide MPIP-HA: DFA, 1/3, o. Bl.

162 Loeb trat auch sonst für den Sonderstatus der DFA ein und so betrachtete Glum die Bemühungen Loeb's, die finanzielle Eigenständigkeit durch die Gründung einer Gesellschaft der Förderer der DFA noch zu vergrößern, mit Argwohn. Vgl. Brief Loeb an Plaut 17.2.1928, in: MPIP-HA: DFA, 2/6, o. Bl.; Brief Loeb an Spielmeyer, 1.5.1930, MPIP-HA: DFA, 2/6, o. Bl.

163 Stiftungsurkunde, 12.12.1928, in: MPIP-HA: DFA,1/2, o. Bl.

164 Aufstellung des Vermögensstand des Spezialfonds, o. D. (1931), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2452/3, Bl. 35. Brief Hambuechen an Glum, 16.1.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2452/3, Bl. 38; Brief des Rechtsanwalts Stappert an das Reichswirtschaftsministerium, 13.7.1939, in: PWH, Akte A.E.W, 5/1939-11/1939. Im Zuge der Verdrängung der Familie Wassermann aus der Berliner Niederlassung, die 1938 mit der Umfirmierung einherging, trat Hambuechen aus der Bank aus. Ebd. Vgl. auch, trotz einiger Ungenauigkeiten: Köhler, Arisierung, S. 392-399.

Rassenhygiene engagierte.¹⁶⁵ Dies lehnte Loeb ab, auch wenn er nicht öffentlich gegen Rüdin protestierte.¹⁶⁶ Hinzu kamen persönliche Schicksalsschläge: Am 28. Januar 1933 starb Loeb's Frau Tod Marie Antonie. Und die Machtübernahme der Nationalsozialisten empfand Loeb, wie es Max Warburg ausdrückte, als „unbegreiflich-tragische Brüskierung“.¹⁶⁷ In dieser Situation entschloß sich Loeb zur Rückkehr in die USA, starb aber am 27. Mai 1933, bevor er den Plan hätte umsetzen können.¹⁶⁸

Das Erbe Loeb's, das in einen europäischen und einen amerikanischen Teil geteilt war, bot – angesichts seines allgemein bekannten Reichtums – Anlaß zu Spekulationen. Mitte Juli 1933, nach der Testamentseröffnung in New York, waren in Zeitungen Gerüchte über eine angebliche „Millionen Dollar Stiftung“ laut geworden – und hatten offenbar in München Begehrlichkeiten erweckt: Ohne auf die Rückkehr von Loeb's Stiefsohn von der Testamentseröffnung zu warten, fragte Rüdin bei Kuhn, Loeb & Co. an, wie es um den Nachlaß Loeb's bestellt sei.¹⁶⁹ Tatsächlich aber zog sich die Abwicklung des amerikanischen Testamentes in die Länge. Angesichts der Depression in den USA schien es, als ob die umfangreichen Legate das Gros des Vermögens aufzehrten: Insgesamt hatte Loeb mehr als 1,5 Mio. US-Dollar an verschiedene wissenschaftliche und karikative Institutionen sowie eine ähnlich hohe Summe seiner Frau und seinem Stiefsohn vermacht.¹⁷⁰ Erst 1937 stellte sich heraus, daß eine Ausschüttung an den Spezialfonds möglich sein würde.¹⁷¹ Im Verlauf des nächsten Jahres kristallisierte sich dann heraus, daß der Spezialfonds mit einem Betrag von rund 75.000 US-Dollar würde rechnen können.¹⁷² In Folge der politischen Entwicklung und weil – wie im folgenden noch zu zeigen sein wird – die Beziehungen zwischen Hambuechen, der als Testamentvollstrecker fungierte, Kuhn, Loeb & Co. und der DFA zerrüttet waren, kam es dann aber nicht mehr zu einer Auszahlung. Die DFA stellte ihre diesbezüglichen Bemühungen schließlich im Februar 1940 ein, als sie einsehen mußte, daß sie „kein Mittel [hat], das Bankhaus

165 Richard Wetzell, *Kriminalbiologische Forschung an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus*, in: Hans-Walter Schmuhl (Hg.), *Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933* (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 4), Göttingen 2003, S. 68-98; ders., *Grenzüberschreitungen, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Rassenhygiene 1927-1945* (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 9), Göttingen 2005, S. 118f und S. 135f; Burgmair/Weber, *Lichtstrahl*, S. 121f; Weber, *Rüdin*, besonders: S. 159-174; Max Warburg, *Erinnerungen*, Privatdruck, New York 1946, Bd. III, 1933, S. 23.

166 Max Warburg, *Erinnerungen*, Privatdruck, New York 1946, Bd. III, 1933, S. 23. Vgl. Burgmair/Weber, *Lichtstrahl*, S. 121f

167 Manuskript der Grabrede für James Loeb von Max Warburg, in: PWH, *Sammlung James Loeb*.

168 Burgmair/Weber, *Geld*, S. 355; Salmen, *Loeb*, S. 64f.

169 Brief Rüdin an Hambuechen, 22.7.1933, in: MPIP-HA: DFA, 2/8, o Bl.

170 Brief Hambuechen an Glum, 16.1.1934, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2452/3, Bl. 35.

171 Rechtsanwalt Kiesselbach an das Amtsgericht Weilheim, 15.2.1938, in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, Bl. 317-322

172 Brief der Kanzlei Strook & Strook an DFA, 28.11.1938, in: MPIP-HA: DFA, 1/2, o Bl.; Memorandum der DFA für Telschow, 20.1.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2453/5, Bl. 202a-d.

Kuhn-Löb & Co. [sic!] und die Testamentsvollstrecker zu zwingen, unsern [...] Willen zu erfüllen“ und die Erbschaft nach Deutschland zu übertragen.¹⁷³

Doch auch der Vollzug des deutschen Teils des Testaments zog sich in die Länge. Schuld hieran trug allerdings auch die KWG bzw. Glum in seiner Eigenschaft als Mitglied des Kuratoriums, das dem Spezialfonds vorstand. Denn als sich Anfang 1937 abzeichnete, daß das Verfahren kurz vor seinem Abschluß stand, bat Glum das zuständige Amtsgericht in Weilheim um Aufschub und ließ ein Rechtsgutachten erstellen.¹⁷⁴ In dem Gutachten wurde die Behauptung aufgestellt, daß „der Spezialfonds der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie (Kaiser Wilhelm Gesellschaft) als eingesetzter Erbe für den gesamten Nachlass, einschließlich des in dem Testament der Ehefrau zgedachten Erbteils [zu betrachten ist]“. ¹⁷⁵ Neben juristischen Argumenten beeilte sich der von der KWG engagierte Rechtsanwalt auch ein pseudomoralisches Argument einzuflechten: Die Ausschüttung an die natürlichen Erben sei schon deshalb unnötig, weil „die in Frage kommenden Erben selbst Mitglieder der wohlhabendsten New Yorker Bankiersfamilien sind“. ¹⁷⁶ Auf der Grundlage dieses Gutachtens und unter Hinweis darauf, daß das bayerische Staatsministerium für Kultus und Unterricht sonst das Verfahren an sich ziehen würde, konnte Glum die anderen Mitglieder des Kuratoriums des Spezialfonds zu dem Beschluß bewegen, gegen die Erteilung eines Erbscheins an die Familie Widerspruch einzulegen. ¹⁷⁷ Darüber hinaus flankierte Glum seinen Vorstoß politisch, indem er den zuständigen Ministerialrat im Kultusministerium, von Stengel, der gleichzeitig auch Vorsitzender des Stiftungsrats der DFA war, bat, seinen Einfluß geltend zu machen und das Amtsgericht „auf das große Interesse [hinzuweisen], das Deutschland an einer Erledigung in unserem Sinne hat“. ¹⁷⁸ Dennoch lehnte der zuständige Richter den Antrag der KWG im August 1937 ab und erteilte der Familie einen Erbschein. ¹⁷⁹ Hiergegen ging Glum namens der KWG in Revision; er unterlag jedoch im Juni 1938 auch in zweiter Instanz vor dem Oberlandesgericht München. ¹⁸⁰ Unter umgekehrten Vorzeichen trat nun das ein, was auch schon hinsichtlich des amerikanischen Erbschaft eingetreten war: Die politischen Entwicklungen verhinderten die Erfüllung des Testaments. So konnte die Erbschaft

173 Brief der DFA an Telschow, 6.2.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2453/5, Bl. 201r. Vgl. Salmen, Loeb, S. 64f.; Weber, Rüdin, S. 200.

174 Brief des Rechtsanwalts Albrecht Wehl an das Amtsgericht Weilheim, 27.2.1937, in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106.

175 Rechtsgutachten von Wehl, 24.3.1937, in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, o. Bl.

176 Ebd.

177 Brief von Glum an von Stengel, 22.4.1937, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2453/3, Bl. 51; Abschrift des Protokolls der Sitzung des Kuratoriums in Zürich und Brief von Glum an das Amtsgericht Weilheim, 27.4.1937, beide in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, Bl. 195-198.

178 Brief von Glum an von Stengel, 22.4.1937, in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2453/3, Bl. 51.

179 Beschluss des Amtsgericht Weilheim, 27.8.1937, in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, Bl. 265-273.

180 Urteil des Oberlandesgerichts München, 24.6.1938, in: STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, Bl. 329-335.

erst Ende der fünfziger Jahre – und dann auch nicht vollständig – abgewickelt werden.¹⁸¹

Freilich verfügte der Spezialfonds auch ohne die Erbschaft über einige Mittel. Diese Mittel setzte Hambuechen, der angesichts der Nürnberger Gesetze drohte, aus dem Kuratorium des Spezialfonds auszutreten und damit die Gelder für die DFA zu blockieren, hauptsächlich ein, um Mitarbeiter der DFA, die im Zuge antisemitischer Maßnahmen entlassen worden waren, zu unterstützen.¹⁸² So zahlte der Spezialfonds jeweils rund 6000 RM p. a. Überbrückungsgelder an Plaut und Karl Neubürger.¹⁸³ Hingegen zeigte sich Hambuechen restriktiv hinsichtlich der Bewilligung regulärer Unterstützungsanträge der DFA. 1938 erreichten die Ausschüttungen einen Tiefstand: Insgesamt wurden nur 23,78 RM direkt an die DFA ausgeschüttet.¹⁸⁴ Es überrascht nicht, daß Rüdin alles andere als erfreut über diese Entwicklung war. Doch weder er noch die KWG konnte hiergegen etwas tun. Mit dem Stiftungskuratorium hatte Loeb ein unabhängiges Kontrollinstrument geschaffen, dessen Entscheidungen die KWG nur teilweise beeinflussen konnte. Da Glum wußte, daß er in Streitfällen den anderen beiden Kuratoren unterlegen gewesen wäre, blieb ihm nichts anderes übrig, als „gute Miene zum bösen Spiel“ zu machen. Dies war umso mehr angezeigt, als Hambuechen amerikanischer Staatsbürger war, der andere Kurator im französischen Exil lebte und ein wichtiger Teil des Vermögens der Stiftung im Ausland investiert war und sich damit jedwedem direkten Zugriff entzog. Angesichts der Devisenknappheit waren die ausländischen Anlagen von besonderem Wert und konnten Hambuechen so als Faustpfand und Druckmittel dienen: Das Gros (125.000 US-Dollar) befand sich im Depot von Kuhn, Loeb & Co., während der Rest bei Michelis & Co. in Zürich und damit unter direkter Kontrolle von Hambuechen lag.¹⁸⁵ Loeb's Stiefsohn zeigte sich in diesem Rahmen als gewiefter Taktierer. Den Wunsch, die ausländischen Vermögenswerte nach Deutschland zu transferieren, lehnte er nie rundherum ab; doch er fand immer neue Argumente, den Transfer zu verzögern.¹⁸⁶

181 Brief Stappert an das Amtsgericht Weilheim, 5.2.1958, STAM, AG Weilheim Nr. 1933/106, Bl. 365r. Probleme bereiteten noch die „Beziehungen zu dem früheren Bankhaus von Heinz, Tecklenburg & Co.“, dem Rechtsnachfolger von A.E. Wassermann, Berlin, dessen Geschäftsbetrieb ruhte. Vgl. ebd.

182 Brief Glum an Rüdin, 16.11.1935, MPIP-HA: DFA, 1/2, o Bl.

183 Brief Hambuechen an Rüdin, 17.4.1936, MPIP-HA, DFA, 2/8, o. Bl. Brief Hambuechen an Bernstorff, 22.4.1937, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2453/3, Bl. 153; Brief Hambuechen an Glum, 13.10.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2452/5, Bl. 79.

184 Brief Rüdin an Hambuechen, 15.11.1938, MPIP-HA, DFA, 2/8, o. Bl. Vgl. Glum, Wissenschaft, S. 513. Dies hatte den Nebeneffekt, daß Rüdin sich in der Folge noch tiefer in die rassistische Politik einließ. Vgl. Weber, Rüdin, S. 200f.

185 Protokoll der Kuratoriumssitzung, 27.10.1942, MPIP-HA, DFA 2/6, o. Bl. Michelis & Co. waren 1931 von Hambuechen und Albert Michelis gegründet worden als Ableger von A.E. Wassermann, es sollte als Bindeglied zwischen Europa und den Vereinigten Staaten dienen. Vgl. Hanspeter Lussy/ Barbara Bonhage/Christian Horn, Schweizerische Wertpapiergeschäfte mit dem „Dritten Reich“. Handel, Raub und Restitution (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg Bd. 14), Zürich 2001, S. 56f.

186 Brief von Hambuechen an Rüdin, 27.2.1939, MPIP-HA, DFA, 2/8, o. Bl.; Brief Kuhn, Loeb & Co. an DFA, 17.10.1939, in: MPIP-HA: DFA, 1/2, o Bl.

Nachdem sich Hambuechen 1937 aus der Geschäftsführung des Spezialfonds zurückgezogen hatte,¹⁸⁷ kam dessen Arbeit mit Ausbruch des Krieges völlig zum Erliegen. 1942 wurde deshalb vom bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ein neues Kuratorium für die Stiftung unter dem Vorsitz von Telschow eingesetzt. Freilich wurde die Stiftung, weil sie keinen jüdischen Namen trug, auch nicht umbenannt. Die deutschen Anlagen der Stiftung in Höhe von rd. 920.000 RM wurden in einem Depot des Rechtsnachfolgers von A.E. Wassermann, nun also in demjenigen von Heinz, Tecklenburg & Co. verwahrt.¹⁸⁸ Dort wurden sie von Graf Bernstorff, der Max Warburg als Testamentsvollstrecker für Loeb's europäisches Testament nachgefolgt war, betreut.¹⁸⁹ Im Zuge der Neubenennung des Kuratoriums wurden die Erträge der Stiftung verstärkt zur Unterstützung der DFA herangezogen; die Stiftung selbst blieb jedoch weitgehend intakt.¹⁹⁰ Nach Kriegsende wurden die Mittel der Stiftung von James Loeb jedoch verbraucht, um den Geschäftsbetrieb der DFA aufrechtzuerhalten.¹⁹¹

3.2.5. „Adolph-und-Louise-Barkan-Spende“¹⁹²

In den Jahren 1929/30 stifteten der in 1854 in Ungarn geborene emeritierte Professor der Medizin der Stanford University, Adolph Barkan, und seine Frau Louise in zwölf Raten insgesamt 12.000 US-Dollar (rd. 50.000 RM) für das KWI für medizinische Forschung in Heidelberg.¹⁹³ Barkan legte fest, daß die Erträge der Stiftung ausschließlich dazu zu verwenden seien, „eine jüngere aber schon erprobte Arbeitskraft dem Heidelberger Institute zu gewinnen und zu erhalten“.¹⁹⁴ Ausdrücklich ließ er sich vom (zweiten) Präsidenten der KWG, Max Planck, versichern, daß die KWG die Stiftung auch nur zu dem von ihm angegebenen Zweck verwenden würde.¹⁹⁵ Das Stiftungsvermögen wurde auf

187 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus an Rüdlin, 3.11.1937, in: MPIP-HA, DFA, 1/2/ o. Bl.

188 Protokoll der Kuratoriumssitzung, 27.10.1942, MPIP-HA, DFA 2/6, o. Bl.

189 Albrecht Graf von Bernstorff war an Stelle von Max Warburg zum Testamentsvollstrecker ernannt worden. Bernstorff trat 1933 aus dem diplomatischen Dienst aus und in das Bankhaus A.E. Wassermann ein. 1940 als „Judenfreund“ kurzzeitig verhaftet, wurde er 1943 nach Ravensbrück verschleppt und kurz vor Kriegsende in Berlin im Gefängnis an der Lehrter Straße von der Gestapo ermordet; vgl. Deutsche Biographische Enzyklopädie, München 1995, S. 476. Vgl. Knut Hansen, Albrecht Graf zu Bernstorff. Diplomat und Bankier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1996.

190 Vermögensübersicht über den Spezialfonds, 31.3.1943, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2454/3, o. Bl.

191 Burgmair/Weber, Lichtstrahl, S. 122. Bereits in der Nachkriegszeit wurde kein entsprechendes Sonderkonto mehr ausgewiesen: Aufstellung über die Konten der KWG, o. D. (1948/49), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nachtrag 3042/4, o. Bl.

192 Für den Hinweis auf diesen Fall danke ich Florian Schmaltz.

193 Handschriftlicher Brief von Barkan an Max von Cranach (Geschäftsführer der KWG), 28.2.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 1f; Spenden-Bescheinigung von Barkan, o. D. (1931), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 42. Die Angaben zu Adolf Barkan beruhen auf einer freundlichen Mitteilung von Margaret Kimbal, University Archivist, Stanford University, an den Verfasser vom 27.7.2004.

194 Brief von Barkan an Glum, 21.6.1930, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 12. Barkan spendete im Laufe der Jahre 1930/31 noch einmal 12.000 RM für „die Einladung fremder Gelehrter ins Harnack-Haus“. Vgl. Spenden-Bescheinigung von A. Barkan, o. D. (1931), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 42.

195 Brief von Planck an Barkan, 7.3.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 3.

Barkans ausdrücklichen Wunsch in international-börsengängigen Wertpapieren angelegt, für die bei Mendelssohn & Co. ein Separatkonto auf den Namen „Adolph-und-Louise-Barkan-Spende“ eingerichtet wurde.¹⁹⁶ 1932 wurde das Konto dann zum Sitz des KWI nach Heidelberg, zur dortigen Filiale der Dresdner Bank, verlegt. Bereits zuvor, im August 1931, waren die international-börsengängigen Werte in Folge der Einführung der Devisenbewirtschaftung verkauft und das Gros des Stiftungsvermögens in Reichsmark-Werten angelegt worden.¹⁹⁷

Adolph Barkan verstarb am 28. August 1935 in Zürich; seine Frau Louise trat im Dezember 1938 aus der KWG sowie aus der Gesellschaft der Freunde der Bibliotheka Hertziana aus.¹⁹⁸ Obzwar Louise Barkan gegenüber der KWG keine Gründe für ihren Austritt nannte, ist anzunehmen, daß es sich hier um eine Reaktion auf das November-Pogrom und die in der Folge nochmals verschärften antisemitischen Maßnahmen handelte.¹⁹⁹

Die Mittel der „Adolph-und-Louise-Barkan-Stiftung“ ruhten bis 1935/36 in einem Depot der Dresdner Bank, und die Erträge scheinen dem Stiftungszweck gemäß eingesetzt worden zu sein. In der Folgezeit traten aber gravierende Veränderungen ein: Der Gründungsdirektor des Instituts, Ludolf von Krehl, starb im Mai 1937.²⁰⁰ Sein Nachfolger wurde Richard Kuhn, der energisch versuchte, das KWI für medizinische Forschung in den Dienst der Rüstungsforschung zu stellen. Diese Neuausrichtung ging mit der Verdrängung des jüdischen Chemikers und Nobelpreisträgers Otto Meyerhof einher.²⁰¹ Im Herbst 1938 kam die Generalverwaltung der KWG mit Kuhn überein, den Versuch zu unternehmen, mit Hermann Rein einen aufstrebenden Luftfahrtmediziner als Nachfolger Meyerhofs zu verpflichten, um so Anschluß an die Luftfahrtphysiologie zu erhalten. Rein, der seinerzeit am soeben eröffneten Institut für Phy-

196 Brief der KWG an Adolph Barkan, 6.3.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 2; Brief von von Krehl an Glum, 26.4.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 31. Es konnte zwar nicht geklärt werden, wie die irreführende Bezeichnung „Spende“ zustande gekommen ist. Anzunehmen ist jedoch, daß dies darauf zurückzuführen ist, daß Barkan seine Stiftung in monatlichen Raten aufbaute, wohingegen bei anderen Stiftungen das dotierte Kapital in der Regel *en bloc* gezahlt wurde. Barkan selbst bezeichnete seine Zuwendung im Februar 1929 als „Stiftung“. Vgl. Handschriftlicher Brief von Barkan an Max von Cranach (Geschäftsführer der KWG), 28.2.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 1f. Bereits im Senatsprotokoll vom 7.5.1929 ist aber von einer „Spende“ die Rede. Vgl. Auszug aus dem Protokoll der Senatssitzung vom 7.5.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 7.

197 Brief von L. von Krehl an Glum, 10.8.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, Bl. 48. Depotauszug der Dresdner Bank, per 31.3.1936, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288, o. Bl.

198 Brief von Louise Barkan an die KWG, 3.12.1938; in: MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2983/8, o. Bl. Die Mitgliedsakte von Adolph Barkan ist nicht überliefert.

199 Auf Anordnung des REM war Ende November 1938 auch die letzte Spur von Henriette Hertz, der Stifterin der Bibliotheka Hertziana aus dem Namen des KWI für Kunst- und Kulturwissenschaft getilgt worden. Vgl. Henning/Kazemi, Chronik, S. 93.

200 Henning/Kazemi, Chronik, S. 85 und S. 90.

201 Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005, S. 414f; Deichmann, Forschung, S. 252f. Meyerhof gelang es, über die Schweiz und Frankreich in die USA zu flüchten. Zur Begleichung ausstehender Forderungen hielt sich die KWG an dem in Deutschland verbliebenen Privateigentum Meyerhofs schadlos und nahm dabei in Kauf, daß die Privatbibliothek Meyerhofs weit unter Wert verkauft und auseinandergerissen wurde. Vgl. Schmaltz, Kampfstoff-Forschung, S. 415.

siologie der Universität Göttingen lehrte, stellte jedoch sehr hohe Forderungen an die KWG. Um diese zu erfüllen, wurde im Februar 1939 seitens der KWG erwogen, auch auf die Mittel der Stiftung Barkans zurückzugreifen. Diese Mittel stellten immerhin fast 40 Prozent der Reserven dar, die die KWG im Einvernehmen mit Kuhn für die Verpflichtung Reins zu aktivieren plante.²⁰² Letztlich scheiterte die Verpflichtung Reins u. a. an dessen als überzogen empfundenen Forderungen, so daß die Reserven nicht angetastet und mithin auch die Stiftung nicht aufgelöst wurde.²⁰³ In der Folge wurde die Verteilung der Erträge jedoch von der Generalverwaltung völlig zur persönlichen Disposition Kuhns gestellt.²⁰⁴ Dieser begann offenbar *stante pede*, die Zinserträge zur Zahlung von Gehältern und Sonderzulagen für seine Mitarbeiter einzusetzen und verstieß damit, wie selbst ein Revisor der KWG im September 1940 festhielt, gegen die Stiftungsbestimmungen.²⁰⁵ Eine Reaktion der Generalverwaltung hierauf ist nicht überliefert.

Bereits zuvor – zwischen Mai 1939 und September 1940 – war in Ausführung eines entsprechenden Erlasses des Reichsinnenministeriums auch der Name der Stiftung geändert worden, um den Umstand zu verschleiern, daß es sich hier um Kapital von Juden handelte.²⁰⁶ Aus der „Adolf-und-Louise-Barkan-Spende“ wurde nunmehr die „Ludolf-von-Krehl-Spende“.²⁰⁷ Die Stiftung von Adolf und Louise Barkan wurde bis mindestens 1946 als „Ludolf-von-Krehl-Spende“ in den Büchern der KWG geführt. Zwar ist in der letzten Abrechnung des Kontos nur der Kurswert der Wertpapiere aufgeführt, doch offenbar war das dotierte Kapital nicht wesentlich angegriffen worden. Da jedoch das Gros der Wertpapiere – in Übereinstimmung mit den geltenden Devisengesetzen, aber gegen den ausdrücklichen Wunsch Barkans – in deutschen Staatstiteln angelegt worden war, wurde dieses Vermögen im Zuge der Währungsreform in erheblichem Maße reduziert.²⁰⁸

202 Aufstellung der KWG der Aktiva des KWI für medizinische Forschung, 13.2.1939, MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, PA Rein, Hermann, o. Bl. Die Reserven des Instituts betragen insgesamt rd. 135.000 RM, der Wert der Wertpapiere aus der „Barkan-Spende“ wurde mit rd. 53.000 RM beziffert: ebd.

203 Schmaltz, Kampfstoff-Forschung, S. 416-420.

204 In jedem Fall ist in den entsprechenden Akten der Generalverwaltung nach dem Oktober 1938 kein Gesuch des KWI, die Erträgnisse der Stiftung zu einem bestimmten Zweck zu verwenden, überliefert: vgl. MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 288.

205 Prüfbericht eines Revisors der KWG über das KWI für medizinische Forschung, 6.9.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 29, 95, Bl. 18-21, Zitat: Bl. 21.

206 Im Februar 1939 wurde die Stiftung von der KWG noch als „Barkan-Spende“ bezeichnet. Vgl. Aufstellung der KWG der Aktiva des KWI für medizinische Forschung, 13.2.1939, MPG-Archiv, Abt. II, Rep. 1A, PA Rein, Hermann, o. Bl.

207 Erlass des Reichsministers des Innern über jüdische und paritätische Stiftungen, 8.5.1939, in: Bruno. Blau (Hg.), Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945, Düsseldorf 1965, S. 72-74; Prüfbericht eines Revisors der KWG über das KWI für medizinische Forschung“, 6.9.1940, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 29, 95, Bl. 18-21.

208 Unterlagen der KWG für den Bericht der amerikanischen Delegation, 15.9.1946, Archiv der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 9.

3.2.6. Die „Arthur-Gwinner-Stiftung für naturwissenschaftliche Forschungsreisen“

Arthur von Gwinner war Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank und langjähriger Senator der KWG. Im Jahre 1928, drei Jahre vor seinem Tod, stiftete er der KWG 160.000 RM für naturwissenschaftliche Forschungsreisen.²⁰⁹ Bis 1936/37 wurden aus den Mitteln der Stiftung satzungsgemäß Forschungsreisen von verschiedenen Forschern unterstützt bzw. finanziert.²¹⁰ Im folgenden Jahre unterlief jedoch Telschow ein bemerkenswerter Fauxpas: Nachdem der bereits erwähnte Erlaß über „Jüdische und paritätische Stiftungen“ Mitte Mai 1939 vom Reichserziehungsministerium an die KWG-Generalverwaltung gesandt worden war, antwortete Telschow Mitte Juni, daß die „Arthur-von-Gwinner-Stiftung“ die einzige Stiftung der KWG sei, auf die der Erlaß Anwendung finden könnte. Denn er wisse, daß von Gwinner „Nichtarier“ gewesen sei. Gleichwohl sei aber die Stiftung an sich nicht als „jüdisch“ zu betrachten, da es „Zweck der Stiftung [ist], Mittel [...] ausschließlich an Reichsdeutsche zur Verfügung zu stellen“.²¹¹

Das Reichserziehungsministerium schloß sich dieser Argumentation allerdings nicht an und forderte im Juli 1939, die Satzung abzuändern.²¹² Daraufhin wandte sich Telschow sowohl an den Sohn des Stifters, Hans von Gwinner, der dem Stiftungsrat vorstand, als auch an den Direktor des KWI für ausländisches und internationales Privatrecht, Ernst Heymann, und forderte sie auf klarzustellen, welchen Status Arthur von Gwinner im Rahmen der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz gehabt hätte.²¹³ Entweder war Telschow also nun bewußt geworden, daß die Angabe, von Gwinner sei Jude gewesen, falsch war, oder aber er fürchtete, daß das Reichserziehungsministerium die anstehende Satzungsänderung nutzen könne, um direkt in die Belange der Stiftung einzugreifen. Jedenfalls stellte sich nun sehr schnell heraus, daß Arthur von Gwinner nicht jüdisch gewesen war.²¹⁴ Heymann hatte allerdings penibel auch darauf hingewiesen, daß von Gwinner eine jüdische Frau gehabt habe und sein Sohn mithin als Mischling zu betrachten sei.²¹⁵ Diese Informationen unterschlug die

209 Handschriftliche Aktennotiz „Arthur-von-Gwinner-Stiftung“ der MPG, o. D. (1958), MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, Nachtrag 3042/5, o. Bl. Vgl. Kohl, Präsidenten, S. 64. Von Gwinner hatte schon 1911 eine Stiftung in Höhe von 100.000 Mark für ein seinerzeit geplantes KWI für Bioontologie getätigt. Vgl. vom Brocke, Kaiserreich, S. 76f. und 151.

210 Tätigkeitsbericht der „Arthur-von-Gwinner-Stiftung“, Juni 1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A A, 283, Bl. 128-130.

211 Brief von Telschow an das Reichserziehungsministerium, 14.6.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 3.

212 Brief des Reichserziehungsministeriums an die KWG, 11.7.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 4.

213 Ernst Heymann hatte Anfang 1937 die Nachfolge des als Juden entlassenen Direktors Ernst Rabel angetreten. Vgl. ebd., S. 162f; Rolf Ulrich Kunze, Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht 1926-1945 (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse. 8), Göttingen 2004, S. 170-182.

214 Brief von Müller, an Arndt, 13.8.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 10; Brief Hans von Gwinner an die KWG, 16.8.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 11.

215 Brief von Müller an Arndt, 13.8.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 10.

Generalverwaltung in ihrer Stellungnahme gegenüber dem Reichserziehungsministerium²¹⁶ und erreichte damit, daß das Ministerium die Forderung nach einer Veränderung der Satzung fallen ließ.²¹⁷ Als Nebeneffekt ergab sich hieraus auch, daß Hans von Gwinner nicht als Vorsitzender des Stiftungsrats abgelöst werden mußte.²¹⁸

3.2.7. *Das Vermächtnis Hildegard Gradenwitz*²¹⁹

Im Mai 1930 vermachte Hildegard Gradenwitz²²⁰ der KWG den Großteil ihres Vermögens, das sie mit rund 2 Mio. RM angab. Sie tat dies mit der Auflage, daß aus den Mitteln der Aufbau eines KWI, das ausschließlich der Krebsforschung dienen sollte, zu finanzieren sei, daß das Gebäude des KWI den Namen ihres Vater – Dr. Richard Gradenwitz – tragen solle und „niemals jemand dieser Stiftung Beigaben machen darf, die sich äußerlich (durch Tafeln oder Namensverbindungen etc.) documentieren [sic!]“.²²¹

Die KWG nahm die Erbschaft nach dem Tod von Hildegard Gradenwitz am 1. Juli 1930 an und verpflichtete sich gegenüber dem Testamentsvollstrecker, „die dauernde Unterhaltung des augenblicklich im Bau befindlichen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Zellphysiologie, das unter Leitung von Herrn Professor Warburg stehen wird, sicherzustellen“.²²² In der Folgezeit ergaben sich jedoch einige Probleme: Erstens kam es zwischen der KWG und den Miterben zu Konflikten, die teilweise gerichtlich geklärt werden mußten. Da zudem das Vermögen von Gradenwitz u. a. in Immobilien angelegt war, konnte es nicht *ad hoc* realisiert werden. Die Zusammenführung des Vermögens dauerte bis zum Mai 1938: Zu diesem Zeitpunkt wurden insgesamt 1,2 Mio. RM in Aktien und Wertpapieren in einem Depot angelegt. Dies war deutlich weniger als von der Erblasserin angenommen, was allerdings darauf zurückzuführen war, daß die KWG im Zuge der Erbstreitigkeiten Zugeständnisse machen müssen und zudem ein Teil der Wertpapiere in der Wirtschaftskrise deutlich an Wert verloren hatte. Schließlich waren aus der Erbmasse auch die Zuschüsse, die die KWG aus einem Garantiefonds an das KWI vorgeleistet hatte, abgeglichen worden.²²³

216 Ebd.; Brief der KWG an das Reichserziehungsministerium, 10.8.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 14.

217 Brief des Reichserziehungsministeriums an die KWG, 29.8.1939, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 284, Bl. 16.

218 Aktennotiz betr. „Kuratorium der „Arthur-von-Gwinner-Stiftung“, 25.1.1944, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 282, o. Bl.

219 Für den freundlichen Hinweis auf diesen Fall danke ich Rüdiger Hachtmann.

220 Der Vater der Stifterin Richard Gradenwitz war u. a. Mitgründer und Großaktionär der Knorr-Bremse A.G. Die Familie war zwar jüdischer Herkunft, doch scheint Richard Gradenwitz zum Christentum übergetreten zu sein. Die Geschichte der Familie wird zur Zeit von Hans H. Lembke (FH Brandenburg) untersucht: H. H. Lembke, Bankiers, Intellektuelle, Industrielle – Unternehmensgeschichte in den Berliner Familien Kuczynski und Gradenwitz, Vortrag in der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, 13.2.2005.

221 Brief von Gradenwitz an von Harnack, vom 5.5.1930, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-1, Bl. 5f.

222 Protokoll der Verhandlung zwischen der KWG und dem Testamentsvollstrecker (Dr. Günther Gradenwitz), 7.2.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-1, Bl. 10-14, Zitat 10f.

223 Aktennotiz der Generalverwaltung, 13.5.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-5, Bl. 173f.

Das zweite Problem ergab sich aus dem Umstand, daß der Direktor des KWI von der Generalverwaltung nicht über die Auflagen des Testaments bzw. die Zusagen der KWG gegenüber dem Testamentsvollstrecker informiert wurde. Als Otto Warburg erfuhr, daß sein Institutsgebäude in „Gradenwitz-Bau“ umbenannt werden sollte, legte er Protest ein, weil dies in seinen Augen eine Dürpierung des anderen wichtigen Geldgebers, der *Rockefeller Foundation*, die den Aufbau des Institutsgebäudes maßgeblich finanziert hatte, bedeutet hätte.²²⁴ Gleichzeitig ließ sich Warburg von Planck versichern, daß „die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch die Übernahme des Vermächtnisses von Fräulein Hildegard Gradenwitz in keiner Weise verpflichtet ist, den Zweck des Instituts zu ändern“.²²⁵ Das KWI sei ein physiologisches Institut und kein Krebsinstitut, was – so Planck – auch vom Testamentsvollstrecker „unerschütterlich anerkannt“ worden sei.²²⁶ Tatsächlich führten die Streitigkeiten hinsichtlich der Namengebung des Institutsgebäudes dazu, daß die offizielle Pressekonferenz zur Eröffnungsfeier im April 1931 verschoben werden mußte.²²⁷ Erst im Juni des Jahres kam es dann zu einer Einigung, als die *Rockefeller Foundation* erklärte, sie habe keine Bedenken gegen die „Anbringung der Inschrift ‚Richard Gradenwitz-Bau‘ an dem Gebäude des Kaiser-Wilhelm Instituts für Zellphysiologie“.²²⁸

Danach trat eine gewisse Beruhigung ein. Die Erträgnisse aus dem Vermächtnis wurden zur Unterstützung des KWI für Zellphysiologie verwandt.²²⁹ Otto Warburg wurde zwar, weil er nach den Bestimmungen der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz als „Halbjude“ galt, angefeindet, blieb aber Direktor des KWI.²³⁰ Im April 1941 erließ der für die KWG zuständige Referent im Reichserziehungsministerium, Mentzel, jedoch die Weisung, Warburg auf Grund seiner teilweise jüdischen Herkunft ab- und den stellvertretenden Reichsärztesführers Kurt Blome als Nachfolger einzusetzen. Hintergrund war, daß es Planungen gab, unter Blome ein zentrales Krebsforschungsinstitut aufzubauen und der KWG anzugliedern.²³¹ Nachdem Telschow dieser Weisung zunächst nachgekommen war und Warburg gekündigt hatte, versuchte er im Juni 1941 doch, diesen massiven Eingriff in die Belange der KWG abzuwehren. Da seinerzeit sowohl der Präsident Bosch als auch der Erste Vizepräsident, Otto Wacker, verstorben und ihre Nachfolger noch nicht bestellt worden waren, lancierte Telschow eine Eingabe an den Reichsärztesführer Bouhler über Walter Schoeller, ein Mitglied des Kuratoriums des KWI. In dieser Eingabe wies Telschow nicht nur auf die besonderen Fähigkeiten Warburgs auf dem Gebiet der Krebsforschung hin, der Hitler ja ein besonderes Interesse entgegenbrachte, sondern

224 Brief von Warburg an Glum, 13.4.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-2, o. Bl.

225 Brief von Planck an Warburg, 21.7.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2799/2, Bl. 31.

226 Ebd.

227 E. Henning, Führer durch das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (Veröffentlichungen des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 17), Berlin 2003, S. 17.

228 Brief von Planck an Warburg, 5.6.1931, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2819/2, Bl. 132.

229 Aktennotiz der Generalverwaltung, 13.5.1938, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-5, Bl. 173f.

230 Hachtmann, Generalverwaltung, i. M. S. 334, 343ff.

231 Vgl. Gabriele Moser, Vom Stellvertreter zum „Reichsbevollmächtigten“ und Angeklagten im Nürnberger Ärzteprozess: Dr. Kurt Blome und die Krebsforschung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Wolfgang U. Eckart (Hg.), *Man, Medicine, and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Research, 1920-1970*, Stuttgart 2005.

betonte auch, daß die Mittel der Gradenwitzschen Stiftung per testamentarischer Verfügung an die Person Warburg gekoppelt seien. Die Eingabe hatte Erfolg.²³² Warburg konnte seine Arbeit fortsetzen und sollte bis zu seinem Tod im Jahr 1970 Direktor des KWI für Zellphysiologie bleiben.

Das Gradenwitzsche Vermächtnis wurde bis weit in die Nachkriegszeit als eigenständige Stiftung in den Büchern der MPG geführt.²³³ Freilich wurde drei Jahre nach Warburgs Tod der „Richard Gradenwitz-Bau“ von der Max-Planck-Gesellschaft in „Otto-Warburg-Haus“ umbenannt. Hier befindet sich seitdem das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft.²³⁴

3.3. Zusammenfassung von Teil III

Die Fallbeispiele zeigen erstens, daß das Vermögen der Gründungsstiftungen der KWG in der Inflation wohl geschmälert, nicht aber vernichtet worden ist. Zwar behaupteten sowohl Harnack als auch Glum Mitte der zwanziger Jahren wiederholt, das Stiftungsvermögen sei während des Ersten Weltkrieges benutzt worden, um Krieganleihen zu zeichnen und in der Inflation größtenteils „vernichtet“ worden.²³⁵ Doch diese Behauptungen, die Eingang auch in die Forschungsliteratur gefunden haben, sind mehr als fragwürdig.²³⁶ Glum selbst schrieb rund vierzig Jahre nach den Ereignissen in seinen Memoiren, er habe den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses des KWI für physikalische Chemie und Elektrochemie „sozusagen die Pistole auf die Brust [gesetzt]“, die Verwaltung der Mittel an sich gezogen und dadurch einen Teil des Stiftungsvermögens retten können.²³⁷

Nun mag man diese Behauptung Glums als Beispiel der für das Genre der Memoirenliteratur typischen Selbstheroisierung abtun; ein Indiz dafür, daß das Stiftungsvermögen der Koppel-Stiftung während der Inflation nicht untergegangen ist, ist sie jedoch allemal. Als weiteres Indiz läßt sich der Umstand anführen, daß Franz von Mendelssohn Erster Schatzmeister der KWG war. Denn es gelang dessen Bankhaus, Mendelssohn & Co., in der Inflationszeit, die erheblichen Verluste, die durch den Ausfall seiner russischen Investitionen entstanden waren, durch Devisenspekulationsgeschäfte mehr als zu kompensieren.²³⁸ Diese Geschäfte wurden über eine eigens in Amsterdam gegründete Tochtergesellschaft abgewickelt, deren Leiter und Mitinhaber, Fritz Mannhei-

232 Ebd.; Hachtmann, Generalverwaltung, i. M., S. 346-348, Robert N. Proctor, Blitzkrieg gegen den Krebs, Gesundheit und Propaganda im „Dritten Reich“, Stuttgart 2002, S. 49f.

233 Brief der Dresdner Bank an die KWG, 14.1.1966, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 290-6, o. Bl.

234 Henning, Führer, S. 19.

235 A. von Harnack (Hg.), Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1928, S. 60 und S. 146.

236 Vgl. vom Brocke, Weimarer Republik, S. 198-200; Witt, S. 600-603; Biedermann, Finanzierung, S. 163; Szölössi-Janze, Haber, S. 488-493. Ein differenzierteres Bild liefert: Stolzenberg, Haber, S. 440-454.

237 Glum, Wissenschaft, S. 293f, Zitat: S. 293.

238 W. Treue, Das Bankhaus Mendelssohn als Beispiel einer Privatbank im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mendelssohn-Studien, Band 1, Berlin 1972, S. 29-80, hier: S. 56.

mer, im Jahre 1924 Mitglied der KWG wurde.²³⁹ Daß von Mendelssohn auch während des Ersten Weltkrieges über seinen zweifellos ausgeprägten Patriotismus kaufmännische Grundsätze nicht vergaß, zeigte er auch in der KWG: Im März 1916 äußerte von Mendelssohn nämlich während einer Senatssitzung die Ansicht, daß – um die Liquidität der Gesellschaft sicherzustellen – nur in dem Maße neue Krieganleihen gezeichnet werden sollten, wie alte abgestoßen werden konnten. Diese Anregung traf auf keinerlei Widerspruch.²⁴⁰

Während also davon auszugehen ist, daß ein beachtlicher Teil des Vermögens – und damit wohl auch des Stiftungsvermögens – nicht in Krieganleihen, sondern kurzfristig angelegt und mithin 1918/19 schnell verfügbar war, ist auch überdeutlich, daß das Bankhaus Mendelssohn & Co. über eingespielte Kanäle verfügte, Anlagen vor der Inflation in Sicherheit zu bringen. Auch der Umstand, daß Mannheimer 1924 als Mitglied in die KWG aufgenommen wurde, ist ein Indiz dafür, daß Mendelssohn & Co. diese Kanäle der KWG zur Verfügung gestellt hat. Vor diesem Hintergrund kam auch Wilhelm Treue in seiner Skizze der Geschichte von Mendelssohn & Co zu der – von ihm allerdings nicht durch Belege abgesicherten – Schlußfolgerung, daß von Mendelssohn „als Schatzmeister der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dafür sorgte, dass ein Teil des Gesellschaftsvermögens durch die Inflation gerettet wurde“.²⁴¹

Bemerkenswert ist zudem, daß sich in den zeitgenössischen Jahresberichten der KWG keine Hinweise auf den Verlust des Stiftungsvermögens finden.²⁴² Im Gegenteil: In einem im Dezember 1923 aufgestellten Liquidationsplan ist vermerkt, daß die KWG Vermögen im Ausland besaß.²⁴³ Auch im internen Kreis gaben führende Vertreter der KWG preis, daß man weiterhin über beachtliche Devisenreserven verfügte: Auf einer Senats-Sitzung im Juni 1924 wurde festgehalten, daß das Deutsche Entomologische Institut durch die „Entnahme aus einem besonderen Fonds der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (von 4.000 Pfund) für das Rechnungsjahr 1924 finanziell gesichert [worden war]“.²⁴⁴ 4.000 Pfund hatten 1924 einen Wert von 80.000 RM. In der gleichen Sitzung berichtete Harnack, daß sich das Schlesische KWI für Kohleforschung „in einem blühenden Zustande“ befände.²⁴⁵ Vier Jahre später war daraus die öffentliche Klage ge-

239 Kreuzmüller, Händler, S. 47-49 und S. 53-59; Johannes Houwink ten Cate, Amsterdam als Finanzplatz Deutschlands (1919-1932), in: Gerald D. Feldman et al. (Hg.), Konsequenzen der Inflation, Consequences of Inflation, Berlin 1989, S. 149-179, hier: S. 152f. Zur Mitgliedschaft Mannheimers in der KWG: Vgl. Brief von Harnack an Mannheimer, 20.12.1924, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 2999-6, Bl. 6.

240 Protokoll der 16. Sitzung des Senats der KWG, 21.3.1916, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 59.

241 Treue, Bankhaus, S. 58.

242 Adolf von Harnack, 6. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, April 1921 bis Oktober 1922, o. O. (Berlin) 1922; ders., 7. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Oktober 1922 – Dezember 1923, o. O. Berlin), 1924.

243 Jedoch wurde die Höhe dieser Anlagen – lt. dieser Notiz in den USA – nicht beziffert: Liquidationsplan der KWG, 1.12.1923, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 386, Bl 1 b-f.

244 Protokoll der 41. Sitzung des Senats der KWG, 23.6.1924, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 64. In diesem Rahmen wurde das Deutsche Entomologische Museum zum Institut der KWG. Vgl. Henning/Kazemi, Chronik, S. 39f.

245 Ebd.

worden, das KWI habe „Zeiten schwerster finanzieller Bedrängnis“ durchstehen müssen.²⁴⁶

Was für die Koppel-Stiftung festzustellen ist, scheint mithin auch Gültigkeit für andere große Gründungsstiftungen der KWG zu haben und trifft – dies sei nur am Rande bemerkt – auch auf die seinerzeit noch von der KWG unabhängige DFA zu. Die Inflation schmälerte das Vermögen der Vorkriegsstiftungen. Sie bot der KWG aber auch die Möglichkeit, einen Schattenhaushalt anzulegen. Damit verstieß die KWG nicht nur gegen die Steuergesetzgebung, sondern auch gegen die seinerzeit gültigen Devisenbestimmungen des Deutschen Reichs. Daß die KWG ihre Klagen über den vorgeblichen Totalverlust in die Behauptung kleidete, sie habe ihre Reserven in Kriegsanleihen angelegt, zeugt schließlich von einem beachtlichen propagandistischen Geschick; damit stellte sie sich in die lange Reihe von kaisertreuen Bürgern, die tatsächlich Kriegsanleihen gezeichnet und ihr Vermögen in der Folge gleichsam ehrenhaft verloren hatten.

Die KWG übertrieb also öffentlich und publikumswirksam die Größe ihrer Verluste, um dadurch die eigene Verhandlungsposition zu verbessern: Die Klagen über den Verlust wurden erst zu dem Zeitpunkt laut, als es galt, die staatlichen Stellen davon zu überzeugen, die KWG stärker als zuvor mit regelmäßigen, dauerhaften Zuwendungen zu unterstützen. Dies alles geschah mit Billigung derjenigen in den leitenden Gremien der KWG, die staatlicherseits eigentlich damit beauftragt waren, die KWG zu kontrollieren. Diese Politik wiederum zeugt von einer bemerkenswerten Fähigkeit der KWG, entscheidende Personen zu vereinnahmen – bzw. wie Rüdiger Hachtmann es formuliert hat – Wege zu finden „mit sich selbst zu verhandeln“.²⁴⁷ Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, ob die öffentliche Klage über den Verlust der Stiftungsmittel nicht auch der Verschleierung der Tatsache diene, daß die KWG schon deshalb mehr Unterstützung vom Staat brauchte bzw. zugesprochen bekam, weil sie ab 1926 in das geheime Aufrüstungsprogramm einbezogen wurde?

Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob die Stifter der großen Gründungsstiftungen von der KWG darüber informiert wurden, daß ihre Stiftungen aufgelöst wurden, um sie vor der Inflation zu schützen und verdeckte Reserven anzulegen. Es liegt auf der Hand, daß dieser Umstand Konfliktpotential in sich barg: Die Stiftungen waren in der Regel mit dem Namen der Stifter verknüpft und ihr „Untergang“ zog auch die Tilgung des Namens nach sich. Gleichwohl ist wenigstens im Fall von Koppel anzunehmen, daß dieser über die Verschiebung „seiner“ Gelder informiert gewesen ist. Hierfür spricht, daß der Stifter enge Beziehungen zu Haber unterhielt. Koppel hatte zudem auch im Verwaltungsrat und später im Kuratorium des KWI einen Sitz; es ist insofern schwer vorstellbar, daß es möglich gewesen wäre, ihn vor der Information abzuschirmen, daß das KWI über verdeckte Reserven verfügte.²⁴⁸

Daß die Stiftung von Gans offenbar vollständig vernichtet wurde, ist vor dem oben beschriebenen Hintergrund überraschend. Dies führt zu einem zweiten

246 Adolf von Harnack (Hg.), Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1928, S. 60.

247 Hachtmann, Generalverwaltung.

248 Brief Koppel an die KWG, 7.7.1923, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 1161, Bl. 75.

Punkt: Die KWG hatte offenbar ein nicht gänzlich ungetrübtes Verhältnis zu Gans und seiner Stiftung. Gans wollte die KWG durch seine Stiftung dazu bewegen, sich im Sinne einer Forschungsdachorganisation zu öffnen. Doch während Gans die Mittel der Stiftung durch eine öffentliche Ausschreibung zur Unterstützung aller Chemiker in Deutschland zur Verteilung bringen wollte, verwandte sie die KWG zunächst, um ihr nahestehende Wissenschaftler zu unterstützen. Auch der Konflikt über die Einbehaltung des Aufnahmebeitrages ist wohl nur vor diesem Hintergrund zu begreifen. Es bedurfte des nachdrücklichen Protests, diesen offensichtlichen Vertragsbruch der KWG teilweise zu korrigieren. Hier zeigte sich deutlich, daß die KWG unter bestimmten Umständen bereit war, Stiftungsmittel selbst gegen den ausdrücklichen Willen des Mäzens für sich zu vereinnahmen. Vor diesem Hintergrund ist auch Barkans Forderung plausibel, Planck solle ihm versichern, daß die Mittel aus seiner Stiftung ausschließlich zu dem von ihm benannten Zweck eingesetzt würden. Denn eigentlich verlangte Barkan etwas Selbstverständliches. Er scheint mithin Zweifel gehabt zu haben, daß dies in der KWG auch selbstverständlich war.

Wenn auch das Vermögen der KWG nicht vollständig vernichtet wurde, so traf die Inflation doch einen Teil ihrer großbürgerlichen Klientel schwer. Hierfür kann die Familie Goldberger als Beispiel dienen. Gleichzeitig berührt der „Fall Goldberger“ aber auch bereits die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur und zeigt, daß die KWG wenig Mitgefühl mit den Opfern der nationalsozialistischen Verfolgung kannte. Im Falle der Erbschaft von Loeb gesellte sich noch ein erschreckender Mangel an Pietät dazu. Es soll hier nicht analysiert werden, warum Hambuechen 1937 seinen Namen dafür hergab, Widerspruch gegen die Erteilung eines Erbscheins an seine eigene Familie einzulegen. Es bleibt aber festzustellen, daß Glum die treibende Kraft hinter diesem juristischen Winkelzug war. Viel deutet darauf hin, daß sich Glum hierdurch im Kampf um seinen Posten als Generaldirektor profilieren wollte – auch wenn ihm das schließlich nicht gelang.

Wie ist nun der Umstand zu bewerten, daß die Generalverwaltung 1933 die Restmittel der Koppel-Stiftung an sich zog? Wenn Koppel mit der Verschiebung seines Stiftungsvermögens einverstanden gewesen war, dann wollte er damit sicherlich sowohl Haber als auch dessen Institut unterstützen. War es nach Habers Rücktritt deshalb nicht gleichsam im Interesse des Stifters, die Gelder solange bei der Generalverwaltung zu sichern, bis ein würdiger Nachfolger für Haber gefunden worden war? Hiergegen spricht, daß sich die KWG im Frühjahr 1933 offenbar wenig um Koppel gekümmert und dessen Entlassung aus dem Senat nicht verhindert hat. So ist der Griff nach dem Restvermögen der Stiftung weniger als Ansinnen zu werten, den Willen des Stifters zu wahren, sondern vielmehr als Versuch, die Entwicklungsmöglichkeiten des ungeliebten Nachfolgers von Haber möglichst zu beschneiden.

Als die NS-Gesetzgebung im Mai 1939 – im Zuge der forcierten Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden – nach den jüdischen Stiftungen griff, folgte die KWG zwar den staatlichen Vorgaben und gab etwa der Stiftung von Adolph und Louise Barkan einen neuen Namen. Gleichzeitig behielt sie jedoch die irreführende Bezeichnung „Spende“ bei. Da nicht sehr wahrscheinlich ist, daß die Verwaltungsfachleute der KWG hier einen Fehler begangen haben, ist anzunehmen, daß die Beibehaltung der Bezeichnung gleichsam einen Versuch

darstellte, die Stiftung auf einer semantischen Ebene zu liquidieren. Mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Verpflichtung Reins waren zwar auch die Pläne, die Stiftung aufzulösen, vom Tisch, doch entließ die Generalverwaltung die Stiftung aus der eigenen Verwaltung und sah offenbar untätig zu, wie der Leiter des KWI für medizinische Forschung die Mittel nach eigenem Gutdünken verbrauchte. Und obgleich sich später herausstellte, daß dies auf einem Irrtum beruhte, zeugen auch die Vorgänge um die Stiftung von Gwinners im Sommer 1939 von einem laxem Umgang mit dem Willen eines – als Jude betrachteten – Stifters. Es ist verblüffend mit welcher Selbstverständlichkeit Telschow die Satzung der Stiftung uminterpretierte und dabei *en passant* an das herrschende politische System anpaßte: Denn laut Satzung sollte die Stiftung „deutsche[n]“ und nicht – wie Telschow anführte – „reichsdeutschen“ Forschern zugute kommen.²⁴⁹ „Reichsdeutsch“ rekurriert auf den Begriff des Reichsbürgers, der bekanntlich als zentraler Terminus des nationalsozialistischen Staatsangehörigkeitsrechts in das Reichsbürgergesetz eingebracht worden war. Indem Telschow diesen Begriff verwendete und auf die Stiftung übertrug, schloß er Juden, wie im übrigen auch „Volksdeutsche“, aus der Förderung aus. Daß diese Umwidmung nicht im Sinne des Stifters gewesen sein kann, muß hier nicht ausgeführt werden.

Bemerkenswert ist ferner, daß Telschow, ohne dies näher geprüft zu haben, wie selbstverständlich davon ausging, von Gwinner sei Jude gewesen. Zwar konnte im Rahmen der vorliegenden Recherche der Grund für diese Zuschreibung nicht abschließend geklärt werden, doch ist anzunehmen, daß sich hier typische antisemitische Deutungsmuster auswirkten und Telschow „Bankier“ mit „Jude“ assoziierte. Dies kann als Indiz dafür gelten, daß antisemitische Stereotypen, wenn nicht antisemitische Überzeugungen, zu diesem Zeitpunkt längst auch in der Generalverwaltung der KWG verbreitet waren. Wie hartnäckig sich diese Stereotypen gehalten haben, zeigt der Umstand, daß eine der führenden Mitarbeiterinnen Telschows aus der Generalverwaltung, Marianne Reinold, noch 1953 in einer internen Stellungnahme bezüglich möglicher Schadensersatzansprüche der Erben Koppels festhielt, diese seien „von stark nichtarischem Geiste beseelt“.²⁵⁰ Auch in Glums Memoiren blitzen antisemitische Überzeugungen auf.²⁵¹ Vor diesem Hintergrund überrascht es fast, daß antisemitische Argumente in dem Rechtsgutachten in der Auseinandersetzung um den Nachlaß von James Loeb wenigstens auf den ersten Blick keine Rolle spielten. Dies findet seine Erklärung darin, daß das Gutachten noch dem Kuratorium der Stiftung vorgelegt werden sollte, das aus dem Stiefsohn und einem (jüdischen) Vertrauten Loeb's bestand. Allerdings wurde im Gutachten darauf verwiesen, daß die Erben zu den wohlhabendsten Bankiersfamilien in New York gehörten. In diesem Kontext wurden die Namen Loeb und Warburg genannt; dies ist wohl als eine – kaum mehr versteckt zu nennende – Anspielung auf den Umstand zu verstehen, daß es sich bei den Erben um Juden handelte.

249 Satzung der „Arthur-Gwinner-Stiftung für naturwissenschaftliche Forschungsreisen“, 13.6.1929, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 282, Bl. 44f.

250 Brief Marianne Reinold an M. L. Rehder (Generalverwaltung der MPG), 3.3.1953, MPG-Archiv, Abt. I, Rep. 1A, 58/9, o. Bl. Vgl. Hachtmann, Generalverwaltung.

251 So glaubte Glum beispielsweise, Juden an ihrem Äußeren erkennen zu können. Vgl. Glum, Wissenschaft, S. 239- 241 sowie S. 459. Vgl. Hachtmann, Wissenschaftsmanagement.

Im Falle von Otto Warburg, der mit der Hamburger Bankiersfamilie entfernt verwandt war, wirkte sich das Vorhandensein einer Stiftung auch zu seinem Schutze aus. Auch wenn nicht zu übersehen ist, daß die Personengebundenheit der Gradenwitzschen Stiftungsmittel nicht das zentrale Argument der Eingabe Telschows war, ist doch frappant, daß sich KWG dieses Arguments bediente, um etwas zu tun, was sie sonst allzu selten tat: Sie setzte sich vehement für einen bedrohten Forscher ein und hatte damit Erfolg. Hinter dem Engagement der Generalverwaltung für Warburg stand offenbar das Bestreben, einen führenden Wissenschaftler – und Nobelpreisträger – nicht zu verlieren. Meritokratische Kriterien überwogen die ansonsten für die Generalverwaltung typische Haltung, den rassistischen Vorgaben des NS-Staates zu willfahren. Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß die KWG in ihrem Bestreben, Warburg zu halten, streng genommen die Bedingungen der Gradenwitzschen Stiftung nach Gutdünken interpretierte. Denn Gradenwitz hatte nur verfügt, daß die Mittel ausschließlich der Krebsforschung zur Verfügung gestellt werden sollten. Zwischen der KWG und dem Testamentsvollstrecker war dann vereinbart worden, daß die Mittel dem KWI für Zellphysiologie zugute kommen sollten. In diesem Rahmen war zwar Otto Warburg erwähnt worden, dies aber wohl nur, weil das KWI für Zellphysiologie nicht ausschließlich der Krebsforschung dienen sollte, Warburg aber einen Ruf als Krebspezialist hatte. Insofern wäre also die Ernennung eines anderen ausgewiesenen Krebspezialisten durchaus auch im Sinne des Testaments gewesen.

Dies führt zu einer letzten Frage: Inwieweit behandelte also die KWG ihre „jüdischen“ Stiftungen anders als ihre nicht-jüdischen Stiftungen? Dies ist nur schwer zu beantworten, zumal die Frage nach jüdischen Stiftungen letztlich auf ein Konstrukt zielt: Denn Stifter und Stiftungen stellen keine untrennbare Einheit dar; auch die KWG hat zwischen der Person des Stifters oder der Stifterin und der Stiftung – den in einem Depot oder auf einem Konto liegenden Werten – unterschieden. Offenbar, das zeigen die Vorgänge um die Stiftung von Gradenwitz deutlich, behielt sich die KWG bei allen Stiftungen – gelinde gesagt – die Deutungshoheit über den Stiftungszweck vor. Ihr Interesse galt demzufolge eher der Stiftung als dem Stifter. Letzterem blieb, wie beispielsweise Gans, nur die Möglichkeit, gegen einen allzu deutlichen Mißbrauch zu intervenieren. Die Möglichkeit der Kontrolle – das zeigen die Vorgänge um den Spezialfonds von James Loeb – war somit das entscheidende Bindeglied zwischen dem Willen des Stifters und der Stiftung.²⁵² Als die meisten jüdischen Stifter nach 1933 ihre Kontrollmöglichkeit über die Verwendung der Stiftung und ihrer Erträge verloren, nutzte die KWG diesen Umstand im eigenen Interesse aus. Unter dem Druck der Nationalsozialisten verfuhr die KWG mit den jüdischen Stiftern ähnlich wie mit ihren jüdischen Angestellten und Senatoren: Sie hat sie – wenn das nicht dem eigenen Interesse diametral entgegenstand – fallengelassen oder gar aktiv verdrängt. In der Folge blieben – in den Augen der KWG – „herrenlose“ Depots zurück, die vereinnahmt werden konnten und vereinnahmt wurden.

252 Hierauf verweisen auch die Ergebnisse von Monika Kingreens Untersuchung über die jüdischen Stiftungen in Frankfurt: Monika Kingreen, Raubzüge einer Stadtverwaltung, Frankfurt am Main und die Aneignung „jüdischen Besitzes“, in: Beiträge zur Geschichte des Nationalsozialismus, Bd. 17, 2001, S.17-50, besonders: S. 20-23.

4. FAZIT

Die KWG profitierte in einer Reihe von Fällen sowohl im Bereich von Immobilientransfers als auch bei jüdischen Stiftungen von der nationalsozialistischen Politik, Eigentumsrechte an politische bzw. rassistische Kategorien zu knüpfen. Dabei trat sie aber nicht unmittelbar als treibende Kraft, sondern als Nutznießerin – sozusagen als eine Art stille Teilhaberin – auf. Im Zuge des ab 1937 forcierten Aufbaus der Agrarforschung ließ sich die KWG bei der Gründung fast aller neuen Institute in mehrere Geschäfte verwickeln, die als „unredlich“ zu klassifizieren sind: Das KWI für Tierzuchtforschung entstand auf einem Gut, das im Rahmen des Erbhofgesetzes enteignet worden war, und richtete seinen Dienstsitz in Rostock in einem Haus ein, aus dem der jüdische Eigentümer kurz zuvor vertrieben worden war. Zeitlich fast parallel lief die Etablierung des Deutsch-Bulgarischen Instituts für landwirtschaftliche Forschungen in der KWG, wobei der Direktor dieses Instituts und seine leitenden Mitarbeiter keinen Anstoß daran nahmen, daß Juden aus der Wohnung vertrieben wurden, die sie nutzen wollten. Das KWI für Kulturpflanzenforschung schließlich wurde auf einem Gut aus dem Eigentum der Kirche etabliert; darüber hinaus wollte dieses Institut seine Nutzflächen unter Verwendung von Liegenschaften aus jüdischem Eigentum arrondieren – eine Absicht, die nur aufgrund des Kriegsverlaufs unausgeführt blieb. Auf niedrigerem Niveau war schließlich auch das KWI für landwirtschaftliche Arbeitswissenschaft an „unredlichen Geschäften“ beteiligt, erhielt es doch eine beachtliche Spende der HTO, die für die Enteignung und Verwaltung der Betriebe sowie sonstigen Einrichtungen in den besetzten europäischen Ostgebieten zuständig, mithin für die Enteignung und Vertreibung ihrer Besitzer verantwortlich war.

Mit Blick auf den Immobilienerwerb trat zwar in der Regel das Reichsernährungsministerium und nicht die KWG in die Besitzrechte der in Frage stehenden Güter ein; doch war die KWG über die Hintergründe des Besitztransfers, der die Vorbedingung für das der KWG eingeräumte Nutzungsrecht war, informiert. Mithin trat die KWG nicht gutgläubig in die Nutzungsrechte ein. Zudem war es beispielsweise im Februar 1940 noch durchaus möglich, in Rostock auch auf dem freien Markt Immobilien zu erwerben. Es ist mithin evident, daß die Generalverwaltung der KWG die Inbesitznahme von Immobilien, sei es von Juden, sei es von politisch Verfolgten, als probates Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele betrachtete. Dies zeigen auch die Umstände der Etablierung der Außenstelle Laukischken sehr deutlich.

Hier stellt sich nun die Frage, ob der Führungsspitze der KWG bewußt war, daß sie sich durch ihr Handeln auf eine rassistische Politik einließ, die schließlich zum Massenmord führte. Telschow mag nicht über alle Einzelheiten der Vertreibung und schließlich Ermordung der europäischen Juden informiert gewesen sein. Daß ihm jedoch die antisemitische Politik des NS-Regimes, außerdem der Beginn und schließlich die Dimension der Vertreibung der Juden wenigsten in groben Zügen bekannt geworden sein dürfte, ist sehr wahrscheinlich. Telschow, der an den hier skizzierten „Geschäften“ und Finanztransaktionen seit 1937 maßgeblich beteiligt war, verfügte über ausgezeichnete Informationskanäle; ihm dürfte nicht entgangen sein, welche Verbrechen das NS-Regime vorbereitete und schließlich durchführte. Dies legen nicht zuletzt seine guten Kontakte zur

SS nahe, aber auch der Tatbestand, daß einige KWI in das Euthanasie-Programm verwickelt waren und sich in den Dienst der rassistischen NS-Politik stellten.²⁵³ Das Wissen um die rassistische Verfolgung war offenbar nicht dazu angetan, die KWG und hier namentlich die Generalverwaltung von unredlichen Geschäften abzuhalten.

Der Befund aus der Analyse der jüdischen Stiftungen ist vielschichtiger. Die Analyse zeigt zum einen, daß in der KWG von Anfang an ein gespaltenes Rechtsempfinden herrschte. Recht war u. U. nicht das kodifizierte Recht, sondern das, was der Wissenschaft und damit der KWG nützte. Dies galt, wie Leo Gans erleben mußte, selbst für die im Binnenverhältnis zwischen Stifter und KWG getroffenen Abreden. Die KWG behielt sich in jedem Fall die Deutungshoheit über ihre Stiftungen vor.

Diese „Interpretationshoheit“ der KWG wirkte sich im Falle Otto Warburgs freilich auch zum Schutz eines Verfolgten aus. Dieser Befund stellt jedoch keinen Widerspruch in sich dar. Zentrales Handlungsmotiv der KWG und ihrer Generalverwaltung blieb auch im Nationalsozialismus, daß sie versuchte, ihre Kernkompetenzen soweit wie möglich gegen äußere Einflüsse abzuschirmen. Zu ihren Kernkompetenzen gehörte die Verfügungsgewalt über jene Mittel, die nicht direkt vom Staat kamen; dies schloß die Verfügung über die Stiftungen ein. Daß der hier skizzierte Umgang mit jüdischen Stiftungen nach 1933 keineswegs allein nationalsozialistischem Druck geschuldet war, zeigt sich daran, daß im Fall der Barkan'schen Stiftung die Umbenennung nach 1945 nicht rückgängig gemacht wurde und im Fall der Loeb'schen Stiftung die Mittel sogar erst nach dem Ende der NS-Diktatur verbraucht wurden.

Auch wenn festzustellen ist, daß es sich bei den Stiftungen, die die KWG dann im Zuge der NS-Judenpolitik für sich vereinnahmte, mit Ausnahme der Loeb'schen Stiftung, um relativ kleine Beträge handelte, so werfen die Vorgänge doch ein Schlaglicht auf die Bereitschaft der KWG, moralische Skrupel beiseite zu schieben: Die KWG bemühte sich einerseits, und dies über 1933 hinaus, so lange es ging, jüdische Stiftungsgelder zu akquirieren und scheute sich dabei auch nicht vor juristischen Winkelzügen. Gleichzeitig versuchte sie diese Gelder vor Zugriffen ‚von außen‘ so lange wie möglich zu schützen. Dieser ‚Schutz der Gelder‘ im eigenen Interesse schloß den Schutz der jüdischen Mäzene und ebenso das Andenken jüdischer Stifter und Spender nicht mit ein

²⁵³ Vgl. Hans-Walter Schmuhl, Rasse, Rassenforschung,

Rassenpolitik. Annäherungen an das Thema, in: ders. (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933 (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 4), Göttingen 2003, S. 7-37, hier: S. 11-20; Ders. Hirnforschung und Krankenmord, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945 (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 1), Berlin 2000, S. 41-52; Ders., Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927-1945, Göttingen 2005.

QUELLEN

Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin (MPG-Archiv)
I. Abt., Rep. 1A (Generalverwaltung)

Bundesarchiv, Berlin (BAB)
Reichsfinanzministerium (Bestand R 2)
Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (Bestand 3601)

Landesarchiv Berlin
Wiedergutmachungsämter

Max-Planck-Institut für Psychiatrie, Historisches Archiv (MPIP-HA)
Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie

Privatarchiv Warburg, Hamburg (PWH)
E. M. Warburg – Friedrich Glum, Korrespondenz
Max M. Warburg – James Loeb, Korrespondenz
M. M. Warburg & Co. – A. E. Wassermann, Berlin, Korrespondenz
Max Warburg, Erinnerungen. Unveröffentlichtes Manuskript,
New York 1946

Staatsarchiv München (STAM)
Nachläßakte James Loeb, STAM AG Weilheim Nr. 1933/106

Staatsbibliothek zu Berlin
Mendelssohn-Archiv

LITERATUR

- ACHTERBERG, Erich, Berliner Hochfinanz. Kaiser, Fürsten, Millionäre um 1900, Frankfurt/Main 1965
- ALBRECHT, Helmuth/Hermann ARMIN, Die Kaiser Wilhelm Gesellschaft im Dritten Reich, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 356-406
- ALY, Götz/Susanne HEIM, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Frankfurt/Main 1997 (Hamburg 1991)
- ARNSBERG, Paul, Die Geschichte der Frankfurter Juden seit der Französischen Revolution, Bd. III, Biographisches Lexikon der Juden, Darmstadt 1983
- BERGMANN, Claudia (Hg.), Mitgliederverzeichnis der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, 2 Bde., Berlin 1991
- Berliner-Börsen-Courier, Monats Kurszettel der Berliner Börse, 2. – 4. Jg., (1922-1924)
- BERNHARD, Georg, Berliner Banken (Großstadtdokumente Bd. 8), Berlin, Leipzig 1903
- BIEDERMANN, Wolfgang, Zur Finanzierung der Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften Mitte der 20er bis zur Mitte der 40er Jahre des 20. Jahrhunderts, in: Wissenschaftsforschung, Jahrbuch 2001, S.143-172
- BLAU, Bruno (Hg.), Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland 1933-1945, Düsseldorf 1965
- BORN, Karl Erich, Geld und Banken im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1976
- BROCKE, Bernhard vom, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Kaiserreich. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 17-162
- Ders., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik, in: Vierhaus/Brocke, Forschung im Spannungsfeld, S. 197-355
- Bundesarchiv Koblenz, Internationaler Suchdienst (Hg.), Gedenkbuch der Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945, Koblenz 1986

- BURCHARDT, Lothar, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Ersten Weltkrieg, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 163-196
- BURGMAYER, Wolfgang/Matthias M. WEBER, „Das Geld ist gut angelegt, und Du brauchst keine Reue zu haben“. James Loeb, ein deutsch-amerikanischer Wissenschaftsmäzen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik, in: HZ 277 (2003), S. 344-378
- Dies., Ein „... Lichtstrahl in das trübe Dunkel“. James Loeb als Wissenschaftsmäzen der psychiatrischen Forschung, in: Schlossmuseum Murnau (Hg.), James Loeb 1867-1933, Kunstsammler und Mäzen, Murnau 2000, S. 107-127
- CHERNOW, Ron, Die Warburgs. Odyssee einer Familie, Berlin 1994
- DEICHMANN, Ute, Kriegsbezogene biologische, biochemische und chemische Forschung an den Kaiser-Wilhelm-Instituten für Züchtungsforschung, für physikalische Chemie und Elektrochemie und für Medizinische Forschung, in: Doris Kaufmann (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 1, S. 231-257
- Deutsche Biographische Enzyklopädie, München 1995
- Deutscher Wirtschaftsverlag (Hg.), Reichshandbuch der deutschen Gesellschaft, Das Handbuch der Persönlichkeiten in Wort und Bild, 2 Bde., Berlin 1930.
- DUIZEND-JENSEN, Shoshana, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung“ und Restitution (Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission Bd. 21/2), Wien, München 2004
- FELDMAN, Gerald D., Die Deutsche Bank 1914-1933, in: Lothar Gall/Gerald D. Feldman et al., Die Deutsche Bank 1870-1995, München 1995, S. 138-314
- GEDENKBUCH Berlins der jüdischen Opfer des Nationalsozialismus, hg. von der Freien Universität Berlin, Berlin 1995
- GLUM, Friedrich, Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Erlebtes und Erdachtes in vier Reichen, Bonn 1964
- GOSCHLER, Constantin, Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus (1945-1954) (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 34), München 1992
- HACHTMANN, Rüdiger, Wissenschaftsmanagement im »Dritten Reich«. Die Generalverwaltung der KWG, erscheint Göttingen 2006
- Ders., Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“, (Vorab-

- druck aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 19), Berlin 2005
- HANSEN, Knut, Albrecht Graf zu Bernstorff. Diplomat und Bankier zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Frankfurt/Main 1996
- HARNACK, Adolf von (Hg.), Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Berlin 1928
- Ders., 6. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, April 1921 bis Oktober 1922, o. O. (Berlin) 1922
- Ders., 7. Jahresbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Oktober 1922 – Dezember 1923, o. O. (Berlin), 1924
- HAYES, Peter, Die Degussa im Dritten Reich. Von der Zusammenarbeit zur Mittäterschaft, München 2004
- Ders., Die „Arisierungen“ der Degussa AG. Geschichte und Bilanz, in: Irmtrud Wojak (Hg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis (Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Frankfurt/Main 2000, S. 85-124
- HEIM, Susanne, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933-1945, (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 5), Göttingen 2003
- Dies., (Hg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus Bd. 2), Göttingen 2002
- Dies., Forschung für die Autarkie, in: Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, S. 145-177
- Dies., Research for Autarky. The contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 4), Berlin 2001
- HENNING, Eckart, Führer durch das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft (Veröffentlichungen des Archivs zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 17) Berlin 2003
- Ders., Marion KAZEMI, Chronik der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 1), Berlin 1988
- HEPP, Michael (Hg.), Die Ausbürgerung deutscher Staatsbürger 1933-1945 nach den im Reichsanzeiger veröffentlichten Listen, Bd. 2, Namensregister, München, New York et al. 1985

- HERBST, Ludolf/WEIHE Thomas, Die Commerzbank und die Juden 1933-1945
München 2004
- HOLTFRERICH, Carl-Ludwig, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und
Folgen in internationaler Perspektive, Berlin, New York 1980
- HOUWINK TEN CATE, Johannes, Amsterdam als Finanzplatz Deutschlands
(1919 – 1932), in: Gerald D. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich et al. (Hg.),
Konsequenzen der Inflation, Consequences of Inflation, Berlin 1989, S.
149-179
- JAMES, Harold, Die Deutsche Bank und die „Arisierung“, München 2001
- JÄCKEL, Eberhard/Peter LONGERICH/Julius SCHOEPS (Hg. der deutschen Aus-
gabe), Israel GUTMAN (Haupterausgeber), Enzyklopädie des Holocaust.
Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, 4 Bde., München
1998
- JOHNSON, Jeffrey A., Vom Plan einer Chemischen Reichsanstalt zum ersten
Kaiser-Wilhelm-Institut, Emil Fischer, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), For-
schung im Spannungsfeld, S. 486-515
- Jüdisches Adressbuch für Groß-Berlin, Ausgabe 1931 (Berlin 1994)
- KAUFMANN, Doris (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Na-
tionalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2.
Bde., Göttingen 2000
- KAZEMI, Marion, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung in Ro-
stock und Dummerstorf 1939-1945, in: Dahlemer Archivgespräche 8,
2002, S. 137-163
- KINGREEN, Monika, Raubzüge einer Stadtverwaltung. Frankfurt am Main und
die Aneignung „jüdischen Besitzes“, in: Beiträge zur Geschichte des Na-
tionalsozialismus, Bd. 17 (2001), S.17-50
- KLAUER, Friedrich (Hg.), Die Geschichte der Auergesellschaft von der Grün-
dung im Jahre 1892 bis zum Jahre 1958, Privatdruck, Berlin o. J. (1958)
- KLEIN, Hans-Günther, Das Mendelssohn-Archiv der Staatsbibliothek zu Berlin,
Bestandsübersicht (Beiträge der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer
Kulturbesitz, Bd. 15), Berlin 2003
- Ders., Das „Bankarchiv“ der Mendelssohns. Eine Übersicht, in: Mitteilungen
der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, 16. Jg., Heft 2 (Juli 1984), S.
94-105
- KNETSCH, Stefanie, Das konzerneigene Bankinstitut der Metallgesellschaft im
Zeitraum von 1906-1928, Programmatischer Anspruch und Realisierung
(Beiträge zur Unternehmensgeschichte Bd. 6), Stuttgart 1997

- KOGON, Eugen/Hermann LANGBEIN et al. (Hg.), Nationalsozialistische Massentötung durch Giftgas. Eine Dokumentation, Frankfurt/Main 1983
- KÖHLER, Rosemarie/Ulrich KRATZ-WHAN, Der jüdische Friedhof Schönhauser Allee, Berlin 1992
- KOHL, Ulrike, Die Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Max Planck, Carl Bosch und Albert Vögler zwischen Wissenschaft und Macht (Beiträge zur Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Bd. 5), Stuttgart 2002
- Dies., Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften im Nationalsozialismus, Quelleninventar (Veröffentlichungen aus dem Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, Bd. 10), Berlin 1997
- KÖHLER, Ingo, Die „Arisierung“ der Privatbanken im Dritten Reich. Verdrängung, Ausschaltung und die Frage der Wiedergutmachung (Schriftenreihe zur Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Bd. 14) München 2005
- KREUTZMÜLLER, Christoph, Händler und Handlungsgehilfen. Der Finanzplatz Amsterdam und die deutschen Großbanken 1918-1945, Stuttgart 2005
- KUNZE, Rolf Ulrich, Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und Internationales Privatrecht 1926-1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 8), Göttingen 2004
- Kürschners Deutscher Gelehrten Kalender, Berlin 1950
- LOOSE, Ingo, Deutsche Kreditinstitute in den eingegliederten und besetzten Gebieten Polens unter besonderer Berücksichtigung der Commerzbank, Diss. Humboldt-Universität zu Berlin 2004
- LORENTZ, Bernhard, Industrieelite und Wirtschaftspolitik 1928-1950. Heinrich Dräger und das Dräger-Werk, Paderborn u.a. 2001
- LUSSY, Hanspeter/Barbara BONHAGE/Christian HORN, Schweizerische Wertpapiergeschäfte mit dem „Dritten Reich“. Handel, Raub und Restitution, (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg Bd. 14), Zürich 2001
- LUXBACHER, Günther, Roh- und Werkstoffe für die Autarkie, Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 18), Berlin 2004
- Ders., Massenproduktion im globalen Kartell. Glühlampen, Radoröhren und die Rationalisierung der Elektroindustrie bis 1945 (Aachener Beiträge zur Wissenschafts- und Technikgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 4), Berlin, Diepholz 2003

- MAIER Helmut, Die Forschung als Waffe. Rüstungsforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und das KWI für Metallforschung 1900-1947, erscheint: Göttingen 2005
- Ders., (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Bd. 3), Göttingen 2002
- MARTIN, Rudolf, Jahrbuch des Vermögens und Einkommens der Millionäre in Berlin, Berlin 1913
- Ders., Jahrbuch des Vermögens und des Einkommens der Millionäre in Preußen, Berlin 1912, 2 Bde., Berlin 1912
- MARSZALEK, Józef, Majdanek, Konzentrationslager Lublin, Warschau 1984
- MEDUCKI, Stanislaw, Agrarwissenschaftliche Forschungen in Polen während der deutschen Okkupation. Die Landwirtschaftliche Forschungsanstalt des Generalgouvernements in Pulawy, in: Heim (Hg.) Autarkie und Ostexpansion, S. 233-249
- MIESCH, Inge, Die Heil- und Pflegeanstalt Gehlsheim. Von den Anfängen bis 1946, Rostock 1996
- MOSER, Gabriele, Vom Stellvertreter zum „Reichsbevollmächtigten“ und Angeklagten im Nürnberger Ärzteprozess: Dr. Kurt Blome und die Krebsforschung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Wolfgang U. Eckart (ed), Man, Medicine, and the State. The Human Body as an Object of Government Sponsored Research, 1920-1970, Stuttgart 2005
- MOSSE, Werner E., Jews in the German Economy. The German-Jewish Economic Élite 1820-1935, Oxford 1987
- POHL, Hans (Hg.), Geschichte des Finanzplatzes Berlin, Frankfurt/Main 2002
- POLOMSKI, F., Die „Arisierung“ des jüdischen Vermögens in Schlesien 1933-1945, in: Friedrich-Carl Schulze-Rhonhof (Hg.), Geschichte der Juden in Schlesien im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumentation einer Tagung in Breslau (Schlesische Kulturpflege, Bd. 5), Hannover, Münster 1995, S. 67-74
- PROCTOR, Robert N., Blitzkrieg gegen den Krebs. Gesundheit und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 2002
- PRZYREMBEL, Alexandra, Friedrich Glum und Ernst Telschow. Die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der „Verwaltenden“ von Wissen während des Nationalsozialismus (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 20), Berlin 2004

- RASCH, Manfred, Wissenschaft und Militär. Die Kaiser-Wilhelm-Stiftung für kriegstechnische Wissenschaft, in: MGM 50, 1 (1991), S. 73-120
- REITER, Wolfgang L. Zerstört und vergessen. Die Biologische Versuchsanstalt und ihre Wissenschaftler/innen, in: ÖZG, 10/1999/4, S. 585-614
- ROSENKÖTTER, Bernhard, Treuhandpolitik. Die „Haupttreuhandstelle Ost“ und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945, Essen 2003
- RÜBESAMEN, Hans Eckart, Ein farbiges Jahrhundert. Cassella 1870-1970 München o. D. (1970), S. 47-59
- Rudorf, Wilhelm, Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung, Erwin-Baur-Institut, in: Die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft 1945-1949, Teil I, unveröffentlichtes Manuskript, Göttingen 1949
- Salings Börsenhandbuch 1924/25, Berlin 1924
- SALMEN, Brigitte, James Loeb. Leben und Wirken, in: Schloß Murnau (Hg.), James Loeb 1867-1933, Kunstsammler und Mäzen, Murnau 2000, S. 17-72
- SCHMALTZ, Florian, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 11), Göttingen 2005
- SCHMUHL, Hans-Walter, Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Rassenhygiene 1927-1945 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 9), Göttingen 2005
- Ders., Rasse, Rassenforschung; Rassenpolitik. Annäherungen an das Thema, in: Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 4), Göttingen 2003
- Ders., Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937-1945 (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 1), Berlin 2000
- SCHRÖDER, Frank/EHLERS, Ingrid, Zwischen Emanzipation und Vernichtung. Zur Geschichte der Juden in Rostock (Schriftenreihe des Stadtarchivs Rostock, Heft 9), Rostock 1988
- SCHULZE, Winfried, unter Mitarbeit von Sven Bergann und Gerd Helm, Der Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, 1920-1995, Berlin 1995

- SCHÜRING, Michael, Minervas verstoßene Kinder. Vertreibung, Entschädigung und die Vergangenheitspolitik der Max-Planck-Gesellschaft, erscheint: Göttingen 2005
- Ders., Der Vorgänger. Carl Neubergs Verhältnis zu Adolf Butenandt, in: Wolfgang Schieder/Achim Trunck (Hg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft, Industrie und Politik im „Dritten Reich“ (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser Wilhelm Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 7) Göttingen 2004, S.346-368
- Ders., Ein „unerfreulicher Vorgang“. Das Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Voldagsen und die gescheiterte Rückkehr von Max Ufer, in: Susanne Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion, S. 280-299
- SCHWARZ, Gudrun, Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/Main 1996
- SIME, Ruth Lewin, Lise Meitner. Ein Leben für die Physik, Frankfurt/Main, Leipzig 2001
- STERN, Fritz, Freunde im Widerspruch. Haber und Einstein, in: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld, S. 516-551
- STREBEL, Bernhard/WAGNER, Jens-Christian, Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939-1945. Ein Überblick (Vorabdrucke aus dem Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser Wilhelm Gesellschaft im Nationalsozialismus“, Ergebnisse 11), Berlin 2003
- STROKES, Raymond G., Von der I.G. Farben bis zur Neugründung der BASF, in: Werner Abelshäuser (Hg.), Die BASF, Eine Unternehmensgeschichte, München 2002, S. 221-358
- STOLTZENBERG, Dietrich, Fritz Haber. Chemiker, Nobelpreisträger, deutscher, Jude. Eine Biographie, Weinheim et al. 1994
- STRUNK, Peter, Die AEG. Aufstieg und Niedergang einer Industriegigante, Berlin 2001
- SZÖLLÖSI-JANZE, Margit, Fritz Haber 1868-1934. Eine Biographie, München 1998
- TREUE, Wilhelm, Jüdisches Mäzenatentum für die Wissenschaft in Deutschland, in: Werner E. Mosse/Hans Pohl (Hg.), Jüdische Unternehmer in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, Beiheft 64, 1992, S. 284-308
- Ders., Das Bankhaus Mendelssohn als Beispiel einer Privatbank im 19. und 20. Jahrhundert, in: Mendelssohn-Studien, Band 1, Berlin 1972, S. 29-80
- ULRICH, Keith, Aufstieg und Fall der Privatbankiers. Die wirtschaftliche Bedeutung 1918-1938, Frankfurt/Main 1998

- VERSE-HERRMANN, Angela, Die „Arisierungen“ in der Land- und Forstwirtschaft 1938-1943, Vierteljahresheft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Beiheft 131, Stuttgart 1997
- VIERHAUS, Rudolf/BROCKE, Bernhard vom (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft, Stuttgart 1990
- VOGT, Annette, Vertreibung und Verdrängung. Erfahrungen von WissenschaftlerInnen mit Exil und „Wiedergutmachung“ in der Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft (1933-1955), in: Dahlemer Archivgespräche, Bd. 8, 2002, S. 93-136
- WEBER, Matthias M., Ernst Rüdin. Eine kristische Biographie, Berlin et al. 1993
- WEINMANN, Martin (Hg.), Das Nationalsozialistische Lagersystem, Berlin 1990
- WEINZIERL, E., Kirche und Nationalsozialismus. Internetpräsentation des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands, www.doew.at/service/ausstellung/1938/22/22/
- WENDEL, Günter, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911-1914. Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft (Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 4), Berlin 1975
- WETZELL, Richard, Kriminalbiologische Forschung an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, in: Hans-Walter Schmuhl (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933 (Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bd. 4), Göttingen 2003, S. 68-98
- WIELAND, Thomas, Die politischen Aufgaben der deutschen Pflanzenzüchtung. NS-Ideologie und Forschungsarbeiten der akademischen Pflanzenzüchter, in: Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion, S. 35-56
- WITT, Peter-Christian, Wissenschaftsfinanzierung zwischen Inflation und Deflation. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1918/19 bis 1934/35, in: Vierhaus/Brocke, Forschung im Spannungsfeld, S. 579-656
- WOJAK, Irmtrud/Peter HAYES (Hg.), „Arisierung“ im Nationalsozialismus, Volksgemeinschaft, Raub und Gedächtnis (Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust), Frankfurt/Main 2000
- ZIELENZINGER, Kurt, Juden in der deutschen Wirtschaft, Berlin 1930

INDEX

- Backe, Herbert 10, 12, 17 f., 22
 Barkan, Adolph 26, 41-43, 50, 55
 Barkan, Louise, 26, 41-43, 50
 Bernstorff, Albrecht Graf zu 40 f.,
 59
 Bieberstein, Ludwig Rogalla von
 16
 Blome, Kurt 46, 61
 Bollmann, Erika 18 f.
 Bosch, Carl 10 f., 46, 60
 Bouhler, Philipp 46
 Brocke, Bernhard vom 11, 24-28,
 32-34, 44, 47, 57, 59, 63 f.

 Donnevert, Max 28

 Fischer, Emil 32 f., 59
 Friedländer-Fuld, Familie 28
 Frölich, Gustav 12, 14

 Gans, Leo 32-34, 50, 49, 52
 Glum, Friedrich 10 f., 18, 21, 26,
 28, 30, 32, 34 f., 37-42, 46 f.,
 50 f., 55, 57, 58, 61
 Goldberger, Ludwig Max 34, 50
 Clara Goldberger, 34 f.
 Gradenwitz, Hildegard 45-47, 52
 Gradenwitz, Richard 45f.
 Gwinner, Arthur von 29, 44 f., 51
 Gwinner, Hans von 44

 Haber, Fritz 27-31, 47, 49 f., 63
 Hachtmann, Rüdiger 5, 8-10, 14,
 24, 28, 45-47, 49, 51, 57
 Hahn, Otto 33
 Hambuechen, Joseph 37 f., 40 f., 50
 Harnack, Adolf 32-34, 41, 45, 47-
 49, 58
 Heim, Susanne 10-22, 56, 58, 61,
 63 f., 67
 Herzog, Reginald Oliver 9
 Heymann, Ernst 44
 Hitler, Adolf 19, 46

 Jander, August Gerhart 30 f.

 Kempner, Paul 26
 Koppel, Albert Leopold 31
 Koppel, Leopold 26-28, 30 f., 47,
 49, 50
 Kraeplin, Emil 36
 Krupp, Familie 28

 Lewald, Theodor 34 f.
 Löb, Rudolph 26, 39
 Loeb, James 25, 36-41, 50-52, 54f.,
 57, 62
 Loeb, Marie Antonie, 38

 Mannheimer, Fritz 26, 48
 Meitner, Lise 33, 60
 Mendelssohn, Bankhaus 24-27,
 29f., 42, 47 f., 55, 59, 63
 Mendelssohn, Franz von 26
 Mendelssohn-Bartholdy, Paul 26f.
 Mentzel, Rudolf 46

 Neubürger, Karl 40

 Ost, Julius 13

 Planck, Max 5, 8-11, 14, 20f., 24,
 26, 28, 41, 46f., 50, 56f., 58,
 60, 62-64
 Plaut, Felix 36 f., 40
 Preuschen, Gerhart 17

 Rathenau, Walther 34
 Reibnitz, Johannes Freiherr von 17
 Reinold, Marianne 31, 51
 Rheinstrom, Heinrich 37
 Rüdin, Ernst 36- 41, 64
 Rudorf, Wilhlem 20-22, 62

 Samuel, Max 13
 Scharf, Friedrich 14
 Scheibe, Arnold 18
 Schmidt, Jonas 14, 28 f.,
 Schoeller, Walter 46
 Siemens, Wilhelm von 34
 Spielmeyer, Walther 36 f.
 Stubbe, Hans 19 f., 22

Telschow, Ernst 9 f., 12, 14-16, 18-
22, 32, 35, 38 f., 41, 44, 46, 51,
53, 61

Thiessen, Peter Adolf 31 f.

Vögler, Albert 18

Wacker, Otto 46

Warburg, Max 26, 38, 41, 56

Warburg, Otto 26, 37, 45-47, 51 f.,
54 f., 57

Witt, Peter Christian 24 f., 47, 64

AUTOR

Dr. Christoph Kreuzmüller

April bis Oktober 2004 als Gastwissenschaftler im Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“. Weitere Arbeitsschwerpunkte: „Banken- und Wirtschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts“. Seit Herbst 2005 Koordinator des Projekts „Ausgrenzungsprozesse und Überlebensstrategien. Mittlere und kleine jüdische Gewerbe-Unternehmen in Berlin (1929/30 bis 1945)“ am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen u. a.:

- Händler und Handlungsgehilfen, Der Finanzplatz Amsterdam und die deutschen Großbanken (1918-1945), Stuttgart 2005
- (mit Elke Gryglewski) *Füh/reinander*. Ein didaktisches Konzept zur arbeitsteiligen, wechselseitigen Führung durch die Dauerausstellung im Haus der Wannsee-Konferenz zum Thema Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft – Entrechtung, Vertreibung Vernichtung, Berlin 2000

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“
Research Program „History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era“

BUCHREIHE

Die im Wallstein Verlag, Göttingen, erscheinende
Buchreihe „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“
des Forschungsprogramms wird im Auftrag der Präsidentenkommission
herausgegeben von Reinhard Rürup und Wolfgang Schieder.
Sie umfaßt mehrere Sammelbände und Monographien.

Bisher sind erschienen:

Band 1

Doris Kaufmann (Hg.), Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus. Bestandsaufnahme und Perspektiven der Forschung, 2 Bde., Göttingen 2000

Band 2

Susanne Heim (Hg.), Autarkie und Ostexpansion. Pflanzenzucht und Agrarforschung im Nationalsozialismus, Göttingen 2002

Band 3

Helmut Maier (Hg.), Rüstungsforschung im Nationalsozialismus. Organisation, Mobilisierung und Entgrenzung der Technikwissenschaften, Göttingen 2002

Band 4

Hans Walter Schmuhl (Hg.), Rassenforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten vor und nach 1933, Göttingen 2003

Band 5

Susanne Heim, Kalorien, Kautschuk, Karrieren. Pflanzenzüchtung und landwirtschaftliche Forschung in Kaiser-Wilhelm-Instituten 1933–1945, Göttingen 2003

Band 6

Carola Sachse (Hg.), Die Verbindung nach Auschwitz. Biowissenschaften und Menschenversuche an Kaiser-Wilhelm-Instituten, Göttingen 2003

Band 7

Wolfgang Schieder/Achim Trunk (Hg.), Adolf Butenandt und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Wissenschaft. Industrie und Politik im „Dritten Reich“, Göttingen 2004

Band 8

Rolf-Ulrich Kunze, Ernst Rabel und das Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, 1926 - 1945, Göttingen 2004

Band 9

Hans-Walter Schmuhl, Grenzüberschreitungen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik 1927-1945, Göttingen 2005

Band 10

Alexander von Schwerin, Experimentalisierung des Menschen. Der Genetiker Hans Nachtsheim und die vergleichende Erbpathologie 1920 - 1945, Göttingen 2004

Band 11

Florian Schmaltz, Kampfstoff-Forschung im Nationalsozialismus. Zur Kooperation von Kaiser-Wilhelm-Instituten, Militär und Industrie, Göttingen 2005

Band 12

Bernd Gausemeier, Natürliche Ordnungen und politische Allianzen. Biologische und biochemische Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten, Göttingen 2005

Die Einzelbände der Buchreihe sind über den Buchhandel zu beziehen.

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Nationalsozialismus“
Research Program “History of the Kaiser Wilhelm Society in the National Socialist Era”

ERGEBNISSE

- 1 Hans-Walter **Schmuhl**, **Hirnforschung und Krankenmord. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung 1937–1945**
- 2 Robert N. Proctor, **Adolf Butenandt (1903–1995). Nobelpreisträger, Nationalsozialist und MPG-Präsident. Ein erster Blick in den Nachlaß**
- 3 Carola Sachse/Benoit Massin, **Biowissenschaftliche Forschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten und die Verbrechen des NS-Regimes. Informationen über den gegenwärtigen Wissensstand**
- 4 Susanne Heim, **Research for Autarky. The Contribution of Scientists to Nazi Rule in Germany**
- 5 Helmut Maier, **„Wehrhaftmachung“ und „Kriegswichtigkeit“. Zur rüstungstechnologischen Relevanz des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung in Stuttgart vor und nach 1945**
- 6 Moritz Epple, **Rechnen, Messen, Führen. Kriegsforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung (1937–1945)**
- 7 Susanne Heim, **„Die reine Luft der wissenschaftlichen Forschung“ – Zum Selbstverständnis der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft**
- 8 Marianne Ufer, **Dreifaches Exil: Rumänien, Afghanistan, Brasilien**
- 9 Otto Gerhard Oexle, **Hahn, Heisenberg und die anderen. Anmerkungen zu ‚Kopenhagen‘, ‚Farm Hall‘ und ‚Göttingen‘**
- 10 Mark Walker, **Otto Hahn. Verantwortung und Verdrängung**
- 11 Bernhard Strebels/Jens-Christian Wagner, **Zwangsarbeit für Forschungseinrichtungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1939–1945. Ein Überblick**
- 12 Achim Trunk, **Zweihundert Blutproben aus Auschwitz. Ein Forschungsvorhaben zwischen Anthropologie und Biochemie (1943–1945)**
- 13 Gerald D. Feldman, **Historische Vergangenheitsbearbeitung. Wirtschaft und Wissenschaft im Vergleich**
- 14 Ruth Lewin Sime, **Otto Hahn und die Max-Planck-Gesellschaft. Zwischen Vergangenheit und Erinnerung**

- 15 Helga Satzinger, **Rasse, Gene und Geschlecht. Zur Konstituierung zentraler biologischer Begriffe bei Richard Goldschmidt und Fritz Lenz, 1916–1936**
- 16 Richard Beyler, **„Reine“ Wissenschaft“ und personelle „Säuberungen. Die Kaiser-Wilhelm/Max-Planck-Gesellschaft 1933 und 1945**
- 17 Sheila Faith Weiss, **Humangenetik und Politik als wechselseitige Ressourcen. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik im Dritten Reich**
- 18 Günther Luxbacher, **Roh- und Werkstoffe für die Autarkie. Textilforschung in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft**
- 19 Rüdiger Hachtmann, **Eine Erfolgsgeschichte? Schlaglichter auf die Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im „Dritten Reich“**
- 20 Alexandra Pzryrembel, **Friedrich Glum und Ernst Telschow, die Generalsekretäre der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft: Handlungsfelder und Handlungsoptionen der ‚Verwaltenden‘ von Wissen während des Nationalsozialismus**
- 21 Ute Deichmann, **Proteinforschung an Kaiser-Wilhelm-Instituten von 1930 bis 1950 im internationalen Vergleich**
- 22 Sheila Faith Weiss, **„The Sword of our Science“ as a Foreign Policy Weapon. The Political Function of German Geneticists in the International Arena during the Third Reich.**
- 23 Jürgen Peiffer, **Wissenschaftliches Erkenntnisstreben als Tötungsmotiv? Zur Kennzeichnung von Opfern auf deren Krankenakten und zur Organisation und Unterscheidung von Kinder-„Euthanasie“ und T4-Aktion**
- 24 Ruth Lewin Sime, **From Exceptional Prominence to Prominent Exception: Lise Meitner at the Kaiser Wilhelm Institute for Chemistry**
- 25 Susanne zur Nieden, **Erbbiologische Forschungen zur Homosexualität an der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie während der Jahre des Nationalsozialismus. Zur Geschichte von Theo Lang**
- 26 Mark Walker, **Eine Waffenschmiede? Kernwaffen- und Reaktorforschung am Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik**
- 27 Christoph Kreuzmüller, **Zum Umgang der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit Geld und Gut. Immobilientransfers und jüdische Stiftungen 1933 – 1945**

Bezugsadresse:

Forschungsprogramm „Geschichte der Kaiser-Wilhelm-
Gesellschaft im Nationalsozialismus“

Glinkastraße 5–7

D-10117 Berlin

Tel.: 0049-(0)30-2 26 67-154

Fax: 0049-(0)30-2 26 67-333

Email: kwg.ns@mpiwg-berlin.mpg.de

Informationen zum Forschungsprogramm im Internet unter: www.mpiwg-berlin.mpg.de/kw